



# Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

2 | 2017



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933 |

1945 |

1989 |



**Zehn Jahre Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt  
Bilanz und Ausblick**

Kai Langer 1

---

**Martin Luther in der DDR. Vom „Fürstenknecht“ zu  
einem „der größten Söhne des deutschen Volkes“**

Jan Scheunemann 33

---

**Rudolf Bahros „Die Alternative“ – Dokument einer Politischen Theologie?**

Thomas Schubert 45

---

**Perspektivwechsel – Wechsellperspektive. Die Ausstellung  
„Wechselseitig. Rück- und Zuwanderung in die DDR 1949 bis 1989“**

Eva Fuchslocher, Michael Schäbitz 59

---

**Luthers Erben im Visier des Geheimdienstes oder:  
Pfarrer Hamel gefährdet den Weltfrieden**

André Gursky 75

---

**Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“**

Gundel Berger 88

---

**Die Gedenkstätte für die Erschießung von polnischen Zwangsarbeitern  
im Schacht Schermen**

Annett Hehmann, Klaus Möbius, Reinhard Ritter, Axel Thiem 92

---

**Über ein Schülerprojekt, das in Genthin für die Wanderausstellung „Justiz im  
Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Sachsen-  
Anhalt“ im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) entwickelt wurde**

Jerome Kageler 102

---

**Menschenrechte fallen nicht vom Himmel – Charta 77 und das Querfurter Papier**

Lothar Tautz 106

---

## **Aus der Arbeit der Stiftung**

**„Ich wollte sie alle mit Namen nennen“**

**Die Anfänge des sowjetischen GULag im Weißen Meer – Studienreise der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im August 2017 nach Russland**

Edda Ahrberg, Kai Langer

---

116

**„Reise der Erinnerung“ – Ein Tagebuch**

Femke Opper

---

127

**Zur Lehramtsausbildung: Das Außerunterrichtliche Pädagogische Praktikum (AuPP) für Lehramtsstudierende in der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt**

Stefan Henze

---

136

**Aus der Arbeit der Stiftung**

André Gursky

---

141

**20 Jahre Internationales Workcamp am Grenzdenkmal Hötensleben**

Susan Baumgartl, René Müller

---

144

**Gedenkstunde am 26. Mai 2017 am Grenzdenkmal Hötensleben zum 65. Jahrestag der Errichtung des DDR-Grenzregimes und des Beginns der Zwangsaussiedlungen aus dem Sperrgebiet**

Susan Baumgartl

---

147

**327 Tote durch das DDR-Grenzregime – Präsentation der Ergebnisse des Forschungsprojektes „Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze 1949 – 1989“**

Susan Baumgartl

---

152

***Shaping Peace – Den Frieden gestalten: Die Internationale Jugendbegegnung 2017 des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. zu Gast in der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen***

Andreas Froese-Karow

---

157



# 10 JAHRE



STIFTUNG  
GEDENKSTÄTTEN  
SACHSEN-ANHALT

## **Zehn Jahre Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt Bilanz und Ausblick**

Kai Langer

Am 1. Januar 2007 trat das „Gesetz über die Errichtung der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“ in Kraft, das neun Monate zuvor, am 22. März 2006, vom Magdeburger Landtag verabschiedet worden war. Auftrag der Stiftung ist es, das Wissen um die „einzigartigen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur“ im Bewusstsein der Menschen zu bewahren und weiterzutragen sowie die „schweren Menschenrechtsverletzungen während der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur“ darzustellen und hierüber Kenntnisse zu verbreiten.

In den zehn Jahren ihres Bestehens hat sich die Stiftung als eine tragende Säule der demokratischen Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt etabliert. Mit sieben Gedenkstätten an demnächst neun Standorten zählt sie bundesweit zu den vielfältigsten Einrichtungen der historisch-politischen Bildung. Vor dem Hintergrund des diesjährigen Jubiläums lohnt es sich, die bisherige Entwicklung sachlich und ohne Verklärung nachzuzeichnen und künftige Aufgaben in den Blick zu nehmen.

### **Vorgeschichte**

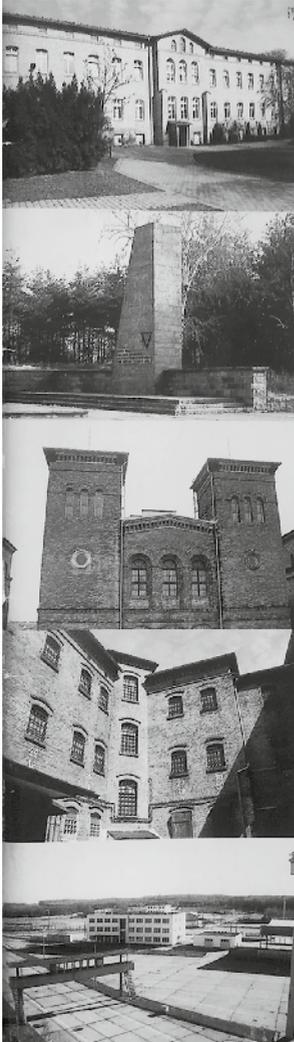
Im Prozess der deutschen Wiedervereinigung 1990 konstituierte sich das Land Sachsen-Anhalt aus den DDR-Bezirken Magdeburg und Halle sowie dem zum Bezirk Cottbus

gehörenden Landkreis Jessen. Auf dem Territorium des neu erstandenen Bundeslandes befanden sich fünf hauptamtlich betriebene „Mahn- und Gedenkstätten“ für die Opfer nationalsozialistischer Verbrechen. Ihre Standorte befanden sich in Bernburg (ehemalige NS-„Euthanasie“-Anstalt), Gardelegen (Mordstätte Feldscheune Isenschribbe), Langenstein-Zwieberge (Außenlager des KZ Buchenwald), Prettin (KZ Lichtenburg) und Wernigerode (Außenlager des KZ Buchenwald).<sup>1</sup> Als Gedenkorte in der unmittelbaren Nachkriegszeit oder in der DDR errichtet, wiesen sie – mit Ausnahme der erst Ende der 1980er Jahre entstandenen Gedenkstätte Bernburg – jene typischen Inhalte, Narrative und Gestaltungselemente auf, die dem propagandistisch gefärbten Geschichtsbild der SED entsprachen. Die nachlassende Akzeptanz dieser Einrichtungen und rückläufige Besucherzahlen machten eine inhaltliche und organisatorische Neuorientierung notwendig.

Darüber hinaus waren nach dem Untergang des Realsozialismus – insbesondere auf Initiative von Opfern des SED-Regimes – weitere Gedenkstätten im Land entstanden, die an Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. in der DDR erinnerten. So stimmte die Magdeburger Stadtverordnetenversammlung bereits im Dezember 1990 einer Forderung des örtlichen Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit zu, die ehemalige Untersuchungshaftanstalt der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit am Moritzplatz in eine Gedenkstätte umzuwandeln. Zwei Jahre später beschloss der Landtag die Einrichtung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn am Standort des einst größten und bedeutendsten DDR-Grenzübergangs an der innerdeutschen Grenze.

Das Jahr 1993 war zentral für langfristige erinnerungskulturelle Weichenstellungen des Landes: So verabschiedete die Landesregierung am 13. Juli einen Grundsatzbeschluss, der die Trägerschaft des Landes über fünf Gedenkstätten vorsah, denen sie eine überregionale Bedeutung zuerkannte:

- die Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg,
- die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge,
- die Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale),
- die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg und
- die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn.



LANDESEIGENE  
GEDENKSTÄTTEN

IM

LAND  
SACHSEN-ANHALT



Titelblatt des Hefes 2 der Reihe Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt, 1999.

Als weiteres Auswahlkriterium für die geplante Übernahme wurde angeführt, dass die betreffenden Gedenkstätten jeweils exemplarisch einen „Unrechtskomplex“, d. h. einen bestimmten historischen Aspekt politisch motivierter Willkür, wie z. B. im Fall Langenstein die Themenkomplexe KZ-System und Todesmarsch, repräsentieren.<sup>2</sup>

Weiterhin fasste das Land den Beschluss, für vier der fünf von ihm getragenen Gedenkstätten Gutachterkommissionen einzusetzen, um Konzepte für die weitere Entwicklung der historischen Orte zu erarbeiten. Mitglieder der Kommissionen waren Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Verwaltung und Opferverbänden.<sup>3</sup> Zudem wurde festgelegt, einen Gedenkstättenbeirat einzurichten, um den zuständigen Innenminister in allen Fragen der Gedenkstättenarbeit mit fachlicher Expertise zu unterstützen. Ein späterer Erlass regelte die Zusammensetzung des Gremiums.

Zunächst unterstanden die Gedenkstätten in Bernburg, Halle und Marienborn den regional jeweils für sie zuständigen Regierungspräsidien in Magdeburg, Halle und Dessau. Seit Dezember 1999 erfolgte die Betreuung zentral durch das Dezernat 37 im Regierungspräsidium Magdeburg mit Sitz in der Olvenstedter Straße 1–2. Dagegen verblieb die Verwaltung der Gedenkstätten Langenstein-Zwieberge und Magdeburg aufgrund gesonderter Verwaltungsvereinbarungen in den Händen ihrer ehemaligen Träger: des Landkreises Halberstadt bzw. der Landeshauptstadt Magdeburg. Während letzteren weiterhin die Dienstaufsicht oblag, übte das Gedenkstätten-Dezernat die Fachaufsicht aus. Das Land übernahm 95 Prozent der Verwaltungs- und 100 Prozent der Investitionskosten.<sup>4</sup> Andere kommunale Gedenkstätten, z. B. die in Prettin, Gardelegen und Wernigerode verblieben dagegen weiter in Obhut der sie tragenden Gebietskörperschaften.<sup>5</sup>

Im Zuge einer umfassenden Neuordnung der Landesverwaltung 2003 wurden die drei bestehenden Regierungsbezirke samt -präsidien aufgelöst und zusammen mit 22 anderen Sonderbehörden in das neu geschaffene Landesverwaltungsamt überführt.<sup>6</sup> Dabei wurden die Zuständigkeiten für die fünf landeseigenen Gedenkstätten in einem gesonderten Referat 211 unter der Leitung des bisherigen Dezernatsleiters Dr. Lutz Miehe gebündelt. Die Geschäftsstelle des Referates bezog ihren Sitz zum 1. Januar 2004 in der Hallenser Fliederwegkaserne.



Eröffnung der Dauerausstellung in der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge am 23. 11. 2001. Die Kuratorin Denise Wesenberg zeigt dem damaligen Innenminister von Sachsen-Anhalt Dr. Manfred Püchel und dem Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt Dr. Ronald Brachmann einen im Stollen gefundenen Häftlingsschuh (v. l. n. r.).

Im Jahr 1995 konstituierte sich der Gedenkstättenbeirat. Ihm gehörten Vertreterinnen und Vertreter der Landeszentrale für politische Bildung und ihres Kuratoriums, der Wissenschaft, der Museumsarbeit, der Kirchen, der jüdischen Gemeinden sowie mehrerer Opferverbände – des Interessenverbandes ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (IVvDN), der Vereinigung der Opfer der Stalinismus (VOS) und des Bundes der Stalinistisch Verfolgten (BSV) – an. Das Gremium beschäftigte sich mit diversen Aspekten der Gedenkstättenarbeit: von der Erteilung von Forschungsaufträgen über die Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Bildungsträgern bis hin zum Ablauf von Gedenkveranstaltungen.<sup>7</sup>

Trotz mitunter strittiger Themen waren die Sitzungen des Gremiums nach übereinstimmenden Einschätzungen sowohl von Teilnehmenden als auch Beobachtenden „stets von einer großen Sachlichkeit“<sup>8</sup> geprägt, was vor dem Hintergrund ähnlicher Auseinandersetzungen in anderen Bundesländern durchaus keine Selbstverständlichkeit war.

Unter Federführung des neuen Gedenkstättenreferates sowie mithilfe des Beirates fanden in den Gedenkstätten diverse konzeptionelle Vorarbeiten statt. Auf deren Basis konnten mit Unterstützung des Landes und des Bundes umfangreiche Sanierungsarbeiten durchgeführt, Bildungsangebote entwickelt und neue Dauerausstellungen erarbeitet werden. Am 30. Juni 2000 erfolgte im ehemaligen Stabsgebäude der DDR-Grenzübergangsstelle Marienborn die Eröffnung des Informations- und Dokumentationszentrums der Gedenkstätte Deutsche Teilung. Weitere Ausstellungseröffnungen folgten in Langenstein (2001), Bernburg (2006) und Halle (2006). 2004 erhielt die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg die im Auftrag des Bundesjustizministeriums erarbeitete Ausstellung „Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED“ als Schenkung. Mit den neuen Ausstellungen verbesserten sich die Bedingungen für die pädagogische Arbeit in den Gedenkstätten. Anstelle von Orten der Rezeption entwickelten sie sich mehr und mehr zu offenen Lernorten, in denen selbstentdeckendes, forschendes Lernen mit handlungsorientierten Angeboten möglich wurde. Insgesamt entwickelte sich die Gedenkstättenarbeit in eine Richtung, die der damalige Referatsleiter mit drei Begriffen umschrieb: „Entideologisierung, Professionalisierung und Hinwendung zum Geschehen am historischen Ort“.<sup>9</sup>

Um die Gedenkstätten und deren Arbeit einem erweiterten Publikum vorzustellen, ermöglichte das Innenministerium ab 1996 die Veröffentlichung der Schriftenreihe „Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit in Sachsen-Anhalt“. Das erste Heft mit dem Titel „Todesursache: ‚Angina‘“ widmete sich den Zwangssterilisationen sowie der Ermordung von Kranken und KZ-Häftlingen während der NS-Zeit in der Heil- und Pflegeanstalt Bernburg.<sup>10</sup> Bis 1999 erschienen fünf weitere Hefte: eine Kurzvorstellung der landeseigenen Gedenkstätten<sup>11</sup>, drei Dokumentationen zur Geschichte des „Roten Ochsen“ als Justizvollzugsanstalt (1933 – 1945)<sup>12</sup>, als Richtstätte der nationalsozialistischen Justiz (1942 – 1945)<sup>13</sup> und als MfS-Untersuchungshaftanstalt (1950 – 1989)<sup>14</sup> sowie eine Dokumentation zur Geschichte der Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt des MfS.

In den 2000er Jahren folgten - insbesondere mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt - weitere Publikationen.<sup>15</sup> Eine umfassende regionale Bestandsaufnahme bot die 2004 veröffentlichte Gedenkstättenübersicht „Verortet. Erinnern und Gedenken in Sachsen-Anhalt“, die neben den fünf landeseigenen Gedenkstätten - seit 2003 erweitert um das von der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn betreute Grenzdenkmal Hötenleben - noch weitere herausgehobene Gedenkorte wie Gardelegen, Prettin, Rehmsdorf (ehemaliges Außenlager des KZ Buchenwald) und Wernigerode einbezog.<sup>16</sup>

Bereits zwei Jahre zuvor war ebenfalls mit Unterstützung der Landeszentrale die erste Ausgabe des Rundbriefs „Erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung“ erschienen, der sich erklärtermaßen an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren historisch-politischer Bildung sowie an Schulen und Bibliotheken richtet. Im Geleitwort zur ersten Ausgabe hieß es, der Rundbrief solle vor allem über die Arbeit der fünf Gedenkstätten berichten sowie „ein Forum für allgemeine Fragen der Gedenkstättenarbeit sein und zur Thematisierung von Fragen der kommunalen oder von Vereinen getragenen Gedenkstättenarbeit dienen“<sup>17</sup>.

Die zunächst quartalsweise erscheinenden Hefte von durchschnittlich 30 Seiten änderten ihre Gestalt und Erscheinungsweise 2008 mit einem Relaunch im neuen Corporate Design der Stiftung. Seither gibt es zwei Ausgaben pro Jahr mit einem Umfang von etwa 90 bis 120 Seiten.

**Rundbrief**  
der landeseigenen Gedenkstätten  
in Sachsen-Anhalt  
Ausgabe 2/2002

1933

1945

1989

**erinnern!**



**Aufgabe, Chance, Herausforderung.**

Eine der frühen Ausgaben des Rundbriefs der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt.

## **Auf dem Weg zur Stiftung**

Mit der Überführung der landeseigenen Gedenkstätten in eine öffentlich-rechtliche Stiftung 2007 reagierte die Politik in Sachsen-Anhalt auf ähnliche Entwicklungen in anderen Bundesländern. Bereits 1993 waren in Brandenburg und Thüringen auf Empfehlung von Expertenkommissionen die „Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten“<sup>18</sup> und die „Stiftung Buchenwald und Mittelbau-Dora“ eingerichtet worden, jeweils zu gleichen Teilen getragen von Land und Bund. Beide Stiftungsgründungen waren auch eine Folge des geschichtspolitischen Streits um Orte „mit doppelter Diktaturvergangenheit“, der sich an der Frage des Umgangs mit den von der sowjetischen Besatzungsmacht errichteten „Speziallagern“ an den KZ-Standorten Sachsenhausen und Buchenwald entzündet hatte.

Ein Jahr später, 1994, wurde die „Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft“ ins Leben gerufen. Im Jahre 2003 verabschiedete der Sächsische Landtag dazu ein entsprechendes Gesetz. Danach ist es Aufgabe der Stiftung, „diejenigen Stätten im Freistaat Sachsen zu erschließen, die an politische Gewaltverbrechen von überregionaler Tragweite, von besonderer historischer Bedeutung, an politische Verfolgung, an Staatsterror und staatlich organisierte Morde zu erinnern“.<sup>19</sup> Unter dem Dach der sächsischen Gedenkstättenstiftung wurden fünf Gedenkorte zusammengeführt, die unterschiedliche Aspekte „politischer Gewaltherrschaft“ sowohl der NS- als auch der SED-Diktatur sowie der sowjetischen Besatzung repräsentieren sollen.<sup>20</sup>

Nach der Etablierung von Gedenkstättenstiftungen in drei neuen Bundesländern machte dieses Modell auch in Bayern (2003)<sup>21</sup> und Niedersachsen (2004) Schule.<sup>22</sup> Dem Beispiel Brandenburgs und Thüringens folgend, wurden überregional bedeutende KZ-Gedenkstätten wie Dachau und Bergen-Belsen in die Trägerschaft von Landesstiftungen überführt. In Sachsen-Anhalt erfolgte dieser Schritt vor dem Hintergrund der Diskussion über die Zukunft der damaligen KZ-Mahn- und Gedenkstätte Lichtenburg, die sich als Bestandteil eines regionalen Kreismuseums in Trägerschaft des Landkreises Wittenberg befand. Im Jahre 2000 hatte der Landkreis mit Unterstützung des Landes ein Gutachten bei der Berliner Publizistin Stefanie Endlich in Auftrag gegeben, das dem Ringen diverser Aufarbeitungsinitiativen um den Erhalt der Gedenkstätte wichtige Impulse verleihen sollte. Die im September 2001 vorgestellten Ergebnisse

hoben die besondere Bedeutung der Lichtenburg im System der Konzentrationslager hervor: „Neben dem KZ Dachau, das vom Anfang bis zum Ende der NS-Herrschaft bestand, war das KZ Lichtenburg das einzige Lager, das während der gesamten Periode von 1933 bis zum Kriegsbeginn 1939 existierte.“<sup>23</sup> Daraus leitet Endlich ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal ab: „Zum einen gibt es kein anderes Schloß und kein aufgegebenes Zuchthaus, das über einen so langen Zeitraum als Konzentrationslager genutzt wurde. [...] Zum anderen ist die Bausubstanz der Lichtenburg vollständig erhalten.“<sup>24</sup>

Alarmiert durch Verkaufsabsichten des Bundes<sup>25</sup> für den weitgehend verwaisten und stark sanierungsbedürftigen Gebäudekomplex sowie den 2003 aus Kostengründen unterbreiteten Vorschlag des zuständigen Regierungspräsidiums Dessau, Museum und Gedenkstätte zu schließen, beschäftigte sich auch die Politik mit der Lichtenburg. Wiederholt sprachen sich der Landtag und die Landesregierung für den Erhalt und Ausbau der Gedenkstätte aus.<sup>26</sup> In der langwierigen Debatte wurde deutlich, dass sich der Landkreis trotz finanzieller und inhaltlicher Unterstützung durch das Land außerstande sah, die Gedenkstätte auf der Grundlage der von der Gutachterin empfohlenen Neukonzeption weiter zu betreiben und auszubauen.<sup>27</sup>

Am 8. November 2004, dem Vorabend des Gedenkens an die Opfer der Reichspogromnacht im Jahr 1938, verschärfte der zuständige Landrat die Situation mit einem offenbar kalkulierten Eklat, indem er die vorübergehende Schließung der Gedenkstätte bekanntgab.<sup>28</sup> Drei Tage später beantragte die PDS-Fraktion im Landtag eine aktuelle Debatte zur Zukunft der Lichtenburg als Gedenkort für die Opfer des Nationalsozialismus.<sup>29</sup> Sie forderte eine unverzügliche Zurücknahme der Schließung und ein Ende des „unwürdige[n] Gezerre[s] um die Gedenkstätte“.<sup>30</sup> Gleich zu Debattenbeginn verkündete Justizminister Curt Becker, dass das Land die Trägerschaft für die Gedenkstätte – nicht für das gesamte Schloss – übernehmen wolle und zudem beabsichtige, die Lichtenburg mit den anderen (landeseigenen) Gedenkstätten in eine Stiftung zu überführen. Die Idee dafür sei während eines gemeinsamen Besuchs der Lichtenburg durch Ministerpräsident Wolfgang Böhmer und Edzard Reuter, Ex-Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG und Sohn des im KZ-Lichtenburg inhaftierten Magdeburger Oberbürgermeisters Ernst Reuter, entstanden.<sup>31</sup> Diese Nachricht stieß bei allen Fraktionen auf Zustimmung.

Am 22. Dezember 2005 übermittelte die Landesregierung dem Landtag einen entsprechenden Beschlussentwurf über die Errichtung der „Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“ zur Abstimmung.<sup>32</sup> Im Begleittext heißt es zur Begründung:

„Als Stiftung des öffentlichen Rechts bleibt die Stiftung dem Land Sachsen-Anhalt in einem organischen Zusammenhang verbunden [...] Die Rechtsform einer Stiftung des öffentlichen Rechts bedeutet eine weitgehend staatsfremde Organisation, die den Bestand der Gedenkstätten und die Kontinuität der Gedenkstättenarbeit dauerhaft sichert und die Bedeutung der Einrichtung unterstreicht. Sie trägt auch der Tatsache Rechnung, dass das Gedenken an die Opfer [...] nicht zu den Kernaufgaben des Staates gehört und die Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen, Opfernverbänden und Religionsgemeinschaften sowie anderen juristischen Personen einen wesentlichen Bestandteil der Stiftungsarbeit darstellt.“<sup>33</sup>

In seinen Grundzügen orientierte sich der vom Innenministerium erarbeitete Gesetzentwurf an ähnlich lautenden Regelungen anderer Bundesländer, insbesondere Sachsens. Neben diversen Ähnlichkeiten wiesen die beiden Gesetztestexte jedoch auch markante Unterschiede auf, z. B. im Hinblick auf den Stiftungszweck. Während die damalige Fassung des sächsischen Gesetztextes<sup>34</sup> keine sprachliche Differenzierung zwischen unterschiedlichen Ausprägungen „politischer Gewaltherrschaft“ enthielt,<sup>35</sup> benannte der sachsen-anhaltische Gesetzentwurf explizit die nationalsozialistische und die kommunistische Diktatur. Im Hinblick auf letztere wurde zudem zwischen der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur unterschieden. Sprachlich unberücksichtigt blieben zunächst die unterschiedlichen Verbrechensdimensionen. So war im Entwurf allgemein von „Menschenrechtsverletzungen“ in den Jahren „1933 bis 1989“ die Rede, die die Stiftung im Bewusstsein der Menschen wach halten und weitertragen solle.<sup>36</sup>

Bezüglich der Ausgestaltung der Gremien und Organe unterschieden sich die entsprechenden Regelungen ebenfalls: Während das sächsische Stiftungsgesetz vier Organe vorsieht – einen Stiftungsrat, einen Geschäftsführer, den Stiftungsbeirat und den Wissenschaftlichen Beirat – sind es im sachsen-anhaltischen Gesetzentwurf nur zwei: Stiftungsrat und Stiftungsdirektor. Daneben existieren weitere Gremien ohne Organschaft: der Wissenschaftliche Beirat sowie zwei nach Diktaturepochen getrennte Stiftungsbeiräte für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit. Wie Innenminister Klaus Jeziorsky

anlässlich der Einbringung des Gesetzesvorhabens in den Landtag äußerte, basieren die Formulierungen zum Stiftungszweck auf der sogenannten Faulenbach-Formel:<sup>37</sup> Danach sollten „[d]ie NS-Verbrechen [...] nicht mit Hinweis auf das Nachkriegsunrecht relativiert, dieses Unrecht jedoch nicht umgekehrt angesichts der NS-Verbrechen bagatellisiert werden.“<sup>38</sup> Diese wegweisende Formel war 1998 in den Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ eingeflossen, um klarzustellen, dass die Menschheitsverbrechen der NS-Diktatur einmalig sind, es aber ebenfalls richtig und notwendig ist, an die Verbrechen der kommunistischen Diktatur zu erinnern.

Die Entscheidung zur Bildung getrennter Beiräte geht auf einen Kabinettsbeschluss vom 22. April 2005 zurück. Obwohl die bisherige Arbeit des Gedenkstättenbeirates, in dem Vertreterinnen und Vertreter der Opferverbände beider Diktaturen mitarbeiteten, problemlos verlaufen war, sollte die Regelung dazu dienen „Entwicklungen wie in Sachsen vorzubeugen“<sup>39</sup>. Dort waren bedeutende NS-Opferverbände aus Protest zeitweilig aus dem gemeinsamen Gremium ausgetreten.<sup>40</sup>

Bereits zu Beginn des Gesetzgebungsverfahrens waren rund 50 Institutionen, Organisationen und Gebietskörperschaften um eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf gebeten worden.<sup>41</sup> In einer öffentlichen Anhörung des mit dem Entwurf befassten Innenausschusses kamen 17 Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Einrichtungen zu Wort, darunter der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Vertreter des Zentralrates der Juden in Deutschland, der Zeugen Jehovas, des Bundes der Antifaschisten (BdA), der IVvDN,<sup>42</sup> der VOS, des BSV und des Beirates der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Insgesamt äußerten sich die Teilnehmenden positiv über die geplante Einrichtung der Gedenkstättenstiftung.

In der Diskussion spielte vor allem die Frage nach einer klaren Differenzierung zwischen den zwei Diktaturen eine Rolle. Der Vertreter des Zentralrates der Juden kritisierte die Anwendung des Begriffs „Menschenrechtsverletzungen“ für die Handlungen der nationalsozialistischen Täterinnen und Täter als unzureichend. Er forderte eine grundsätzliche Überarbeitung, ohne die es keine Mitwirkung des Zentralrates gebe.<sup>43</sup> Ähnlich äußerten sich auch die Vertreter von IVvDN und BdA.<sup>44</sup> Wie die Sprecher der VOS und des BSV betonten, sei man sich mit den Vertretern der NS-Opferverbände darin einig, dass man „die

NS-Zeit niemals mit der Zeit nach 1945 gleichstellen werde. Gleichwohl seien beide Perioden mit Blick auf das Leid, das die Opfer erfahren hätten, miteinander vergleichbar“.<sup>45</sup>

Kontroverser verlief die Debatte zur Anzahl der Stiftungsbeiräte. Angesichts der guten Erfahrungen in Sachsen-Anhalt votierte eine Mehrheit für einen gemeinsamen Beirat. Vertreter des Zentralrates und der NS-Opferverbände votierten dagegen im Sinne des Gesetzentwurfs. Vor dem Hintergrund des Konfliktpotenzials, wie es sich in Sachsen gezeigt hatte, setzten sie sich für eine doppelte Beiratsstruktur ein.<sup>46</sup> Auf der Grundlage einer Beschlussempfehlung des Innenausschusses befasste sich der Landtag am 22. März 2006 in zweiter Lesung mit dem Gesetzentwurf. Der durch das Gremium überarbeitete und mit zwölf Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung angenommene Text beinhaltete eine von allen mitgetragene neue Formulierung zum Stiftungszweck<sup>47</sup>, die eine noch deutlichere Trennung zwischen den verschiedenen Zeitabschnitten vornahm. Bezüglich der gesetzlich vorgeschriebenen Anzahl der Stiftungsbeiräte blieb es bei zwei Gremien.

Darüber hinaus enthielt die Beschlussempfehlung des Innenausschusses drei Änderungen:

1. Neben den fünf Gedenkstätten, die in die Trägerschaft der Stiftung überführt werden sollen, findet sich im überarbeiteten Gesetzestext bereits die noch nicht in Landesträgerschaft befindliche „KZ-Gedenkstätte Lichtenburg“ wieder.
2. Neben vier Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung, dem Direktor der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen sind auch die beiden Stiftungsbeiräte für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit sowie der Wissenschaftliche Beirat im Stiftungsrat vertreten.
3. Jeder Landtagsfraktion wird das Recht eingeräumt, Mitarbeitende für den Stiftungsrat zu benennen.

In seiner Ansprache vor den Abgeordneten des Landtages warb der Innenminister erfolgreich um breite Zustimmung. Die gemeinsam gefundene Gesetzesfassung bilde eine „solide Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit der Stiftung“.<sup>48</sup>

### **Startschwierigkeiten**

Mit dem Inkrafttreten des Gedenkstättenstiftungsgesetzes am 1. Januar 2007 wurden die landeseigenen Gedenkstätten in die neu gegründete Stiftung Gedenkstätten

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit nach Gegenzeichnung ausgefertigt wird und in Kraft tritt:

**Gesetz  
über die Errichtung der „Stiftung  
Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“  
(Gedenkstättenstiftungsgesetz des Landes  
Sachsen-Anhalt – GedenkStiftG LSA).**

Vom 22. März 2006.

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Errichtung, Rechtsform, Sitz, Stiftungsbehörde
§ 2	Stiftungszweck
§ 3	Gemeinnützigkeit
§ 4	Stiftungsvermögen, Nutzungsrechte
§ 5	Frühhilfe, Zuwendungen
§ 6	Organ der Stiftung
§ 7	Sitzungssaal
§ 8	Aufgaben des Stiftungsrates
§ 9	Stiftungsdirektor oder Stiftungsdirektorin
§ 10	Kreisbefähigung und Vertretungsbefugnisse
§ 11	Stiftungsberichte
§ 12	Aufgaben der Stiftungsbehörde
§ 13	Wissenschaftlicher Beirat
§ 14	Aufgaben des Wissenschaftlichen Beirates
§ 15	Sitzung
§ 16	Berichtungsverhältnisse
§ 17	Haushalt
§ 18	Rechnungsprüfung
§ 19	Finanziegel
§ 20	Stiftungsanfertigung
§ 21	Übergangsbestimmungen
§ 22	In-Kraft-Treten

§ 1

Errichtung, Rechtsform, Sitz, Stiftungsbehörde

- (1) Das Land Sachsen-Anhalt errichtet die „Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“ als rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts. Die Stiftung hat ihren Sitz in Magdeburg.
- (2) Stiftungsbehörde ist das für die Gedenkstätten für die Opfer von Gewalt Herrschaft zuständige Ministerium.
- (3) Die Stiftung gibt sich eine Satzung.

§ 2

Stiftungszweck

(1) Zweck der Stiftung ist es, durch ihre Arbeit dazu beizutragen, dass das Wissen um die einzigartigen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur im Bewusstsein der Menschen bewahrt und weitergetragen wird. Es ist ebenfalls Aufgabe der Stiftung, die schweren Menschenrechtsverletzungen während der Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur darzustellen und hierüber Kenntnisse zu verbreiten.

(2) Zur Erfüllung des Stiftungszweckes unterhält die Stiftung in eigener Trägerschaft

1. die KZ-Gedenkstätte Lichtenburg Preußin,
2. die Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg,

3. die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge,
4. die Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale),
5. die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg und
6. die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienberg.

(3) Die Stiftung kann im Einvernehmen mit den Trägern bestehender Gedenkstätten oder sonstiger Einrichtungen, die dem Stiftungszweck dienen, die Übernahme der Trägerschaft für diese Gedenkstätten oder Einrichtungen beschließen. Der Beschluss des Stiftungsrates bedarf der Zustimmung der Landesregierung.

(4) Die Stiftung hat die Gedenkstätten im Sinne der Absätze 2 und 3 als Orte der Erinnerung an die Leiden der Opfer und als Orte des Lernens für künftige Generationen zu erhalten und zu gestalten.

(5) Die Stiftung berät und fördert im Sinne des Stiftungszweckes insbesondere die Träger kommunaler Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in freier Trägerschaft. Darüber hinaus berät und fördert die Stiftung Einrichtungen und Initiativen, die in besonderer und repräsentativer Weise dem Stiftungszweck entsprechen. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen der Stiftung besteht nicht.

(6) Die Stiftung führt zur Erfüllung des Stiftungszweckes eigene Forschungen durch und unterstützt die Forschungen Dritter.

§ 3

Gemeinnützigkeit

Die Stiftung ist selbstlos tätig und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

§ 4

Stiftungsvermögen, Nutzungsrechte

(1) Das Eigentum und der Besitz an den in der Anlage aufgeführten Grundstücken einschließlich der Gebäude und des Zubehörs sowie an den Sammlungs- und Bibliotheksgegenständen in den Gedenkstätten im Sinne des § 2 Abs. 2 geht mit dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes als Stiftungsvermögen unentgeltlich auf die Stiftung über, soweit sie zu diesem Zeitpunkt im Eigentum des Landes stehen.

Das Gesetz zur Errichtung der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt im Jahre 2006.

Sachsen-Anhalt überführt. Im Vorfeld hatte das Landesverwaltungsamt die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen. Bereits 2005 war das Gedenkstättenreferat von Halle nach Magdeburg, in die Halberstädter Straße 39 a, dem künftigen Sitz der stiftungseigenen Geschäftsstelle, verlegt worden. Die Umstellung auf den Stiftungsbetrieb erfolgte unter schwierigen Bedingungen. So hatte die Geschäftsstelle einen wesentlich größeren Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich abzudecken als das bisherige Referat 211, weil die bisher von den Kommunen wahrgenommenen Verwaltungsaufgaben für die beiden Einrichtungen in Langenstein und Magdeburg auf die Stiftung übergegangen waren und mit der geplanten Übernahme der Lichtenburg eine weitere Gedenkstätte hinzukam. Dies machte sich insbesondere bei der knappen Personalausstattung bemerkbar.

Als kommissarischer Stiftungsdirektor fungierte zunächst der ehemalige Referatsleiter Dr. Lutz Miehe. Bei der regulären Wahl durch den Stiftungsrat am 12. April 2007 unterlag er seinem Mitbewerber Dr. Joachim Scherrieble, Leiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Dessen Amtszeit, die mit der offiziellen Berufung zum 1. August 2008 begann, währte nur kurz. Ende April 2009 trat er von seinem Posten zurück, nachdem Innenminister Holger Hövelmann öffentliche Kritik an seiner Amtsführung geübt hatte.<sup>49</sup> Die Suche nach einem neuen Stiftungsdirektor gestaltete sich schwierig. Eine erste Ausschreibung endete ergebnislos.<sup>50</sup> In der Anfangszeit beeinträchtigten mehrere Kontroversen die öffentliche Wahrnehmung der Stiftung. Der aus Sicht vieler Beteiligten überraschende Ausgang der Direktorenwahl sowie der besondere Umstand, dass dieser nicht umgehend veröffentlicht worden war, sorgten für negative Schlagzeilen. So wurden in einem Beitrag der „Magdeburger Volksstimme“ Spekulationen über mutmaßliche Gründe für die Wahlentscheidung angestellt und Vorwürfe gegen die Person des gewählten Direktors in Umlauf gebracht.<sup>51</sup>

Hohe Wellen rief insbesondere eine Personalentscheidung des Landtags hervor. Am 19. Oktober 2006 – noch vor Stiftungsgründung – waren die von ihren Fraktionen für eine Mitarbeit im Stiftungsrat nominierten Abgeordneten im Block zur Abstimmung gestellt und einstimmig gewählt worden. Erst im Nachgang entzündete sich an der Person der Abgeordneten Gudrun Tiedge von der Linkspartei.PDS ein folgenschwerer Konflikt: Auf der zweiten Sitzung des Stiftungsrates am 7. Juni 2007 verteilte der Vorsitzende

des Beirates für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit für die Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur eine Erklärung mit dem Titel „Die Täter sind unter uns“. Darin wandte sich der Beirat in scharfer Form gegen die „unbegründete Ungleichbehandlung“ verschiedener Stiftungsgremien: Während das Gedenkstättenstiftungsgesetz eine Überprüfung der Beiräte auf der Grundlage des Stasi-Unterlagengesetzes vorsehe, fehle eine solche Vorgabe für die Mitglieder des Stiftungsrates. Die Fraktion der Linkspartei.PDS hätte diesen Umstand genutzt, eine „bereits einmal aus dem Amt der ‚Vorsitzenden des Landtagsausschusses für Recht und Verfassung‘ zurückgerufene Ex-DDR-Staatsanwältin“ – gemeint war die Abgeordnete Tiedge – in den Stiftungsrat zu entsenden. Solange diese Personalentscheidung nicht rückgängig gemacht werde, wolle man die Beiratstätigkeit ruhen lassen.<sup>52</sup>

Einem Hintergrundbericht der „Volksstimme“ zufolge hatte Tiedge 1971/72 als Abiturientin in Grevesmühlen und während ihres Studiums in Jena als „Rosemarie Lehmann“ für das MfS Berichte über Mitschülerinnen und Mitschüler geschrieben. Später soll sie als Jugendstaatsanwältin an der Verurteilung von „Republikflüchtlingen“ beteiligt gewesen sein. Bereits 1998 war Tiedge aufgrund der von ihr eingeräumten Stasi-Verstrickungen als Vorsitzende des Landtags-Rechtsausschusses abberufen worden.<sup>53</sup> Die Abgeordnete selbst bestritt die Vorwürfe nicht, lehnte einen Rücktritt jedoch ab. Sie hätte bereits öffentlich eine kritische Haltung zu ihrer Vergangenheit eingenommen und könne daher für die Stiftung arbeiten.<sup>54</sup> Infolge der massiven Kritik von Opferverbänden und negativen Reaktionen aus der Öffentlichkeit unternahm die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien einen parlamentarischen Vorstoß zur Änderung des Gedenkstättenstiftungsgesetzes. Demnach sollte der § 7 (2), der die Entsendung von Abgeordneten in den Stiftungsrat vorsah, gestrichen und die auf seiner Grundlage bereits gewählten Mitglieder wieder abberufen werden.<sup>55</sup> Dabei räumte der CDU-Fraktionsvorsitzende Jürgen Scharf ein, dass „dieses Haus bei der Wahl von Landtagsmitgliedern in den Stiftungsrat [...] die allein zählende Perspektive der Opfer nicht genügend gewürdigt“ habe. Viele Zuschriften, Anrufe und persönliche Gespräche hätten diese Erkenntnis bestätigt. „Die Achtung und der Respekt gegenüber den Opfern des DDR-Regimes, die sich durch die Wahlentscheidung des Landtages verletzt fühlen, gebieten es, diese zu korrigieren“.<sup>56</sup> Auf Antrag der Linkspartei.PDS erfolgte eine namentliche Abstimmung: Für den Beschlussvorschlag stimmten

52 von 85 anwesenden Abgeordneten, 28 votierten dagegen und fünf enthielten sich der Stimme. Damit war die Gesetzesänderung mit den Stimmen der Regierungskoalition beschlossen.

Anfang 2010 geriet die Stiftung erneut in die Schlagzeilen. Anlass dafür war eine für den 19. und 20. März angekündigte Lehrerfortbildung in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). Bei der Veranstaltung mit dem Titel „Diktaturvergleich als Methode der Extremismusforschung - Hingucken: Sowohl nach rechts als auch nach links!“ handelte es sich um eine Kooperation der Stiftung mit der Landeszentrale für politische Bildung und der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit. Als Referenten angekündigt waren u. a. der Chemnitzer Politikwissenschaftler und Extremismusforscher Prof. Dr. Eckard Jesse, der Braunschweiger Oberstaatsanwalt Dr. Hans-Jürgen Grasemann (†) und der Magdeburger Verfassungsschützer Dr. Hilmar Steffen. Als Stein des Anstoßes erwies sich der Beitrag des ehemaligen Bundesverfassungsschutzmitarbeiters Rudolf van Hüllen. Dieser war mit dem Titel „VVN/BdA – ein trojanisches Pferd für das Engagement gegen Rechtsextremisten“ angekündigt worden. Darin sah Ulrich Freyberg, der die so titulierte Organisation im Stiftungsbeirat vertrat, einen Affront und verlangte „die ersatzlose Absage der Veranstaltung.“<sup>57</sup>

Unterstützung erhielt er durch Die Linke, die sich durch einen weiteren Programmpunkt mit dem Titel „Von der SED zur Linkspartei. Extremistische Positionen und das Problem der Systemfrage“ verunglimpft sah. Ihre Vertreterinnen und Vertreter bemängelten, dass der Diktaturenvergleich „einseitig und geschichtsverfälschend“ und die Referentenauswahl nicht ausgewogen sei.<sup>58</sup>

In seiner Eigenschaft als Stiftungsratsvorsitzender distanzierte sich Innenstaatssekretär Rüdiger Erben von der Tagungskonzeption. Unter Verweis auf das Stiftungsgesetz erklärte er, dass eine „Gleichsetzung von NS-Verbrechen und SED-Diktatur“ mit dem Stiftungszweck „unvereinbar“ sei und er die Bezeichnung des VVN/BdA als „trojanisches Pferd“ für unangemessen halte. Dabei verwies er auf die rechtmäßige Mitarbeit der Vereinigung im Stiftungsbeirat und auf das erlittene Unrecht vieler Mitglieder in Konzentrationslagern und Gefängnissen des NS-Staates.

Mit Blick auf aktuelle Bedrohungen für die Demokratie könne es ebenfalls keine Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus geben. Daher – so Erben – werden sich

„Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenministeriums und der Stiftung Gedenkstätten [...] an der Durchführung der Tagung nicht beteiligen.“<sup>59</sup>

Diese Entscheidung sorgte für Verstimmung innerhalb der schwarz-roten Regierungskoalition, sodass Erben einlenkte und die Teilnahme von Stiftungs- und Ministeriumsmitarbeitenden schließlich für möglich erklärte, sofern das Konzept der Veranstaltung geändert werde.<sup>60</sup> In modifizierter Form fand die Fortbildung mit 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im „Roten Ochsen“ unter großer medialer Anteilnahme statt. Zuvor hatten Polizeiangaben zufolge 45 Demonstrierende vor dem Gebäude gegen die Veranstaltung protestiert.<sup>61</sup> Der kritisierte Beitrag von Hüllens zur VVN blieb im Programm, wenn auch unter einem weniger provokanten Titel.<sup>62</sup> Ministerpräsident Wolfgang Böhmer konnte die Auseinandersetzung zu einem Ende führen, indem er sich demonstrativ vor den Innenstaatssekretär stellte und dessen Einflussnahme für „notwendig und in der Situation [...] sachlich geboten“ erklärte.<sup>63</sup>

### **Konsolidierung und Erweiterung**

Im Mai 2010 wählte der Stiftungsrat den Historiker Dr. Kai Langer zum Stiftungsdirektor, der nach Ablauf seiner fünfjährigen Amtszeit in seinem Amt bestätigt wurde. Unter der neuen Leitung wurden diverse Maßnahmen ergriffen, um die Strukturen innerhalb der Stiftung anzugleichen und effektiver zu gestalten. Entsprechend dem im Leitbild formulierten Anspruch, die Aktivitäten im Rahmen eines „arbeitsteilig wirkenden Verbundes“ zu organisieren und die vorhandenen Kompetenzen im Umgang mit beiden Diktaturen zu bündeln, wurden zwei Arbeitsgruppen eingerichtet. Diese AGs zu den Epochen 1933 – 1945 sowie 1945– 1989 intensivieren den fachlichen Austausch innerhalb der Stiftung. Geleitet werden sie durch Koordinator(inn)en, die zum erweiterten Kreis der Stiftungsleitung zählen.

Im Hinblick auf die Personalausstattung konnten substantielle Verbesserungen erzielt werden, indem allen Gedenkstätten das Recht auf eine personelle Mindestausstattung eingeräumt wurde. Zum Jahreswechsel 2017/18 werden auch in „kleineren“ Einrichtungen mindestens drei Mitarbeitende beschäftigt sein. Somit kann in allen Gedenkstätten das professionelle Arbeiten und eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Orte gesichert sowie die Betreuung der Besucherinnen und -besucher gewährleistet

werden. Wie die beruflichen Biographien der neueren Gedenkstättenleitenden zeigen, spielen zudem interdisziplinäre Ansätze eine immer größere Rolle.

Zwischen 2011 und 2016 oblag dem Kultusministerium als Teil des Innenressorts die Zuständigkeit über den Bereich der politischen Bildung und damit auch für die Gedenkstätten. Neben den Opferverbänden, die die Gedenkstättenarbeit von Anfang an intensiv begleiteten, entschlossen sich zunehmend auch Gedenkstätten-Fördervereine und Aufarbeitungsinitiativen zur Mitarbeit in den Beiräten. Dank ihres ehrenamtlichen Engagements wurden die Gremien vielfältiger und bilden damit ein breiteres Spektrum der Zivilgesellschaft ab.

Ende 2013 setzte der Stiftungsrat unter Leitung des Vorsitzenden, Kultusminister Stephan Dorgerloh, ein „Leitbild der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“ in Kraft, das nicht nur die Handschrift der Beschäftigten der Stiftung, sondern auch der Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates und der Stiftungsbeiräte für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit trägt.<sup>64</sup> Das Leitbild spiegelt das Selbstverständnis der Stiftung sowie die Ansprüche an die eigene Arbeit wider. Danach versteht sie sich als „überparteiliche Akteurin und Partnerin der Zivilgesellschaft“, die an der „Entwicklung und Ausgestaltung einer demokratischen Erinnerungskultur“ in Sachsen-Anhalt mitwirkt. In ihrer Arbeit orientiert sich die Stiftung am wissenschaftlichen Forschungsstand und den fachlichen Standards der politischen Bildung“<sup>65</sup>.

Korrespondierend mit den Bemühungen, die eigene Arbeit stärker zu reflektieren und zu hinterfragen, gelang es der Stiftung ab 2011, diverse Großvorhaben, die bereits zuvor auf den Weg gebracht worden waren, kurzfristig und erfolgreich abzuschließen. Zentral war dabei die Integration der bisher nur provisorisch angegliederten Gedenkstätte Lichtenburg. Am 1. Dezember 2011 wurde mit einem Festakt in der Lichtenburger Schlosskirche, an der rund 250 interessierte Gäste teilnahmen, die neu konzipierte Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin der Öffentlichkeit übergeben. Zusammen mit dem zum Besucherzentrum umgebauten „Werkstattgebäude“ wurde auch die Dauerausstellung „Es ist böse Zeit ... Die Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg 1933 - 1945“ eröffnet.<sup>66</sup>

Nur wenige Wochen später, am 18. Januar 2012, erhielt die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg als letzte der sechs damals zur Stiftung zählenden Gedenkstätten eine neue Dauerausstellung mit dem Titel „Grundsätzlich kann von jedem Beschuldigten ein Geständnis erlangt werden. Die Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt 1945 – 1989“. Die feierliche Übergabe der gemeinsam von der Gedenkstätte und dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. konzipierten Ausstellung musste aus Platzgründen in die ebenfalls am Moritzplatz gelegene Neuapostolische Kirche verlegt werden.

Weitere Maßnahmen, die im Jahr 2011 abgeschlossen werden konnten, waren:

- die feierliche Einweihung des neu gestalteten Mahnmals anlässlich der traditionellen „Tage der Begegnung“ in der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge im April<sup>67</sup>,
- der Umzug der Geschäftsstelle der Stiftung in das eigens dafür ausgebaute Dachgeschoss des Vorderhauses der Gedenkstätte Moritzplatz im Frühjahr,
- die Übergabe eines Besucherleitsystems für die von der Hansestadt Gardelegen getragene Mahn- und Gedenkstätte Isenschnibber Feldscheune am 13. April, dem 66. Jahrestag des Massakers von Gardelegen<sup>68</sup> und
- eine grundlegende Sanierung des Grenzdenkmals in Hötenleben. Zuvor hatte die Stiftung fast alle der zuvor in Streubesitz befindlichen Grundstücke erwerben können.

Durch die an mehreren Standorten sichtbaren Ergebnisse der Arbeit der Stiftung richtete sich die öffentliche Aufmerksamkeit wieder stärker auf die Kernbereiche der Gedenkstättenarbeit. Folglich wuchs das Interesse von Trägern kommunaler Gedenkstätten, ebenfalls in die Stiftung aufgenommen zu werden. Sie beriefen sich dabei auf einen Passus im Gedenkstättenstiftungsgesetz, der eine solche Möglichkeit eröffnete.<sup>69</sup>

Am 1. Dezember 2011 beantragten zwölf Landtagsabgeordnete aus allen Fraktionen, darunter der ehemalige Landtagspräsident Dieter Steinecke (CDU) und der frühere Innenstaatssekretär und Stiftungsratsvorsitzende Rüdiger Erben (SPD) die „Übernahme bedeutsamer Gedenkstätten in die Trägerschaft der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“. Hierzu sollte der Landtag feststellen, dass die Gedenkstätten Kriegsgefangenenlager Altengrabow und Isenschnibber Feldscheune in der Hansestadt Gardelegen „in besonders herausragender Weise den Zweck der Stiftung Gedenkstätten [...] verwirklichen“. Auf dieser Basis sollte die Stiftung mit den bisherigen Trägern, dem Förderverein der Gedenkstätte Kriegsgefangenenlager und Sammlung Truppenübungsplatz

Altengrabow e. V. und der Hansestadt Gardelegen Verhandlungen über einen Trägerwechsels aufnehmen. Zudem sollten Stiftungsrat und Landesregierung gebeten werden, einer Übernahme zuzustimmen.<sup>70</sup> Zu diesen Plänen äußerte sich der zuständige Kultusminister abwägend: Zwar freue er sich über den fraktionsübergreifenden Vorschlag, aus dem „auch viel Anerkennung für die Arbeit der Stiftung Gedenkstätten spricht“, jedoch sei er „unsicher hinsichtlich der Größe der Aufgabe“, da bereits die Stiftungsgründung mit einer Erweiterung verbunden gewesen sei: Zu den fünf Gedenkstätten in Landesträgerschaft sei mit der Lichtenburg eine sechste hinzugekommen. Zwar traue er der Stiftung auch die Aufnahme zwei weiterer Gedenkstätten zu, jedoch müssten zunächst die dafür notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.<sup>71</sup>

Einem Vorschlag des Ministers folgend, sprach sich der zuständige Landtagsausschuss für Bildung und Kultur dafür aus, eine temporäre Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern des Kultusministeriums, der Stiftung und allen vier Landtagsfraktionen einzusetzen, um „ein Konzept zur Übertragung der Gedenkstätten Altengrabow und Isenschnibber Feldscheune in die Stiftung Gedenkstätten [zu] erarbeiten, das den Ausschüssen für Bildung und Kultur sowie für Finanzen vorgelegt wird“.<sup>72</sup> In ihrem Bericht vom Sommer 2012 votierten die Mitglieder der temporären Arbeitsgruppe, in die sich auch die betroffenen Träger und Fördervereine einbringen konnten, für ein „Engagement“ der Stiftung.<sup>73</sup> Beide Orte stünden jeweils für einen signifikanten Aspekt der nationalsozialistischen Verbrechen, der im Kanon der stiftungseigenen Gedenkstätten bislang nicht berücksichtigt werde. Markante Unterschiede gebe es dagegen im Hinblick auf den Forschungsstand sowie die räumliche und bauliche Situation: Während das Massaker in der Feldscheune als gut erforscht gelte, gebe es zur Geschichte des Kriegsgefangenenlagers in Altengrabow bisher keinen belastbaren Forschungsstand. Zudem fehlten hier – anders als in Gardelegen – bauliche Zeugnisse des Lagers wie Baracken, Mauern, Grabstätten etc.

Angesichts des ungleichen Befundes gelangten die Berichterstatter zu folgendem Fazit: „Die Übernahme der Mahn- und Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe als siebte Gedenkstätte in die Stiftung [...] wird unter der Voraussetzung befürwortet, dass die finanziellen, baulichen, strukturellen und personellen Bedingungen für eine dauerhaft würdige Gedenkkultur, für die Darstellung und Einordnung des historischen Gesche-

hens in einer Dauerausstellung und für kontinuierliche pädagogische Arbeit vor Ort im unten dargestellten Umfang geschaffen werden.“<sup>74</sup>

Für eine wissenschaftlich fundierte Erinnerung an das Kriegsgefangenenlager Altengrabow sei zunächst die weitere fachliche Begleitung eines laufenden Forschungsvorhabens durch die Stiftung sowie die weitere Beratung des Trägervereins erforderlich. Auf der Grundlage der Empfehlungen der Arbeitsgruppe fasste der Landtag am 13. Dezember 2012 den Beschluss, die Voraussetzungen für die „Errichtung einer modernen wissenschaftlichen und pädagogischen Standards genügenden Gedenkstätte an der Feldscheune Isenschnibbe zu schaffen“.<sup>75</sup>

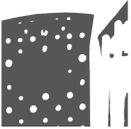
Im Ergebnis des notwendigen Abstimmungsprozesses zwischen den beteiligten Fachressorts gaben im Jahr 2014 der Stiftungsrat und im Folgejahr die Landesregierung „grünes Licht“ für die Realisierung des vom Landtag initiierten Vorhabens. Am 29. April 2015 unterzeichneten der Bürgermeister der Hansestadt Gardelegen und der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt schließlich eine Kooperationsvereinbarung mit dem Ziel der Übernahme der „Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe“ Gardelegen in die Trägerschaft der Stiftung. In der Präambel zum Vertragswerk heißt es, dass die Hansestadt Gardelegen auch weiterhin „ihrer historischen Verantwortung für das Gedenken an die Opfer des Massakers vom 13. April 1945 gerecht [...] werden“ und sich insbesondere weiter an der Pflege des Außengeländes beteiligen wolle.<sup>76</sup>

Kurze Zeit später, am 7. September 2015, schloss die Stiftung einen Rahmenvertrag mit dem Förderverein Mahnmahl Kriegsgefangenenlager Stalag XI-A ab, um die Vereinsarbeit fachlich zu unterstützen und zu begleiten.<sup>77</sup>

Um ihren Bekanntheitsgrad zu vergrößern und über die Wahrnehmung ihrer Gedenkstätten hinaus zu verbreitern, verstärkte die Stiftung ihre publizistischen Aktivitäten: Nach der Entscheidung, die bisherige Schriftenreihe wegen fehlender Erkennbarkeit einzustellen, ging die Stiftung 2014 mit zwei neuen Buchreihen an den Start: der „Schriftenreihe Biographien, Erinnerungen, Lebenszeugnisse“ und der „Wissenschaftlichen Reihe der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“. Während die biographische Reihe individuelle Verfolgungsschicksale aus subjektiver Perspektive beleuchtet, folgen die Beiträge der Wissenschaftlichen Reihe den anerkannten Forschungsstandards. Beiden Reihen ist gemeinsam, dass sie im Mitteldeutschen Verlag erscheinen, einen



## STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT



**GEDENKSTÄTTE  
KZ LICHTENBURG  
PRETTIN**



**GEDENKSTÄTTE  
FÜR OPFER DER  
NS-„EUTHANASIE“  
BERNBURG**



**GEDENKSTÄTTE  
FÜR DIE OPFER DES  
KZ LANGENSTEIN-  
ZWIEBERGE**



**GEDENKSTÄTTE  
FELDSCHEUNE  
ISENSCHNIBBE  
GARDELEGEN**



**GEDENKSTÄTTE  
ROTER OCHSE  
HALLE (SAALE)**



**GEDENKSTÄTTE  
MORITZPLATZ  
MAGDEBURG**



**GEDENKSTÄTTE  
DEUTSCHE TEILUNG  
MARIENBORN**

Die neuen „visuellen Bruchstücke“ und Logos markieren das gemeinsame Erscheinungsbild der Stiftung und ihrer Gedenkstätten.

geographischen oder inhaltlichen Bezug zum heutigen Bundesland Sachsen-Anhalt aufweisen und durch eine einheitliche Titelgestaltung schon auf dem ersten Blick als Publikationen der Stiftung zu erkennen sind.

Auch in der Presse- und Öffentlichkeit der Stiftung gab es entsprechende Bemühungen: Im Interesse einer verbesserten Sichtbarkeit ihrer Informationsangebote hat die Stiftung ihr Corporate Design grundlegend überarbeiten und für unterschiedliche Einsatzzwecke anpassen lassen. Um das markante Stiftungslogo gruppieren sich mittlerweile quadratische, aus „visuellen Bruchstücken“ bestehende Logos der einzelnen Gedenkstätten, die einen hohen Wiedererkennungswert aufweisen.

Im neuen Erscheinungsbild wurde die Palette der Informationsangebote erweitert: Zusätzlich zu den zweimal jährlich erscheinenden „Erinnern!“-Heften, die mittlerweile einen großen Adressatenkreis erreichen, sind diverse Medien im Einsatz: Informationsflyer und Plakate, Jahresberichte sowie spezielle Handreichungen für Schulen. Zu Großveranstaltungen wie dem Tag der Deutschen Einheit, dem Sachsen-Anhalt-Tag oder der Meile der Demokratie in Magdeburg stellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Gedenkstätten an einem mobilen Informationsstand die stiftungseigenen Gedenkstätten und ihre Arbeit vor. Seit dem 1. August 2017 präsentiert sich die Stiftung mit einem neuen Internetauftritt: Ein übersichtlicheres Menü, neue Navigationselemente, überarbeitete Texte, zahlreiche neue Abbildungen und ein News-Modul mit aktuellen Nachrichten aus den Gedenkstätten sollen die Website künftig noch attraktiver für Nutzerinnen und Nutzer machen. Ergänzt wird diese durch die Präsenz einzelner Gedenkstätten in sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter.

### **Kontinuität und Wandel**

In den zehn Jahren ihres Bestehens hat sich die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt zu einem Kompetenzzentrum demokratischer Gedenk- und Erinnerungskultur entwickelt. Auf dem Weg dahinkonnte sie vielfältige Erfahrungen sammeln, von denen sie inzwischen profitiert, indem sie beispielsweise vergleichbare Einrichtungen in anderen Bundesländern, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen, an ihrem Wissen teilhaben lässt. Ein sehr intensiver Austausch findet bereits zwischen den einzelnen Gedenkstätten statt, die das Rückgrat der Stiftung bilden. Sie arbeiten

nicht nur dann eng zusammen, wenn es um die gemeinsame Entwicklung und Realisierung von Projekten geht. Vielmehr tauschen sie sich regelmäßig aus und unterstützen sich in der täglichen Arbeit. Einige von ihnen pflegen seit Jahren stabile Arbeitsbeziehungen zu Partnereinrichtungen im In- und Ausland, die sich ähnlichen Themenschwerpunkten widmen. In Fragen der Gedenkstättenpädagogik, an die zunehmend neue Anforderungen herangetragen werden, trägt die weitere Vernetzung mit verschiedensten Akteurinnen und Akteuren der historisch-politischen Bildung entscheidend dazu bei, mit- und voneinander zu lernen. Die Stiftungsleitung unterstützt diesen Prozess.

Zu den grundlegenden Erfahrungen der letzten Jahre gehört, dass verbesserte Rahmenbedingungen auch bessere Arbeitsergebnisse nach sich ziehen. Die Stiftung wird durch das Land verlässlich und auskömmlich finanziert. Für die Zukunft wäre es wünschenswert, die Art und Weise der Finanzierung so zu optimieren, dass eine bessere und nachhaltigere Planbarkeit gewährleistet ist und Projekte mit längeren Laufzeiten auch ohne nennenswerten Verwaltungsaufwand realisiert werden können.

Zu den großen Herausforderungen der Stiftung gehört der weitere Auf- und Ausbau der 2015 neu hinzugekommenen Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen zu einem modernen Gedenk- und Lernort. Die Gedenkstätte wird sich nicht nur einem singulären Verbrechen, dem Massaker von Gardelegen im April 1945, widmen, sondern darüber hinaus auch den Todesmarsch-Verbrechen in der gesamten Region. Zu diesem Zweck errichtet die Stiftung erstmals einen zu hundert Prozent durch das Land finanzierten Neubau, der ein modernes Besucher- und Informationszentrum beherbergen wird. Der Todesmarsch-Gedenkort in der Ortschaft Dolle wird künftig als Außenstelle der Gedenkstätte fungieren.

Das Gedenkstättegebäude in Gardelegen wird über eine Dauerausstellung verfügen, Platz für Veranstaltungen, Seminare und Wechselausstellungen bieten und Räumlichkeiten für die Infrastruktur der Gedenkstätte.

Vor besonderen Herausforderungen steht auch die Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. Basierend auf den Empfehlungen einer temporären Ar-

beitsgruppe von 2015, die sich mit den Ausmaßen und Anforderungen des weitläufigen Außengeländes beschäftigt hat, werden hier auch künftig Maßnahmen umgesetzt, die die historischen Dimensionen des Lagers und die Lage der Baracken besser und unmittelbarer erfahrbar machen sollen. Perspektivisch wird auch in Langenstein eine neue Dauerausstellung entstehen, die nicht nur den aktuellen Forschungsstand widerspiegeln wird, sondern auch den Rezeptionsgewohnheiten inzwischen nachgewachsener Generationen von Gedenkstättenbesucherinnen und -besuchern Rechnung trägt.

Mit der Konzipierung und Erarbeitung neuer Dauerausstellungen sind die Gedenkstätten in Bernburg und Marienborn bereits intensiv befasst. Von der Umsetzung beider Vorhaben wird erwartet, dass sie nicht zuletzt durch neue multimediale Angebote verbesserte Bedingungen für eine besucherorientierte Bildungsarbeit in den jeweiligen Häusern schaffen.

Im Hinblick auf die weitere Ausgestaltung der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) sind räumliche Erweiterungen auf dem Gelände der heutigen Justizvollzugsanstalt denkbar. Anlass für derartige Überlegungen bietet die Ankündigung der Landesregierung, den Justizvollzug an drei Standorten zu konzentrieren und den jetzigen Standort in Halle aufzugeben. Damit besteht die wohl einmalige Chance, die Gedenkstättenarbeit im „Roten Ochsen“ auf historisch bedeutsame Gebäudeteile auszuweiten, die bisher nicht öffentlich zugänglich waren. Darüber hinaus käme für die künftige Nutzung eines weiteren Teils des ausgedehnten Gefängnis-Komplexes ein Umzug der im Hochwassergebiet befindlichen Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) in Betracht.<sup>78</sup> Sollten entsprechende Überlegungen des jetzigen Behördenleiters tatsächlich umgesetzt werden, sind Synergien im Hinblick auf die Besucherströme zwischen Gedenkstätte und BStU-Außenstelle zu erwarten. In einer derartigen Konstellation könnte auch zivilgesellschaftlichen Aufarbeitungsinitiativen die Möglichkeit eingeräumt werden, sich in unmittelbarer Nachbarschaft anzusiedeln. Im Gebäude der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg wird das Prinzip der Zusammenarbeit verschiedener Akteure der Gedenk- und Erinnerungskultur unter einem Dach bereits erfolgreich praktiziert.

Angesichts der Dichte der in Arbeit befindlichen und geplanten Maßnahmen in den sieben Gedenkstätten, sind die Kapazitäten der Stiftung ausgefüllt. Durch ein erweitertes

und verbessertes Beratungsangebot, das auf die Bedürfnisse der Träger kommunaler Gedenkstätten oder Initiativen mit ähnlicher Zielstellung zugeschnitten ist, kann deren Arbeit künftig noch wirkungsvoller unterstützt werden.

Die Stiftung Gedenkstätte Sachsen-Anhalt ist gewillt, im Dialog mit ihren Partnerinnen und Partnern und den verschiedenen Gremien die vorhandenen Potenziale ihrer Gedenkstätten noch umfänglicher zu erschließen. Ziel ist es, sowohl das Stammpublikum weiter an sich zu binden als auch neue Zielgruppen zu erschließen. Deshalb werden die weitere Profilierung der Gedenk- und Erinnerungsarbeit sowie die Professionalisierung der historisch-politische Bildungsarbeit im Fokus stehen. Dies setzt einen langen Atem voraus, Offenheit für Neues und Mut bei der Erprobung innovativer Ansätze. Daran wird es der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt auch in Zukunft nicht mangeln.

#### **Anmerkungen:**

- 1 Vgl. Scherrieble, Joachim: „Ein Kompetenzzentrum demokratischer Gedenk- und Erinnerungskultur“. Bemerkungen zur Gründung der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, in: *Erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung*, Nr. 1 – 2 / 2008, S. 6.
- 2 Vgl. Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“ (Gedenkstättenstiftungsgesetz – GedenkStiftG LSA), Drs. 4/2552 vom 22. 12. 2005, S. 14 f.
- 3 Vgl. Entwurf eines Schreibens von Dr. Lutz Miehe, Landesverwaltungsamt, Referat 211, vom September 2006: *Entwicklung der Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt seit 1990 und Ausblick auf die unmittelbare Zukunft*, in: *Sammlungsbestand der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt*.
- 4 Ebenda.
- 5 Vgl. Herlemann, Beatrix: *Einführung zu Sachsen-Anhalt*, in: *Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bd. II: Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen*, Bonn 1999, S. 506.
- 6 Vgl. Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, online im Internet unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Landesverwaltungsamt\\_Sachsen-Anhalt](https://de.wikipedia.org/wiki/Landesverwaltungsamt_Sachsen-Anhalt) [Stand vom 27.06.2017].
- 7 Vgl. dazu ausführlich Schultze, Harald: *Der Gedenkstättenbeirat im Land Sachsen-Anhalt*, hg. vom Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, *Landeseigene Gedenkstätten im Land Sachsen-Anhalt. Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt, Bd. 2*, Magdeburg 1999, S. 6.
- 8 Siehe Anmerkung 3.

- 9 Ebenda.
- 10 Vgl. Hoffmann, Ute: Todesursache: „Angina“. Zwangssterilisation und „Euthanasie“ in der Heil- und Pflegeanstalt Bernburg, hg. vom Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt, Bd. 1, Magdeburg 1996.
- 11 Siehe Anmerkung 7.
- 12 Vgl. Fricke, Kurt: Die Justizvollzugsanstalt „Roter Ochse“ Halle/Saale 1933 – 1945. Eine Dokumentation, hg. vom Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt, Bd. 3, Magdeburg 1997.
- 13 Vgl. Viebig, Michael: Das Zuchthaus Halle/Saale als Richtstätte der nationalsozialistischen Justiz (1942 bis 1945) (Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt, Bd. 5), hg. vom Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1998.
- 14 Vgl. Sperk, Alexander: Die MfS-Untersuchungshaftanstalt „Roter Ochse“ Halle/Saale von 1950 bis 1989. Eine Dokumentation (Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt, Bd. 4), hg. vom Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1998.
- 15 Z. B. Faulenbach, Bernd: Überwindung der Teilung in einer Kultur des Erinnerns? Zur Rolle der Gedenkstätte „Deutsche Teilung Marienborn“ im demokratischen Erinnerungsprozess. Vortrag zur Eröffnung des Informations- und Dokumentationszentrums am 30. Juni 2000, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2001.
- 16 N. N.: Verortet. Erinnern und Gedenken in Sachsen-Anhalt, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2004.
- 17 Püchel, Manfred / Lüdkeimeier, Bernd: Zum Geleit, in: Erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung. Rundbrief der landeseigenen Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt, 1/2002, S. 1.
- 18 Die Stiftung unterhält die Gedenkstätten Sachsenhausen (mit der Außenstelle Belower Wald), Ravensbrück, Brandenburg an der Havel (Görden, Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasiamorde).
- 19 Siehe § 2 (1) des Gesetzes zur Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft (Sächsisches Gedenkstättenstiftungsgesetz – SächsGedenkSG) vom 22. 04. 2003, in: Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Nr. 6 vom 14. 05. 2003, S. 106.
- 20 Vgl. ebenda, S. 23.
- 21 Die Stiftung Bayerische Gedenkstätten unterhält die Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg.
- 22 Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten unterhält die KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen und die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel.
- 23 Endlich, Stefanie: Die Zukunft der KZ-Gedenkstätte Lichtenburg. Ein Gutachten von Dr. Stefanie Endlich im Auftrag des Landkreises Lutherstadt Wittenberg, Typoskript, o. O. 2001, S. 7.

- 24 Ebenda, S. 12.
- 25 Das Schloss Lichtenburg wurde nach dem Einigungsvertrag als früheres Reichsvermögen Eigentum des Bundes und ging 1993 in die Verwaltung des Bundesvermögensamtes über.
- 26 Vgl. Beschlüsse des Landtages von Sachsen-Anhalt: Erhalt und Ausbau der KZ-Gedenkstätte Schloss Lichtenburg in Prettin, Drs. 3/72/5358 B vom 14.03.2002 / Schließung der KZ-Gedenkstätte Schloss Lichtenburg in Prettin (Landkreis Wittenberg) verhindern, Drs. 4/28/1109 B vom 24.10.2003.
- 27 Vgl. die Ausführungen der Abgeordneten Gudrun Tiedge (PDS) in der Landtagssitzung am 24.10.2003, in: Plenarprotokoll Nr. 4/28 vom 24.10.2003, S. 2055.
- 28 Vgl. Ducland, Marcel: Landrat haut auf die Pauke, in: Mitteldeutsche Zeitung (Jessen), 10.11.2004.
- 29 Zur Zukunft der KZ-Gedenkstätte Schloss Lichtenburg in Prettin (Landkreis Wittenberg). Antrag der Fraktion der PDS, Drs. Nr. 4/1888 vom 09.11.2004.
- 30 Ausführungen des Abgeordneten Matthias Gärtner (PDS) in der Landtagssitzung am 12.11.2004, in: Plenarprotokoll Nr. 4/50 vom 12.11.2004, S. 3690.
- 31 Vgl. Ausführungen des Justizministers Curt Becker in der Landtagssitzung am 12.11.2004, ebenda, S. 3692.
- 32 Vgl. Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“ (GedenkstättenStiftG LSA), Drs. 4/2552 vom 22.12.2005.
- 33 Vgl. ebenda.
- 34 Im Jahr 2012 wurde dem Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetz eine Präambel vorangestellt, die eine klare Differenzierung zwischen beiden Diktaturen enthält. Siehe SächsGedenkStG vom 22.04.2003. Rechtsbereinigt mit Stand vom 16.12.2012.
- 35 Vgl. § 2 SächsGedenkStG vom 22.04.2003, a. a. O.
- 36 Vgl. Entwurf eines GedenkStiftG LSA vom 22.12.2005, a. a. O. Der vollständige Wortlaut des § 2 (1) lautet: „Zweck der Stiftung ist es, durch ihre Arbeit dazu beizutragen, dass das Wissen über das historische Geschehen in den Jahren 1933 bis 1989, insbesondere auf dem Territorium des heutigen Landes Sachsen-Anhalt, im Bewusstsein der Menschen wachgehalten und weitergetragen wird. Dies gilt für die Menschenrechtsverletzungen während der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, aber auch während der Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur.“
- 37 Vgl. Ausführungen des Innenministers Klaus Jeziorsky im Landtag, in: Plenarprotokoll, Nr. 4/71 vom 19.01.2006, S. 5087.
- 38 N.N: Gegen Vergessen. Für Demokratie. Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., online unter [http://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user\\_upload/GVFD-Magazin\\_79\\_web.pdf](http://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/GVFD-Magazin_79_web.pdf) [Stand vom 10.07.2017].

- 39 Ebenda.
- 40 Vgl. Jander, Martin: Gedenkstättenkonzept der Union: Waagschalen-Mentalität, online unter <http://www.hagalil.com/archiv/2004/06/gedenkstaetten.htm> [Stand vom 10. 07. 2017].
- 41 Vgl. ebenda.
- 42 2007 vereinigten sich in die Landesverbände von IVdN und BdA zur Vereinigung für die Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Landesvereinigung Sachsen-Anhalt.
- 43 Vgl. die Ausführungen von Dr. Peter Fischer (Zentralrat der Juden), in: Niederschrift über die 67. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Inneres am 1. Februar 2006 in Magdeburg, o.Nr., S. 10.
- 44 Vgl. die Ausführungen von Jupp Gerats (IVdN) und Hans Jürgen Steinmann (BdA), ebenda, S. 11 ff.
- 45 Johannes Rink (BSV), ebenda, S. 15. Siehe auch die Ausführungen von Wolfgang Steihl (VOS).
- 46 Vgl. Jupp Gerats, ebenda, S. 16.
- 47 „Zweck der Stiftung ist es, durch ihre Arbeit dazu beizutragen, dass das Wissen um die einzigartigen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur im Bewusstsein der Menschen bewahrt und weitergetragen wird. Es ist ebenfalls Aufgabe der Stiftung, die schweren Menschenrechtsverletzungen während der Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur darzustellen und hierüber Kenntnisse zu verbreiten [Hervorhebungen im Original].“ Siehe Beschluss des Ausschusses für Inneres zum Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt (Gedenkstättenstiftungsgesetz – GedenkStiftG LSA), Drs. 4/2602, S. 4.
- 48 Vgl. Ausführung des Innenministers Klaus Jeziorsky, in: Plenarprotokoll Nr. 4/73 vom 16. Februar 2006, S. 5208.
- 49 Vgl. Blank, Manuela: Direktor der Gedenkstätten gibt auf, 23. 04. 2009, online unter <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/sachsen-anhalt-direktor-der-gedenkstaetten-gibt-amt-auf-8196676> [Stand: 12. 07. 2017]
- 50 Vgl. Hebestreit, Caroline: Stiftung sucht nach wie vor Direktor, 11. 01. 2010, online unter <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/sachsen-anhalt-stiftung-sucht-nach-wie-vor-direktor-7968252> [Stand: 12.07.2017].
- 51 Vgl. Kaufholz, Bernd: Heftiger Streit um den Posten des Gedenkstättendirektors, in: Magdeburger Volksstimme vom 10. 05. 2007.
- 52 Vgl. „Die Täter sind unter uns.“ Erklärung der Mitglieder des Beirates der Gedenkstättenstiftung Sachsen-Anhalts für den Zeitraum nach 1945, Anlage zum Ergebnisprotokoll über die Stiftungsratssitzung am 7. Juni 2007.
- 53 Vgl. Kaufholz, Bernd: Opferverbände lassen Arbeit im Gedenkstättenrat ruhen, in: Volksstimme vom 11. 05. 2007.
- 54 Vgl. Gauselmann, Kai: Opferverband lehnt PDS-Politikerin ab, online unter <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/sachsen-anhalt-opferverband-lehnt-pds-politikerin-ab->

- 8731760 (Stand vom 09. 05. 2007).
- 55 Vgl. Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der SPD zur Änderung des Gedenkstättenstiftungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt, Drs. Nr. 5/945 vom 08. 11. 2007.
- 56 Vgl. Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden Jürgen Scharf (CDU) im Landtag, siehe Plenarprotokoll Nr. 5/30 vom 16. 11. 2007, S. 1978.
- 57 Seppelt, Enrico: Roter Ochse: Sondersitzung wegen Lehrerfortbildung, 25. 02. 2010, online unter <https://www.hallelife.de/nachrichten/halle-saale/aktuelles/news/items/Roter-Ochse-Sondersitzung-wegen-Lehrerfortbildung.html> [Stand: 11. 07. 2017].
- 58 Vgl. DIE LINKE ist für Geschichtsverzerrung und Diffamierungen von Antifaschisten nicht zu haben, Presseerklärung der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt vom 18. 02. 2010. [Stand: 11. 07. 2017].
- 59 Zit. nach: Keine Gleichsetzung von Diktaturen, 18. 02. 2010, in: Aktuelles zur Inneren Sicherheit, Polizei, Security, Justiz, Feuerwehr und deren Interessenvertretungen | Online-Ausgabe Nr. 3789, online unter <http://www.cop2cop.de/2010/02/18/keine-gleichsetzung-von-diktaturen/> [Stand: 11. 07. 2017].
- 60 Vgl. ebenda.
- 61 Lehrerfortbildung – Veranstalter wollen Thema vertiefen, 19. 03. 2010, online unter <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/lehrerfortbildung-veranstalter-wollen-thema-vertiefen-7359136> [Stand: 11. 07. 2010].
- 62 Der Titel lautete „Orthodoxer Antifaschismus – ein untaugliches Mittel gegen Rechtsextremismus?“
- 63 Hebestreit, Caroline: Diktaturen-Vergleich – Böhmer stellt sich vor Erben, 19. 03. 2010, online unter <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/diktaturen-vergleich-boehmer-stellt-sich-vor-erben-7359328> [Stand: 11. 07. 2017].
- 64 Vgl. Leitbild der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, in Jahresbericht 2013. Zur Arbeit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Magdeburg, 2014, S. 7.
- 65 Vgl. BeutelsbacherKonsens, 07. 04. 2011, online unter <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens> [Stand: 12. 07. 2017].
- 66 Vgl. Langer, Kai: Zur Eröffnung der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin am 1. Dezember 2011 in der ehemaligen Schlosskirche St. Anna, in: *Erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung*, Nr. 1 | 2012, S. 42 – 49.
- 67 Vgl. Jahresbericht 2011. Zur Arbeit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2012, S. 26.
- 68 Siehe derselbe: Rede zur Übergabe des Besucherleitsystems an der Mahn- und Gedenkstätte Isenschreiber Feldscheune am 13. April 2011 in Gardelegen, ebenda, Nr. 2 | 2011, S. 32 – 36.
- 69 Die Grundlage dafür bietet § 2 (3) des GedenkStiftG LSA: „Die Stiftung kann im Einvernehmen mit den Trägern bestehender Gedenkstätten oder sonstiger Einrichtungen, die dem Stiftungszweck dienen, die Übernahme der Trägerschaft [...] beschließen. Der Beschluss des Stiftungsrates bedarf der Zustimmung der Landesregierung.“

- 70 Vgl. Antrag mehrerer Abgeordnete von CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Übernahme bedeutsamer Gedenkstätten in die Trägerschaft der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Drs. 6/614 vom 01.12.2011.
- 71 Vgl. Ausführungen des Kultusministers Stephan Dorgerloh im Landtag, in: Plenarprotokoll Nr. 6/16 vom 16.12.2011, S. 1258.
- 72 Vgl. Kurzbericht Nr. 6/BIL/11 des Landtagsausschusses für Bildung und Kultur vom 08.03.2012, S. 2.
- 73 Siehe Bericht der Arbeitsgruppe zur Erweiterung der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, o. D., S. 4 (unveröffentlicht).
- 74 Ebenda.
- 75 Vgl. Beschluss des Landtages zur Übernahme bedeutsamer Gedenkstätten in die Trägerschaft der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Drs. Nr. 6/1717 vom 13.12.2012.
- 76 Gemeinsame Pressemitteilung der Hansestadt Gardelegen und der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt: Übernahme der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen in die Trägerschaft der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Unterzeichnung des Vertrages über den Trägerschaftswechsel zwischen der Hansestadt Gardelegen und der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt am 26.04.2015 im Rathaus der Hansestadt Gardelegen, o. D. [22.04.2015].
- 77 Vgl. [Schütze, Bettina:] Zusammenarbeit eröffnet beiden völlig neue Möglichkeiten, in: Volksstimme (Genthin) vom 07.09.2015.
- 78 Vgl. Zöller, Silvia: Ziehen Stasi-Akten in den Roten Ochsen?, 10.02.2017, online unter <http://www.mz-web.de/halle-saale/ddr-vergangenheit-ziehen-stasi-akten-in-den-roten-ochsen-25708244> [Stand: 19.07.2017].

## **Martin Luther in der DDR. Vom „Fürstenknecht“ zu einem „der größten Söhne des deutschen Volkes“**

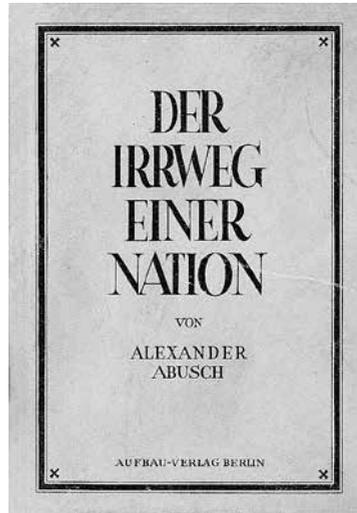
Jan Scheunemann

Am 31. Oktober 2017 jährt sich der Beginn der Reformation zum 500. Mal. Bereits 2008 begann eine gemeinschaftlich von Staat und Kirche initiierte „Lutherdekade“, die dieses erinnerungskulturelle Großereignis vorbereitete. Bei der gegenwärtig kaum noch zu überschauenden Zahl von Ausstellungen, Filmen, Festveranstaltungen, Tagungen, Theater- und Musicalaufführungen sowie den daran geknüpften touristischen und kommerziellen Erwartungen gerät leicht aus dem Blick, dass die Reformations- und Lutherjubiläen eine eigene Tradition besitzen. Diese begann mit der ersten, vom sächsischen Kurfürsten Johann Georg I. landesweit angeordneten Säkularfeier der Reformation im Jahr 1617, die die Veröffentlichung der 95 Thesen durch Martin Luther zu einem zentralen Moment der Reformationsmemoria werden ließ. Insbesondere seit dem 19. Jahrhundert war der Reformator immer auch politischen Vereinnahmungen ausgesetzt.<sup>1</sup> Im Jahre 1883, als man den 400. Geburtstag Luthers vor dem Hintergrund der 1871 vollzogenen Einigung des Deutschen Reiches feierte, war der Theologe sowie der Verkünder und Ausleger des Evangeliums in den Hintergrund getreten und hatte dem weltlichen, dem politischen Luther Platz gemacht. Der Reformator wurde zum nationalen Freiheitshelden stilisiert. Im vorletzten Jahr des Ersten Weltkrieges beging man 1917 den 400. Jahrestag der Reformation und Luther sollte das Selbstbewusstsein der Deutschen stärken und die Soldaten an der Front zuversichtlich stimmen. Als 1933 die Nationalsozialisten die Macht ergriffen, stieg der Reformator anlässlich der Gedenkfeiern zu seinem 450. Geburtstag schließlich zum „Deutschen aller Deutschen“ und zum „Bannerträger des deutschen Volkstums“ auf. Hinzu kam, dass sich mit der in Luthers Spätschriften artikulierten Judenfeindschaft der rassistische Antisemitismus der Nationalsozialisten begründen ließ. Einen Tiefpunkt stellte hier ohne Zweifel das Pamphlet „Martin Luther über die Juden: Weg mit ihnen!“ dar. Im Vorwort der wenige Wochen nach der Reichspogromnacht in einer Auflage von 100.000 Stück erschienen Schrift erklärte der Thüringer Landesbischof Martin Sasse: „Am 10. November 1938, an Luthers Geburtstag, brennen in Deutschland die

Synagogen. [...] In dieser Stunde muß die Stimme des Mannes gehört werden, der als der Deutschen Prophet im 16. Jahrhundert aus Unkenntnis einst als Freund der Juden begann, der, getrieben von seinem Gewissen, getrieben von den Erfahrungen und der Wirklichkeit, der größte Antisemit seiner Zeit geworden ist, der Warner seines Volkes wider die Juden.“<sup>2</sup>

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war eine Berufung auf den „deutschen Luther“ nicht mehr denkbar. Ganz im Gegenteil, es folgte eine radikale Abrechnung. Populär wurde eine Deutungslinie, die im Wittenberger Reformator einen Wegbereiter des Nationalsozialismus sah und in dem Rubrum „Von Luther zu Hitler“ einen sinnfälligen Ausdruck fand. Vorgetragen wurde diese Sicht zumeist von Persönlichkeiten, die das nationalsozialistische Deutschland verlassen hatten. Der Prominenteste unter ihnen war sicherlich Thomas Mann. In seiner Ende Mai 1945 in der Library of Congress in Washington gehaltenen Rede „Deutschland und die Deutschen“ nannte der seit 1939 in Amerika lebende Schriftsteller Luther „eine riesenhafte Inkarnation deutschen Wesens“ und gestand: „Ich liebe ihn nicht...“ Insbesondere das Antieuropäische an Luther befremdete Mann, der die Reformation zwar als einen Befreiungsakt gelten ließ, in der von ihr ausgelösten Glaubensspaltung aber verheerende Folgen sah. Luthers Obrigkeitsverständnis habe, so Mann, die Unterwürfigkeit der Deutschen begründet und dadurch den Weg in die nationalsozialistische Barbarei ermöglicht. Vier Jahre später nannte Mann den Reformator einen „stirnackige[n] Gottesbarbar“, der zum Blut vergießen bereit gewesen wäre und dazu aufgerufen habe, die aufständischen Bauern zu erschlagen – Luther „ein Fels und ein Schicksal von einem Menschen“, „furios nationalistisch und antisemitisch“ zugleich.<sup>3</sup>

Luthers Judenfeindschaft, die Thomas Mann hier nur streifte, spielte in der Nachkriegsrezeption zunächst keine Rolle. Zu einem Gradmesser für Luthers Stellenwert in der deutschen Geschichte wurden vielmehr seine Schriften gegen die aufständischen Bauern im Jahre 1525. Dass Luther die Bauern verraten hatte, galt vor allem den im Osten Deutschlands an die Macht strebenden Kommunisten als ausgemachte Sache. Für das historische Selbstverständnis der KPD und später der SED besaß die Reformationszeit eine zentrale Bedeutung. Sie leiteten ihre klassenkämpferischen Traditionen zu einem großen Teil aus den Bauernerhebungen ab. Luther galt ihnen als reaktionär.



Alexander Abusch, *Der Irrweg einer Nation*.  
Die Erstausgabe erschien 1945 in Mexiko.

Diese Ansicht war jedoch nicht singulär. Es entsprach der in der historischen Forschung diagnostizierten „Janusköpfigkeit des Anfangs“, dass auch in der marxistischen Presse unterschiedliche Lutherbilder nebeneinander standen. So beschrieb beispielsweise das Presseorgan der KPD in der Provinz Sachsen, die „Volkszeitung“, Luther anlässlich seines 400. Todestages im Februar 1946 als einen „glaubensstarken Mann“ und als „Urbild von Kraft und Stärke“. Den gleichen Tenor hatte auch die von der Sowjetischen Militäradministration herausgegebene Tägliche Rundschau. Luther wurde hier als „lebendiger Kämpfer und Typus deutscher Charakter- und Geisteshaltung“ sowie als ein „dem Leben zugewandter und in seiner großen Zeit nie erlahmender Kämpfer für Deutschland und seine Einheit“ dargestellt.<sup>4</sup> In Eisleben, der Stadt, in der Luther 1483 geboren wurde und in der er 1546 starb, beging man im Herbst 1946 nach gemeinsamer Vorbereitung von kommunaler Verwaltung und Evangelischer Kirche eine „Luther-Festwoche“. Bei dieser Gelegenheit erhielt Eisleben auch den Ehrentiteln „Lutherstadt“. In Wittenberg, wo Luther mehr als 36 Jahre seines Lebens verbracht hatte, nahm die unter den Schutz der Sowjetischen Militäradministration gestellte Lutherhalle ihren regulären Museumsbetrieb wieder auf.

Und dennoch: Im östlichen Teil Deutschlands dominierte fortan ein negatives Lutherbild. Dabei stand Luther der zum revolutionären Bauernkriegsführer stilisierte und 1525 hingerichtete Thomas Müntzer gegenüber. Der Kontrast zwischen beiden hätte nicht deutlicher ausfallen können: „Luther ist der Aufklärer und Reformist, Münzer der Gläubige und Revolutionär. Luther ist ‚helle‘, Münzer ist erleuchtet. [...] Der eine führt als staatstreuer Untertan und gefügiger Unteroffizier seines Fürsten ein behäbiges Leben und stirbt hochbetagt und hochbewürdet im weichen Bett, der andere hetzt hungrig und frierend als Meuterer von Ort zu Ort und fällt zerschunden und verhöhnt unterm Beil.“<sup>5</sup>

Am nachhaltigsten wurde die negative Sicht auf Luther wohl von Alexander Abusch geprägt, dessen im mexikanischen Exil entstandene Schrift „Der Irrweg einer Nation“ 1946 erschien. Das Buch fand eine breite Leserschaft und übte einen großen Einfluss auf das Geschichtsdenken in der jungen DDR aus. Der später zum Kulturminister der DDR ernannte Abusch interpretierte die deutsche Geschichte als Abfolge gescheiterter Revolutionsversuche, ja mithin als eine Misere. Die nationale Katastrophe begann mit Luther, lief über den preußischen Militarismus, Bismarck und Kaiser Wilhelm II. auf Hitler zu und fand im Zusammenbruch des Dritten Reiches ihr Ende. Folgt man Abusch, so vollzog Luther eine fatale historische Weichenstellung, die zu Reaktion und Stagnation führte: „Luther wurde zur größten geistigen Kraft der deutschen Gegenrevolution für Jahrhunderte.“<sup>6</sup> Abusch stützte sich maßgeblich auf Friedrich Engels, der gut 100 Jahre zuvor unter dem Eindruck der gescheiterten Revolution von 1848 mit der Schrift „Der deutsche Bauernkrieg“ (1850) das Fundament für eine historisch-materialistische Geschichtsbetrachtung gelegt hatte.

Abuschs negative Lutherdeutung blieb zwar bis in die 1960er Jahre hinein maßgebend. Der von der SED verfolgte Plan, in der 1949 gegründeten DDR den Sozialismus aufzubauen, verlangte jedoch danach, das Verhältnis zur deutschen Geschichte neu zu bestimmen. Wollte man sich als sozialistische Staatsnation präsentieren, bedurfte es dazu positiver historischer Anknüpfungspunkte. Diese Neuorientierung bedeutete in letzter Konsequenz auch eine Absage an jene Stimmen, die die deutsche Geschichte als Misere beschrieben. Im Mai 1953 verkündete das SED-Zentralorgan Neues Deutschland unmissverständlich: „Die Leugnung des Fortschritts und die Dar-

stellung der deutschen Geschichte als einer ununterbrochenen Misere ist eine reakti-  
onäre und antinationale Konzeption, die objektiv dazu dient, die nationale Würde und  
das Nationalbewusstsein des deutschen Volkes zu zerstören.“<sup>7</sup> Fortan standen also  
die „progressiven“ Strömungen der deutschen Geschichte im Blickpunkt. Dass dazu  
auch Luther und die Reformation gehörten, war dem Umstand geschuldet, den der  
Kirchenhistoriker Siegfried Bräuer einmal als „faktische Präsenz Luthers“ beschrieben  
hat.<sup>8</sup> Mit Eisleben, Mansfeld, Wittenberg, Eisenach und Erfurt befanden sich die wich-  
tigsten Luthererinnerungsstätten auf ostdeutschem Territorium. Ganze Landstriche des  
„Arbeiter-und-Bauern-Staates“ waren geradezu reformationsgeschichtlich grundiert.  
Die DDR war im besten Sinne „Lutherland“.

Darüber hinaus enthielt die Beschäftigung mit der Reformationsgeschichte stets eine  
kirchlich-theologische Dimension und barg deshalb für den atheistischen SED-Staat  
politische Brisanz. Anders als im Nationalsozialismus, standen die Kirchen in der DDR  
mehrheitlich in Opposition zum Führungsanspruch der politischen Elite. In gleicher Wei-  
se, wie die von der SED mit Luther betriebene Geschichtspolitik eine Fortsetzung ihrer  
Kirchenpolitik mit anderen Mitteln darstellte, lassen sich die von nichtmarxistischen  
Kirchenhistorikern betriebenen Forschungen zur Reformationsepoche und die von der  
Evangelischen Kirche in der DDR unter Betonung ihrer Eigenständigkeit organisierten  
Jubiläumsfeierlichkeiten als eine Bestreitung des einheitssozialistischen Herrschafts-  
anspruchs interpretieren.<sup>9</sup>

Der um 1960 einsetzende Wandel des marxistischen Lutherbildes ist eng mit dem Na-  
men Max Steinmetz verbunden.<sup>10</sup> Mit der „frühbürgerlichen Revolution“ hatte der an der  
Leipziger Universität lehrende Historiker ein Erklärungsmodell begründet, das Refor-  
mation und Bauernkrieg als Teile einer einheitlichen nationalen Revolutionsbewegung  
zusammenfasste. Dieses Konzept überwölbte fortan paradigmatisch die gesamte Frü-  
he-Neuzeit-Forschung in der DDR und bot die Voraussetzung für eine nichttheologische  
und nichtkirchliche Reformations- und Lutherforschung auf marxistischer Grundlage.  
Wurde Luther also zunächst als „Fürstenknecht“ gescholten, so sorgte die „Frühbür-  
gerliche Revolution“ nun für eine Aufnahme des Reformators in den sozialistischen  
Erbekanon.

Öffentlich sichtbar wurde die gestiegene historische Bedeutung Luthers zuerst anlässlich des 450. Jahrestages der Reformation, die man 1967 in der DDR nun als eine „der gewaltigsten Massenbewegungen unserer älteren Nationalgeschichte“ feierte.<sup>11</sup> Die Reformation sei „Ausdruck der revolutionären Bereitschaft der unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen und vor allem der Bauern, sich aus den ökonomischen, sozialen und geistigen Fesseln zu befreien“, hieß es beispielsweise in einem Papier des Staatssekretariates für Kirchenfragen, das aus diesen „progressiven Traditionen“ den „legitimen Anspruch“ der Regierung ableitete, als Veranstalter der Feierlichkeiten aufzutreten.<sup>12</sup> Das Zentralkomitee der SED setzte ein Komitee zur Vorbereitung des Reformationsjubiläums ein, das in Konkurrenz zu den kirchlichen Planungen das „Primat des Staates“ zu wahren und die Feierlichkeiten als ein „säkulares Ereignis“ zu inszenieren hatten. Die SED beanspruchte nicht nur die gesamte Kontrolle über die kirchlichen Veranstaltungen, sie versagte auch westdeutschen Christen und den als „Nato-Knechten“ diffamierten Vertretern der EKD eine Einreise in die DDR. Zu ihnen gehörte auch der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann, der sich als damaliger Bundesjustizminister und Mitglied des Rates der EKD wie viele andere weigerte, eine Erklärung gegen den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik abzugeben.<sup>13</sup>

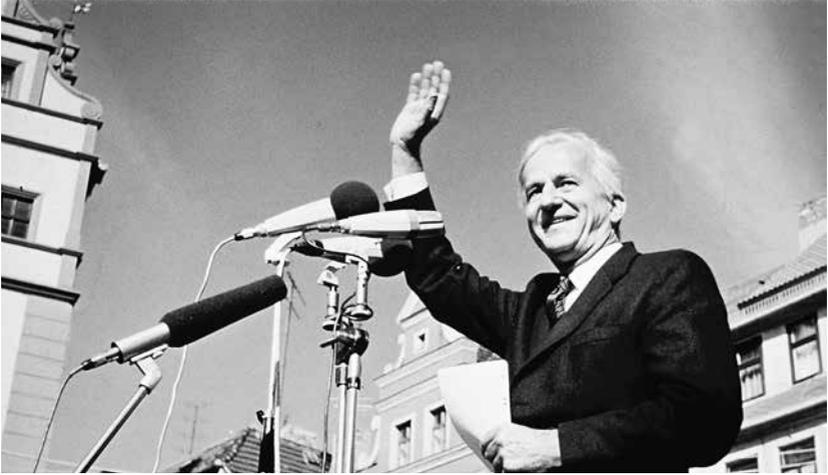
Da sich die DDR, wie es im 1962 veröffentlichten „Nationalen Dokument“ der SED hieß, als „der einzige rechtmäßige deutsche Staat“ verstand und sich dazu berufen fühlte, die Interessen der Nation zu vertreten,<sup>14</sup> sollte unter allen Umständen vermieden werden, die Feierlichkeiten zum 450. Jahrestag der Reformation als gesamtdeutsche und gesamtkirchliche Veranstaltung erscheinen zu lassen. Am deutlichsten kam dies in der Anweisung zum Ausdruck, am Beginn des staatlichen Festaktes am 31. Oktober 1967 in Wittenberg die Nationalhymne der DDR nicht zu spielen.<sup>15</sup> Bekanntlich enthielt die zweite Strophe die Zeile „Deutschland, einig Vaterland“, was dazu führte, dass der Text später komplett aus der Öffentlichkeit verschwand und die Hymne ab 1972 nur noch instrumental aufgeführt, aber nicht mehr gesungen wurde.

Auch beim nächsten großen Jubiläum, dem 500. Geburtstag Martin Luthers 1983, blieb die deutschlandpolitische Komponente maßgebend. Denn gerade der Blick nach Westen war eines der Hauptmotive dafür gewesen, Luther in DDR in einem bis dahin unbekanntem Ausmaß zu würdigen.<sup>16</sup> „Schon heute ist offensichtlich“, so hielt es ein im

Juli 1978 konfrontativ formuliertes Strategiepapier aus dem ZK der SED fest, „daß Persönlichkeit und Werk Luthers zu einem wichtigen Bezugspunkt im ideologischen Kampf geworden sind. Besonders in der BRD [...] ist mit starken Aktivitäten zum Gedenkjahr zu rechnen. Die Auseinandersetzung [...] mit allen Versuchen, das Erbe Luthers für die imperialistische Fiktion von der einheitlichen deutschen Kulturnation zu benutzen, verlangt ein offensives Herangehen von unseren marxistisch-leninistischen Positionen aus.“<sup>17</sup>

Ermöglich wurde dieses „offensive Herangehen“ nicht zuletzt durch ein neues, seit Mitte der 1970er Jahre in der DDR etabliertes Geschichtsverständnis, das eine „sozialistische Nationalkultur“ begründete und die Aneignung der Geschichte unter dem Begriffspaar „Weite und Vielfalt“ auf immer neue Themen und Zeiträume ausdehnte. Wenn die SED 1976 in ihrem Programm von der Pflege der „gesamten Geschichte des deutschen Volkes“ sprach,<sup>18</sup> so lag hier der Ausgangspunkt für die später intensiv geführte Diskussion um „Erbe und Tradition“.

Um internationale Anerkennung und Aufmerksamkeit bemüht und das touristische Potential des Wittenberger Reformators im Auge, suchte die Staatsführung der DDR im Vorfeld des Lutherjubiläums von 1983 ein harmonisches und kooperatives Verhältnis zu den Evangelischen Kirchen zu gewinnen. Schon im März 1978 hatte es in Ost-Berlin ein Spitzengespräch zwischen Erich Honecker und dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR unter Leitung von Bischof Albrecht Schönherr gegeben, in dem das Lutherjubiläum einen prominenten Platz einnahm und in dem beide Seiten die Zweckmäßigkeit anerkannten, die staatlichen und kirchlichen Vorhaben zu koordinieren.<sup>19</sup> Nachdem im Dezember 1978 bereits ein kirchliches Vorbereitungskomitee unter Leitung des Landesbischofs der Evangelisch-lutherischen Kirche in Thüringen, Werner Leich, zusammengetreten war, übernahm Staats- und Parteichef Honecker im Juni 1980 höchstselbst den Vorsitz im Martin-Luther-Komitee der DDR. In seiner Eröffnungsrede nannte er Luther einen „der größten Söhne des deutschen Volkes“. Honecker lud die Bischöfe aus Thüringen und der Kirchenprovinz Sachsen dazu ein, an den Beratungen des staatlichen Komitees teilzunehmen. Das Neue Deutschland widmete der Konstituierung des staatlichen Luther-Komitees in seiner Wochenendausgabe vom 14./15. Juni 1980 fünf Druckseiten, was nicht nur in der DDR für Aufsehen sorgte. Auch im Bundeskanzleramt



Richard von Weizsäcker am 25. September 1983 auf dem Marktplatz von Wittenberg.

---

staunte man darüber, „mit welchem Selbstverständnis Honecker Luther als Teil der Geschichte der DDR sieht [...].“<sup>20</sup>

Mit dem Lutherjubiläum war seitens der SED-Führung eine gesamtgesellschaftliche Mobilisierung beabsichtigt. Massenorganisationen wurden mit „propagandistischen Veranstaltungen“ zu einer „geistigen Auseinandersetzung“ mit dem Wirken des Reformators angeregt, Kulturschaffende leisteten „ihren ganz persönlichen Beitrag“ und „Mach-mit-Wettbewerbe“ spornten die ostdeutsche Bevölkerung zur „Verschönerung der Städte und Gemeinden“ an. Überall wurde „planmäßig“ renoviert und rekonstruiert, modernisiert und instandgesetzt.<sup>21</sup> Die Lutherstätten erstrahlten in neuem Glanz, Ausstellungen wurden vorbereitet, Kunstwerke in Auftrag gegeben, Fernsehfilme und Dokumentationen gedreht, Briefmarken emittiert. In 15 „Thesen über Martin Luther“ präsentierte die DDR-Geschichtswissenschaft ihre allgemeinverbindliche Sicht auf den Reformator mit dem Fazit: „Luthers progressives Erbe ist aufgehoben in der sozialistischen deutschen Nationalkultur“.<sup>22</sup> Und Gerhard Brendler, einer der bekanntesten marxistischen Lutherforscher, legte eine Lutherbiografie vor, die erstmals dessen Theologie berücksichtigt.<sup>23</sup>



Der Wittenberger Schmied Stefan Nau schmiedet am Abend des 24. September 1983 im Hof des Lutherhauses ein Schwert zu einer Pflugschar um.

Der Plan der SED-Führung, mit dem Lutherjubiläum das Ansehen der DDR im Ausland zu erhöhen, ging allerdings nicht auf. Hochrangige Politiker und Staatsgrößen aus westlichen Ländern reisten nicht in die DDR. Weder Bundespräsident Karl Carstens noch Bundeskanzler Helmut Kohl mochten der Einladung Honeckers nach Ost-Berlin folgen. Auch bei vielen SED-Funktionären löste die Martin-Luther-Ehrung Unverständnis aus. Diskussionen gab es beispielsweise über die recht spät angesetzte Würdigung von Karl Marx, dessen Todestag sich 1983 zum hundertsten Mal jährte. Das ZK der SED hatte erst im November 1982 ein Karl-Marx-Jahr ausgerufen. Schon bald kursierten in der DDR Witze wie dieser: „Martin-Luther-Ehrung im Karl-Marx-Jahr – Proletarier aller Länder, um Gottes willen, vereinigt euch!“<sup>24</sup> Ein alter KPD-Genosse beschwerte sich in einem anonymen Brief über den „Luther-Rummel“. Ihm war es unverständlich, wie man in der DDR mit Luther einen Mann feiern konnte, dem es doch nur darum ging, die bestehenden Machtverhältnisse zu erhalten: „Der Rummel um Luther ist eine Angelegenheit, die sich für einen Marxisten nicht geziemt! [...] Dass in der DDR sogar Städte und Universitäten einen Namen des Pfaffen Luther tragen, der den Totschlag der Bauern empfahl [...], ist diesen Kreaturen [gemeint sind die Chefredakteure von DDR-Medien] mit ihrem Spatzenhirn noch nicht aufgefallen.“<sup>25</sup>

Für die Evangelischen Kirchen in der DDR war das Lutherjubiläum 1983 hingegen ein Erfolg. Sie hatten unter dem Motto „Gott über alle Dinge fürchten, lieben und vertrauen“ auf ihren zentralen Veranstaltungen und den sieben regionalen Kirchentagen die theologische Botschaft der Reformation ins Zentrum gerückt. Außerdem konnten sie namhafte Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik als Gäste begrüßen. Neben dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen Johannes Rau, der gemeinsam mit westdeutschen Bischöfen – darunter der Vorsitzende des Rates der EKD, Landesbischof Eduard Lohse – im November 1983 den kirchlichen Festveranstaltungen in Eisleben bzw. den ökumenischen Gemeindetagen in Leipzig beiwohnte,<sup>26</sup> blieben vor allem die DDR-Besuche des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin und designierten Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in Erinnerung. Weizsäcker hatte in seiner Funktion als Mitglied des Kirchentagspräsidiums der EKD am 4. Mai an der Eröffnung der kirchlichen Lutherfeierlichkeiten auf der Wartburg teilgenommen und – ohne Abstimmung mit staatlichen Stellen – auf der Abschlussveranstaltung des Wittenberger Kirchentages am 25. September 1983 ein Grußwort gesprochen, das von den auf dem Marktplatz versammelten Menschen mit starkem Beifall aufgenommen wurde. Der Staatssicherheitsdienst der DDR, der während des gesamten Lutherjubiläums an die Grenze seiner Belastbarkeit geführt wurde, berichtete minutiös über alle Einzelheiten. Klaus Gysi, damals Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR, nannte den Wittenberger Kirchentag später den „schlimmsten Kirchentag von allen“.<sup>27</sup> Zu dieser Einschätzung trug sicher auch ein Ereignis am Abend des 24. September 1983 bei. Der Wittenberger Schmied Stefan Nau hatte im Hof des Lutherhauses ein Schwert zu einer Pflugschar umgeschmiedet und damit das von der unabhängigen DDR-Friedensbewegung benutzte Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ Realität werden lassen. Fernsehberichte von ARD und ZDF machten diese Aktion in der DDR und der Bundesrepublik bekannt und zeigten, dass es angesichts der nuklearen Bedrohung in Ost und West ein gesellschaftliches Engagement für den Frieden gab, das sich außerhalb staatlicher Instanzen bewegte.<sup>28</sup>

In der DDR setzte unmittelbar nach dem Lutherjubiläum eine „Normalisierung“ im Umgang des Staates mit den Kirchen ein. Es hatte sich „ausgeluthert“ und so mancher SED-Funktionär war froh, als der „Lutherrummel“ zu einem Ende kam und der DDR-Bevölkerung nun „wieder Karl Marx in die Knochen geblasen“ werden konnte.<sup>29</sup>

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Wendebourg, Dorothea: So viele Luthers... . Die Reformationsjubiläen des 19. und 20. Jahrhunderts, Leipzig 2017.
- 2 Sasse, Martin: Martin Luther über die Juden: Weg mit ihnen!, Freiburg/Breisgau 1938, S. 2.
- 3 Mann, Thomas: Deutschland und die Deutschen (1945), in: Thomas Mann. Gesammelte Werke in dreizehn Bänden, Bd. 11, Frankfurt am Main 1990, S. 1133; Mann, Thomas: Die drei Gewaltigen (1949), in: Thomas Mann. Gesammelte Werke in dreizehn Bänden, Bd. 10, Frankfurt am Main 1990, S. 376.
- 4 Aufruf des Ausschusses für die Ausgestaltung der Luther-Gedächtnisfeiern der Stadt Eisleben im Jahre 1946, in: Volks-Zeitung vom 18. 2. 1946; Reinold, H.: Luther, der deutsche Kämpfer an der Schwelle der Neuzeit, in: Tägliche Rundschau vom 19. 2. 1946.
- 5 Müller, Erich: Der Prediger mit dem Hammer, in: Neues Deutschland vom 14. 5. 1946.
- 6 Abusch, Alexander: Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte, Berlin 1946, S. 27, 23.
- 7 Das „Faust“-Problem und die deutsche Geschichte, in: Neues Deutschland vom 14. 05. 1953.
- 8 Vgl. Bräuer, Siegfried: Das Luther-Gedenkjahr 1983 und die Kirchen in der DDR, in: Süßmuth, Hans (Hrsg.): Das Luther-Erbe in Deutschland. Vermittlung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, Düsseldorf 1985, S. 45.
- 9 Vgl. Stengel, Friedemann: Die SED und das christliche nationale Erbe, in: Händel-Jahrbuch 59, 2013, S. 356.
- 10 Vgl. Roy, Martin: Luther in der DDR. Zum Wandel des Lutherbildes in der DDR-Geschichtswissenschaft, Bochum 2000.
- 11 Steinmetz, Max: Die nationale Bedeutung der Reformation, in: Ders. / Stern, Leo (Hrsg.) 450 Jahre Reformation, Berlin (Ost) 1967, S. 48.
- 12 Begründung des Beschlusses des Ministerrates über den 450. Jahrestag der Reformation vom 18. 1. 1966. Bundesarchiv Berlin, DO 4/2017.
- 13 Vermerk vom 7. 12. 1966, betr.: Feier der 450. Wiederkehr des Reformationsjahres 1967 in Wittenberg. Bundesarchiv Koblenz B 137/7817.; Information für den Genossen Paul Verner vom 10. 10. 1967, gez. Willi Barth. SAPMO-Bundesarchiv Berlin DY30/IV A 2/14/25.
- 14 Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands. Dokument des Nationalrates dem ganzen Volk zur Aussprache unterbreitet, in: Neues Deutschland vom 27. 03. 1962.
- 15 Aktenvermerk über die Sitzung der zentralen Organisationskommission „Nationale Jubiläen“ unter Leitung von Staatssekretär Horst Brasch am 27. 09. 1967 in Berlin. Universitätsarchiv Halle, Rep. 7, Nr. 497.

- 16 Vgl. Maser, Peter: „Mit Luther alles in Butter?“. Das Lutherjahr 1983 im Spiegel ausgewählter Akten, Berlin 2013.
- 17 Information über eine Beratung der Abteilung Kultur und der Arbeitsgruppe Kirchenfragen des ZK der SED zur Vorbereitung des 500. Geburtstages von Martin Luther im Jahre 1983 vom 17. 07. 1978, in: Roy 2000, S. 319.
- 18 Programm der SED zum IX. Parteitag vom 18. bis 22. Mai 1976, Berlin (Ost), S. 52.
- 19 Vgl. Informationen des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an die Gemeinden über das Gespräch des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen beim Vorsitzenden des Staatsrates der DDR am 6. März 1978, in: Schröter, Ulrich / Zeddis, Helmut (Hrsg.): Nach-Denken. Zum Weg des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Hannover 1995, S. 152 – 154.
- 20 Information vom 10. 07. 1980, betr.: Feierlichkeiten aus Anlaß des 500. Geburtstages von Martin Luther am 10. November 1983. Bundesarchiv Koblenz B 136/24648.
- 21 Information über den Stand der Vorbereitung der Martin-Luther-Ehrungen 1983 und über die kirchlichen Aktivitäten im Bezirk Halle, undat. (1982). Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, SED-Bezirksleitung Halle, Bl. 164 – 167.
- 22 Vgl. Lehmann, Hartmut: Die 15 Thesen der SED über Martin Luther; in: Ders.: Luthergedächtnis 1817 bis 2017, Göttingen 2012, S. 213 – 231.
- 23 Vgl. Brendler, Gerhard: Martin Luther. Theologie und Revolution, Berlin (Ost) 1983.
- 24 Vgl. Strothmann, Dietrich: Genosse Luther? Bruder Luther?, in: Die Zeit vom 01. 04. 1983.
- 25 Anonymer Brief an die Zeitung „Freiheit“ und das ZK der SED, in: Suckut, Siegfried (Hrsg.): Volkes Stimmen. „Ehrlich, aber deutlich“ – Privatbriefe an die DDR-Regierung, München 2016, S. 322 – 324.
- 26 Vgl. Odin, Karl-Alfred: „Die von Luther gestellte Aufgabe weiterführen.“ Die Feiern zum Geburtstag des Reformators in der DDR, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 11. 1983.
- 27 Vgl. Hildebrandt, Annette / Tautz, Lothar: Protestanten in Zeiten des Kalten Krieges. Der Wittenberger Kirchentag zum Lutherjubiläum 1983 im Fokus der Staatssicherheit, hg. von der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Studienreihe der Landesbeauftragten Bd. 8, Halle (Saale) 2017.
- 28 Vgl. Eckert, Rainer: Schwerter zu Pflugscharen, in: Sabrow, Martin (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 503 – 515.
- 29 So die Aussage des Vorsitzenden der SED-Bezirksleitung Erfurt, Gerhard Müller. Zitiert nach Werner Leich, 1978 – 1992 Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Thüringen, in: Findeis, Hagen / Pollak, Detlev (Hrsg.): Selbstbewahrung oder Selbstverlust. Bischöfe und Repräsentanten der evangelischen Kirchen in der DDR über ihr Leben. 17 Interviews, Berlin 1999, S. 328.



Neulektüre der Streischrift nach 40 Jahren.

---

## Rudolf Bahros „Die Alternative“ – Dokument einer Politischen Theologie?

Thomas Schubert

### Einleitung

Nimmt man „Die Alternative“<sup>1</sup> im Jahr 2017, vierzig Jahre nach deren Erscheinen 1977, zur Hand, stellt sich die Frage, womit dieses Buch damals einen solchen Eindruck machte und vor allem auf wen? Handelt es sich doch die ersten dreihundert Seiten lang um eine soziologisch-historische Untersuchung. Allerdings war das Thema – eine Analyse der sozial-ökonomischen Verhältnisse im real existierenden Sozialismus – politisch brisant und der kritisch-immanente Zugang mehr als ungewöhnlich. Aber erklärt das allein das nationale und internationale Interesse an dem Buch?

Gewiss waren die Umstände der Entstehung des Werkes in der DDR und dessen Veröffentlichung in der Bundesrepublik spektakulär. Auch trug Bahros Inhaftierung infolge-

dessen nicht wenig dazu bei, die öffentliche Aufmerksamkeit zu erhöhen. Doch könnte es sein, dass gerade diese historischen Umstände die dokumentarische Qualität des Buches verdecken? Doch was dokumentiert sich darin?

In der „Alternative“ wird eine Vielzahl an Themen und Thesen aufgeworfen und diskutiert. Der Text ist inhaltlich und vor allem atmosphärisch dicht. Dessen Schwerpunktsetzung und Stilistik ist jedoch nicht eindeutig. Er birgt eine Mischung aus zumeist soziologischen Mikroanalysen und der Auseinandersetzung mit einer politisch-philosophischen Großtheorie – dem Marxismus-Leninismus. Je nach Lesart, ist alles Mögliche in ihn hineinzuzinterpretieren. Mehrere Rezensenten, wie u. a. Wolfgang Abendroth<sup>2</sup> kritisierten dessen Struktur sowie einen Mangel an Sachlichkeit und Anschlussfähigkeit. Vor allem aber mutete es seinen Kritikern als zu utopisch an.

Wovon handelt dieses Buch? Was macht dessen Wirkungskraft aus, oder besser machte, denn der zeitgenössische Kontext, vor dem es sich verstehen ließ, ist verblasst. Die Erinnerung daran führt in einen Raum verödeteter Debatten, der spätestens seit 1989/90 als ein totes Ende der Geschichte betrachtet werden kann. Wer sich heute darin bewegt, tut dies entweder als ein bizarrer Schatten längst vergangener Zeiten oder als ein Archäologe, der die Zeugnisse dieser Zeit zu kartieren sucht.

Unmittelbar nach dem Erscheinen der „Alternative“ verwahrte sich ein intellektueller Gesprächspartner Bahros, Fritz Behrens, der im Buch auch genannt wird<sup>3</sup>, gegen Vereinfachungen und den idealistischen Grundton des Werkes. In einem damals unveröffentlichten Text<sup>4</sup> bezeichnete er es daher als ein „Buch des Glaubens“<sup>5</sup>. An diesem Punkt möchte ich einsetzen.

Was Bahros Kritiker als Utopismus und Idealismus kennzeichneten und was ihnen als überflüssiges Beiwerk erschien, führt in der von mir vorgeschlagenen Lesart nicht in die Peripherie, sondern zum Kern des Buches. Sein religionskritischer und zugleich religiöser Gehalt konnte auf zweifache Weise zu dessen Popularität beitragen und zwar unter den Gläubigen und Sympathisanten des Kommunismus sowie unter dessen Verächtern.

Um „Die Alternative“ systematisch als ein „Buch des Glaubens“ zu kennzeichnen, stütze ich mich auf zwei Konzepte zum Verständnis politischer Weltanschauungen. Mit Blick

auf Bahro liegt es nah, das unter anderem von Eric Voegelin<sup>6</sup> entwickelte Konzept der Politischen Religion (1938) mit dem unter anderem auf Carl Schmitt<sup>7</sup> zurückgehenden Konzept der Politischen Theologie (1922) zu verbinden. Denn, wenn die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus mit Voegelin als eine Politische Religion betrachtet werden kann, stellt sich konsequenterweise die Frage nach deren Politischen Theologen. Die ungewöhnliche Verbindung von politischen und religiösen Momenten, wie sie für „Die Alternative“ charakteristisch ist, lässt sich erst in der Vermittlung dieser beiden Zugänge adäquat abbilden.

In den folgenden drei Abschnitten wird jeweils eine These „Die Alternative“ betreffend vorgestellt. Meine erste These lautet: Rudolf Bahro kritisiert den Marxismus-Leninismus als quasi theologischen Ausdruck einer Politischen Religion, die man als „Religion des real existierenden Sozialismus“ bezeichnen kann. Er tat dies jedoch nicht primär als Sozialwissenschaftler oder als Religionskritiker sondern im Gestus eines Theologen, so meine zweite These. Die dritte These lautet daher: Rudolf Bahro begriff sich als ein Prophet des Kommunismus sowie als Reformator dessen Kirche und Theologie, d. h. der kommunistischen Partei und des Marxismus-Leninismus. „Die Alternative“ ist somit nicht nur Dokument der Kritik an einer Politischen Religion, sondern auch Dokument der dazugehörigen Politischen Theologie.

### **„Die Alternative“ als Dokumentation einer Politischen Religion?**

Trotz des Anspruches eine wissenschaftliche Weltanschauung zu sein, ist dem Marxismus-Leninismus und den daraus erwachsenden politischen Organisationsformen eine quasi religiöse Struktur und Sprechweise zu Eigen. Er erscheint daher als ein säkularer Kirchen- und Religionsersatz.<sup>8</sup> Auch Rudolf Bahro hat den Charakter der in der DDR herrschenden politischen Weltanschauung formal als „quasi-religiös“ bestimmt und kritisiert.

Im Zentrum seiner Kritik steht die Oberschicht der überkommenen technischen Zivilisation, die „Intelligenz“, welche „modernen Priesterschaften“ gleich, ein „Heil“ verspreche, das zu spenden sie außerstande sei (174). Die „politisch-ideologische Organisation“ der DDR charakterisiert er daher als die eines „quasi-theokratische[n] Staates“ (15). Für die 1950er Jahre der Sowjetunion spricht er von einem „nahezu religiösen

Heimweh nach Lenin“ (139) und vergleicht dessen kommunistische Partei neuen Typs mit einem „Orden“, der ihn an eine „Priesterschaft“ (129) erinnere. Bereits Lenin habe dadurch den Impuls für die sich unter Stalin entwickelnde „spätere Parteimetaphysik und -mystik“ (129 f.) gegeben. Die eigentlich säkulare „Herrschaftsideologie“ (23) der kommunistischen Partei und des Staates, habe sich dabei zum „Katechismus einer modernen Staatskirche“ (23) gewandelt, in dem „die Massen zum Objekt eines bürokratischen Heilsplanes [werden, T. S.], dem im Vergleich mit dem kirchlichen [Bahro meint hier christlichen, T. S.] noch das Beste fehlt: die Transzendenz“ (356). Selbst die Arbeiterklasse erscheine nicht mehr als Subjekt des historischen Prozesses, sondern als eine „heilige Schaar“, gepolt auf und geopfert für „ein Leben für die diesseitige Transzendenz“ (125), welche freilich immer wieder auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben wurde.

Diese Beispiele zeigen, wie Bahro Begriffe mit einer religiösen Konnotation zur Beschreibung des politischen Feldes nutzt, um den religiösen Charakter der anachronistischen Erscheinungsform der politbürokratischen Diktatur in der DDR herauszustellen. Vorbildhaft war ihm hier Karl Marx, insbesondere dessen Schrift zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, auf die er sich ausdrücklich beruft. Marx vergleicht darin die Verhältnisse im Preußischen Staat mit denen in einer Kirche.<sup>9</sup> Dabei erscheint die Religion als „phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens, weil das menschliche Wesen keine wahre Wirklichkeit besitzt“. Marx wurde die „Kritik der Religion“ zur „Voraussetzung aller Kritik“<sup>10</sup>, und für den Marxisten Bahro war es nur konsequent – und ein kalkulierter Affront – die „Kritik des realen Sozialismus“, so der Untertitel seines Buches, im Stile der marxischen Religionskritik vorzutragen.

Da der kommunistische „Parteiapparat, Kirchenhierarchie und Überstaat in einem“ sei, begreift Bahro diesen auch als eine „geistliche Gewalt, mit der ständigen Tendenz zur Inquisition“ (288). Den davon abgeleiteten Staat bezeichnet er als einen „quasi-theokratisch“ verfassten „säkularisierten Gottesstaat“ (288). Doch anders als bei Marx gerät seine „Kritik“ nicht zur „Waffe“ gegenüber einem „Feind, den sie nicht widerlegen, sondern vernichten will“.<sup>11</sup> Denn in der Immanenz seiner Kritik an dieser Politischen Religion spricht zugleich deren Politischer Theologe.

## **Verstand sich Rudolf Bahro als ein Politischer Theologe?**

Bereits auf den ersten Seiten der „Alternative“ fällt der missionarische Ton auf. Bahro misst darin den „Kommunisten“ und sich selbst die „Aufgabe“ im „welthistorischen Kontext“ bei (9), eine „neue Zivilisation“ (1) zu schaffen. Seine Gegenwart beschreibt er in „apokalyptischen Konturen“ (8) und prognostiziert eine aus „der spätbürgerlichen Lebensweise“ beider politischen Hemisphären erwachsende „ökologische Krise“ (512). Diese mache „die Existenz der Menschheit unhaltbar“ (9), es sei denn eine „umfassende Kulturrevolution“ (15) in Ost und West stoppe diese Entwicklung. Das Ziel seines Wirkens beschreibt Bahro daher als ein doppeltes: Zum einen geht es ihm um eine „neue Predigt [...] der Maßes“ (9). Zum anderen möchte er alles zum Gelingen der von ihm prophezeiten und synonym verstandenen „politischen Revolution oder Reformation“ (175) tun.

Aber erlauben es diese messianischen Anklänge bereits, von Bahro als einem Politischen Theologen zu sprechen? Hierzu ist über „Die Alternative“ hinaus ein Blick auf das Selbstverständnis des Autors aufschlussreich: In seinem letzten Interview für den Spiegel, im Jahr 1995, wurde er gefragt, ob er sich mit Blick auf sein Lebenswerk als „Reformator“ oder als „ein rot-grüner Luther“ sehe. Seine damalige Antwort lautete: „Ja. Ich habe mich selbst mal so dargestellt, daß ich hier aufgetreten bin in der Partei und gegen die Partei wie der Ketzer in seiner und gegen seine Kirche, also wie Luther. Ich bin wohl reformatorisch. Das ist etwas anderes als reformerisch.“<sup>12</sup>

Die dazu passende Textpassage findet sich in Kapitel 9, genau in der Mitte der „Alternative“. Es handelt sich um die für unsere Fragestellung zentrale Stelle. Sie beinhaltet zudem einen versteckten Hinweis auf Ernst Bloch<sup>13</sup>. Dessen messianischer Marxismus bildet neben der Religionskritik des jungen Marx und der von christlichen Bildern trunkenen Dichtung Johannes R. Bechers<sup>14</sup> den intellektuellen Resonanzraum von Bahros religiöser Sprechweise. Indem ihm „die Tradition, die sich auf die Bergpredigt Christi beruft“ als „ein unverzichtbarer Verbündeter [...] im Kampf gegen die Herrschaft der Verdinglichung“ erscheint (446), folgte er zwar nicht Marx, aber seinen Vorbildern Bloch<sup>15</sup> und Becher<sup>16</sup>.

In Kapitel 9 stellt Bahro eine Analogie zwischen „Weltanschauungsparteien“ und „Kirchen“ (281) her. Beides seien „Bewegungen, die sich auf ein messianisches Ideal, auf

irgendeine ‚welthistorische Mission‘ berufen“ (282). Und beiden sei trotz eines bald einsetzenden spezifischen Bürokratisierungs- und Verdinglichungsprozesses die Kontinuität „einer ursprünglichen Inspiration“, eines „Verhaltensideal[s]“ oder einer „Idee“ zu eigen (281). Da dieser idealistisch-spirituelle Kern „zu ihren Existenzbedingungen zählt“ (281) müsse er auch dauerhaft „in einigen ihrer Glieder [...] glaubhaft gegenwärtig“ sein und somit gegen den jeweiligen „Katechismus der reinen Lehre“ aufrufbar bleiben (281). Die massenhafte Aktualisierung des ursprünglichen Ideals oder Glaubens geschehe in beiden Fällen, der Religion und der Weltanschauung, durch „Ketzererhebungen [...], die auf eine Reformation abzielen“ (283). Und so Bahro weiter: „Entscheidend ist die Intention solcher Reformationsbewegungen, die Idee wieder von dem pervertierten Machtapparat zu trennen“ (ebd.), denn letztlich gilt unverändert „in ihren schlimmsten Krisen werden Kirchen von ihren Ketzern gerettet“ (281).

Bahro hält sich nicht damit auf, den realen Sozialismus als eine Politische Religion zu blamieren. Schließlich sind es seine Religion und seine Kirche, als deren Ketzer und Reformator er hier auftritt. Anders als die „halbe Reformation [der] Chruschtschow-Ära“ (273) entwirft er eine ganze und weitaus radikalere. So bezeichnet er, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Karl Marx, die Vertreter des Marxismus-Leninismus als „Staatsjesuiten und Staatstheologen“, die DDR als eine von diesen beherrschte engstirnige „Pfaffenrepublik“ (258) und die SED als eine „katholische‘ Partei“ (413).

In seinen Überlegungen, wonach diese „Papstkirchliche Struktur [und] der durch und durch kuriale Geist der Parteihierarchie [...] restlos ausgerottet“ (441) gehört, erweist er sich als ein Gläubiger. Das beabsichtigte Gespräch mit seinen Gegnern sollte ein Gespräch unter Glaubensbrüdern sein; „Die Alternative“ war die zugrunde liegende theologische Streitschrift und der unterstellte gemeinsame Glaube war der an den Kommunismus.

Bahro rebellierte zwar im Geist von „Luther [...] oder Trotzki“ (283), in deren Nachfolge er sich sah, gegen den „Status göttlicher Allwissenheit“ (290) einer Partei. Seine Erinnerung an den „ursprüngliche[n] revolutionäre[n] Auftrag“ (283) und die Wiederherstellung des „ursprüngliche[n] Marxismus“ (490), wandelte sich in diesem Deutungsrahmen von einer politischen zu einer politisch-theologischen Aufgabe – und das nicht nur in metaphorischer Hinsicht.

So wie es Luther nicht um die Abschaffung der Kirche ging, sondern um deren Rettung mittels eines authentischeren Zuganges zum christlichen Glauben und zur heiligen Schrift, so war es Bahro um die Rettung seiner „Kirche“ und des Marxismus zu tun. Er schreibt: „Wie ich gezeigt habe, ist die vorgefundene Ordnung quasi-kirchlich formiert, so dass es naheliegt, für die Perspektive der Partei das Muster der Reformation in Anspruch zu nehmen“ (412). Im „Marxismus-Leninismus“ (490)<sup>17</sup> erblickte er also nicht nur einen „verratene[n] und verdorbene[n] Marxismus“ (282), sondern konsequenterweise auch eine „theologische Anmaßung [!]“ (290). In seiner Kritik an der Politischen Religion des Kommunismus agierte er also bewußt als ein Politischer Theologe oder, anders ausgedrückt, als ein kommunistischer Luther.

### **„Die Alternative“ als Dokument einer Politischen Theologie**

Der nun folgenden Darstellung ausgewählter Elemente von Bahros Politischer Theologie möchte ich ein weiteres Zitat aus der „Alternative“ voranstellen, das seine Motivation erkennen lässt: „Wie Kirchenreformation die christliche, so setzt Partei-reformation die kommunistische Gesinnung voraus. Umso wichtiger ist es für ihre Aktivisten, sich dieser ihrer historisch wie pragmatisch durchaus notwendigen ‚Glaubensverhaftung‘ kritisch bewußt zu sein“ (413). Kritisches Denken und säkularer Glaube stehen sich also nicht gegenüber, sie bedingen einander. In dieser inneren Mission ging Bahro daran, die Partei oder wie er es auch ausdrückte deren „Tempel zu zerstören, um ihn schöner wieder aufzubauen“ (413) – als Tempel wohl gemerkt!

Worin besteht das Ideal der kommunistischen Partei? Was machte Bahros kommunistischen Glauben aus? Wer sollte die Reformation politisch ins Werk setzen? Und welche Rolle sah er für sich selbst dabei? Auf diese vier Fragen möchte ich im Folgenden eine kurze Antwort geben.

1. Zum Stellenwert der kommunistischen Partei: Der Autor der „Alternative“ ist nicht nur Marxist, er blieb in seiner Fixierung auf die Partei, als einer philosophisch-asketischen „Avantgardeorganisation“ (414), auch Leninist. Denn weiterhin galt: „der gesamtgesellschaftliche Prozess [der Kulturrevolution, T. S.] kann überhaupt nur in Gang kommen, wenn er innerhalb der Partei seinen Anfang nimmt“ (440). In Wahrheit sei die Partei und mit ihr der gesamte Apparat vom Volk isoliert. Diese Wahrheit sei ihr „unsichtbares Stigma“ (392). Wird die Wahrheit ausgesprochen und das Stigma sichtbar, scheiden sich

die Geister, die polizeistaatliche Macht zerrinnt und „die Reformation der Partei“ (444) zu einem erneuerten oder neuen „Bund der Kommunisten“ (409) könne beginnen.

Bahro erkennt im Kommunismus ein sinnstiftendes Prinzip: „Was Menschen an eine Bewegung bindet, [...] das ist das Versprechen die Verbindung der Einzelnen mit einem sinntragenden Ganzen zu vermitteln, ihnen den Raum für Selbstverwirklichung in überpersönlichen, historischen Dimensionen zu eröffnen“ (444 f.). Was er hier beschreibt, ist der Inbegriff einer nach Selbsterlösung strebenden säkularen Religion. Nach innen strebe die auf der „Höhe [des] historischen Bewußtseins“ (443) befindliche Avantgarde nach der Verlebendigung und Beglaubigung des kommunistischen Ideals. Nach außen, gegenüber den Massen, sollte diese „kommunistische Minderheit“ (409) als Vorbild wirken, indem sie das Mysterium der „unmittelbare[n] Kommunikation mit dem Allgemeinen“ (443) zelebriert.

Diese Alternativvorstellung für eine kommunistische Partei trägt weiterhin die Gestalt eines religiösen Ordens, nur ohne Bürokratie, Karrierismus und Korruption. Er sollte endlich die von Lenin versprochene Gemeinschaft der Heiligen sein und zum tatsächlichen Vermittler zwischen Theorie und Praxis, Ideal und Wirklichkeit werden.

In echt Lutherischer Manier verlegt Bahro das Wissen von der Welt wie sie ist und der Welt wie sie sein sollte in das Gewissen eines jeden einzelnen gläubigen Kommunisten. Oder anders ausgedrückt, die Partei als Papstkirche, welche so viel „mit dem Kommunismus zu tun [hat] wie der Großinquisitor mit Jesus Christus“ (425) wurde in Bahros Vision evangelikal.

2. Für die Frage nach den letzten Glaubenstatsachen im Falle einer „Wiedergeburt“ (412) des Marxismus lässt sich bei Bahro eine teleologische Betrachtungsweise ausmachen: So wie das Erscheinen von Gottes Sohn im Weltlauf den Fels darstellt, auf den alle christlichen Kirchen gebaut sind, so stellte die siegreiche russische Oktoberrevolution für kommunistische Parteien den Beweis für die Richtigkeit ihrer Weltanschauung dar<sup>18</sup>. Entsprechend sieht Rudolf Bahro die Entwicklung von der Russischen Oktoberrevolution<sup>19</sup> bis hin zur Gründung der DDR als unvermeidlich sowie den sich daran anschließenden historischen Verlauf als historisch gerechtfertigt an.<sup>20</sup>

Der sich wissenschaftlich gebende Nachweis der historischen Legitimität der Sowjetunion und der DDR stellt somit die empirische Glaubensfeste von Bahros Politischer Theologie dar. Auf den unverrückbaren Fels der gelungenen Revolution will er – wie später auch Gorbatschow – seine reformierte Parteikirche bauen. Und wie in den christlichen Kirchen soll es auch in dieser zu einer direkten Teilhabe an der zentralen Glaubensstatsache kommen. Wozu die „kulturrevolutionäre Praxis [...] permanent zu halten“ (443) sei. Diese Forderung gleicht der paradoxen Vorstellung vom Leben als eines immer währenden Parteitages oder als einem nicht endenden Gottesdienst.

In der Alternative kennt Bahro nur eine historische Sinnrichtung, sowie ein einheitliches menschliches Gattungswesen und Bewusstsein. Er leitet daraus die „Forderung nach der Verwirklichung des geschichtlichen Selbstbewußtseins in allen Individuen“ (171) ab. Aus einer solchen „Totalität des Versprochenen“ (443), das heißt aus der Dialektik von Heilsversprechen und moralischer Forderung, ist auch eine Drohung herauszuhören. Immer geht es um alles, immer sollen alle mitmachen, keiner soll zurück gelassen werden und sei es gegen seinen eigenen Willen. Denn der eigene Wille, so er sich nicht auf der Höhe der Zeit und des geschichtlichen Bewusstseins befindet, kann nach dieser Logik weder ein eigener noch ein freier sein.

3. Zur Frage nach dem historischen Subjekt der kommenden Revolution: Während für Marx galt: „der Kopf dieser Emanzipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat“<sup>21</sup>, erklärt Bahro die „ernsthafte Opposition der Intellektuellen“ (392), d. h. der „intellektualisierten Schichten des Gesamtarbeiters“ (390) zu den Akteuren, die „eine neue politischen Lebensordnung“ (397) begründen sollen. Wie genau Philosophie und Proletariat zueinander kommen, wonach „die Philosophie im Proletariat ihre materiellen [und] das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen [...] findet“<sup>22</sup>, das konnte weder Marx noch der Marxismus klären. Auch Lenins Vorschlag zur Vermittlung der beiden ungleichen Seiten in einer Partei neuen Typs zwang diese nur eisern zusammen.

Bahro rückt die „Intellektuellen“ (390) oder den „kollektive[n] Intellektuelle[n]“ (448) in die vakante „Rolle des Emanzipators“ und des „politische Idealist[en]“<sup>23</sup> Damit bot er gleichzeitig eine Lösung für die marxistische Frage nach dem revolutionären Subjekt sowie nach dem Personal der zu erneuernden leninistische Partei an. Man könnte auch

sagen, wenn bei Marx die am wenigsten gebildete Klasse „das Proletariat die Auflösung der bisherigen Weltordnung [der kapitalistischen, T.S.] verkündet“<sup>24</sup> und als Erlöser auftritt, so sind es im Sozialismus die gebildetsten Schichten, die durch ihre Produktivkraftentwicklung an die Grenze der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse stoßen, welche sie daher zu revolutionieren haben.

Nach Bahro soll sich das in die Partei hinein wirkende „reformatorische Potential vornehmlich“ (380), aus der kommunistischen Minderheit innerhalb der Intellektuellen-schicht selbst rekrutieren. Der gesellschaftliche Umsturz sei dann die Aufgabe der Masse, der sich ihres „revolutionären Potentials“ (392) bewusst werdenden sozialistischen Intelligenz.

Die im Sozialismus beständig anwachsende Gruppe der Intelligenz habe gewissermaßen den halben Weg zum Kommunismus bereits hinter sich. Jetzt gehe es darum „die alten kommunistischen Verheißungen“ (445), sprich: die vollständige Gleichheit aller, die uneingeschränkte Solidarität untereinander und die Freiheit in der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit für alle nur noch durchzusetzen.

Eine gewisse Eleganz ist dieser soziologisch verpackten Prophetie nicht abzusprechen. Sie mag nicht unwesentlich zum Erfolg der „Alternative“ bei den Intellektuellen im Westen beigetragen haben. Dabei ist aus dem Blick geraten, dass, wie bereits Marx und Lenin vor ihm, auch Bahro seinen Lesern keine schlüssige Erklärung darüber gibt, wie genau die richtige philosophische Theorie in die Köpfe und Herzen des revolutionären Subjektes gelangen soll. „Der Blitz des Gedankens“<sup>25</sup> musste nun zwar nicht mehr, um noch einmal Marx zu zitieren, in den „naiven Volksboden“<sup>26</sup> einschlagen, sondern nur vom kommunistischen Teil der Intellektuellenschicht auf deren Mehrheit überspringen. Letztlich blieb aber auch Bahro nichts anderes übrig, als auf die Zukunft und auf den Erfolg der kommenden revolutionären Praxis zu verwiesen. In der „Alternative“ heißt es hierzu lapidar: „Die theoretische Aufklärung der Massen setzt ihre gleichzeitige revolutionäre Praxis voraus“ (447).

4. Welche Rolle sah nun Rudolf Bahro in diesem Revolutionspanorama für sich selbst? Zunächst bleibt festzustellen: Er verortete sich wie Marx auf der Seite der Wissenschaft

und der Prophetie. Was damals einer echten Sensation gleichgekommen wäre, hätte man nur genau gelesen. Aber das tat man nicht, oder marxistisch gedacht, man musste die diesbezüglichen Stellen übersehen, da sie dem als historisch notwendig angenommenen Bewusstsein nicht entsprachen. Dabei hätten sie diesem durchaus einen Spiegel vorhalten können. Helmut Gollwitzer war vielleicht der Einzige der verstehen konnte worauf Bahro hinauswollte, aber dieser war ja auch ein Theologe.

Eine „radikale Revolution“, welche zur völligen Umgestaltung aller Bereiche der Gesellschaft führt, benötigt nach Marx neben einer revolutionären Situation, einem revolutionären Subjekt und einer revolutionären Theorie auch „ein Moment des Enthusiasmus“<sup>27</sup>. Bahro sprach analog dazu von einer „Komponente der emotionalen Erhebung“ oder von „eine[r] Vision der totalen menschlichen Möglichkeiten von gefühlsmäßiger Evidenz“ (447). Damit die erhoffte „Volksreformation“ (11) in Erscheinung treten kann, müsse zuvor ein „psychischer Aufschwung im Gange sein, der insbesondere die Mehrheit der Jugend unmittelbar auf die Ebene des politisch-philosophischen Ideals emporreißt“ (447). Vorbildhaft zu „vergegenwärtigen“ wären „diese Augenblicke [...] in manchen Büchern des Alten Testaments, im Neuen Testament, in den Chorälen der Reformationszeit [und] in den Liedern und Hymnen der jungen Arbeiterbewegung.“ (443).

Bahro sieht in diesen Überlieferungen die „Zeiten des von einer Prophetie geführten Volkes“ (443) aufgehoben. Die Aufgabe der „authentischen Revolutionäre“ (443) bestehe nunmehr darin, als „Dolmetscher“ (443) an die alten Ideale der Freiheit zu erinnern und als „Propheten“ (443) von einer möglichen Welt zu künden, in denen diese erreichbar seien.

## **Fazit**

Schauen wir auf Bahros Lebensweg und legen diesem seinen Maßstab an, dann war er zeitlebens ein „authentischer Revolutionär“. Er schuf mit der „Alternative“ eine Intellektuellentheorie, das heißt die Theorie eines Intellektuellen für Intellektuelle und über sie. Bereits bei Marx ist zu lesen: „Wie damals der Mönch [er meinte Luther, T. S.] so ist es jetzt der Philosoph, in dessen Hirn die Revolution beginnt“.<sup>28</sup> Marx wird sich selbst als diesen Philosophen gesehen haben, doch wäre ihm wohl kaum in den Sinn gekommen, dass es einst einen Mönch geben würde, der einer sich auf Marx berufenden „Kirche“

den Kampf ansagt, um im Namen seiner ursprünglicheren Lehre eine Revolution anzuzetteln. Dieser Mönch war Rudolf Bahro.

Zu diskutieren bleibt, ob Bahro eher die Gesellschaft von der Herrschaft der Partei oder die Partei von der „Herrschaft der Sekretäre und Sekretariate über die Partei“ (440) befreien wollte. Eine Befreiung um jeden Preis, insbesondere auf die Gefahr einer Restauration der bürgerlichen Gesellschafts- und Besitzverhältnisse hin, schloss er allerdings aus. Denn schlimmer noch als der Kommunismus in seiner realen Gestalt war ihm „der Kapitalismus [als] das ‚gottferne‘ Zeitalter“ (491).

Die sich in dieser kleinen Passage andeutende und das gesamte Buch als Subtext durchziehende Vorstellung vom Gottesstaat – sei er kommunistisch, christlich oder islamisch – mag einen romantischen Reiz besitzen. Doch als real-politische Forderung neigt sie zu einem Fundamentalismus der Anschauungsweise und zu einem Extremismus der guten Tat. 1977 und 1990 wies „Die Alternative“ den Weg, einen alt gewordenen Glauben in eine neue Zeit hinüber zu retten. Heute ist sie selbst alt geworden.

Dennoch stellte die anvisierte Philosophie unter den Bedingungen der Diktatur eine gewaltige intellektuelle Leistung und eine Bereicherung für das geistige Leben dar. Sie wirkte bis hinein in die Diskussion der Perestroika im engsten Umfeld Michael Gorbatschows. Doch eine solche „Philosophie, die im Dienste der Geschichte steht“<sup>29</sup> ist selbst nicht frei und mithin auch keine Philosophie. Bahro wollte befreien und er wirkte befreiend. Aber er bereitete auch den Boden für eine neue Tugenddiktatur. Kann man also sagen, er hatte Glück, dass seine Prophetie keinen Widerhall erfuhr? Diese Frage gilt es selbst zu beantworten. Rudolf Bahro können wir nicht mehr fragen. Er starb am 5. Dezember 1997.

## Anmerkungen

- 1 Bahro, Rudolf: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Frankfurt/M. 1977. Alle nachfolgenden Seitenangaben im Text beziehen sich auf diese Ausgabe.
- 2 Zu dieser Debatte vgl. z.B. die Aufsätze von Wolfgang Abendroth und Bernd Rabehl über Bahro, in: Langer Marsch. Zeitung für eine neue Linke 43/1979. Vgl. zu den Hintergründen März, Michael: Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des starken Staates, Bielefeld 2012, S. 365 f.
- 3 Bahro 1977, S. 518 f.
- 4 Behrens, Fritz: Über Alternativen (Februar 1979), in: Krause, Günter / Janke, Dieter (Hrsg.): „Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein...“ Texte von und über Fritz Behrens, Hamburg 2010, S. 147 ff.
- 5 Behrens, Über Alternativen, in Krause /Janke 2010, S. 161.
- 6 Opitz, Peter J. (Hrsg.): Eric Voegelin. Die politischen Religionen, München 2004.
- 7 Schmitt, Carl: Politische Theologie, Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, Berlin 1979.
- 8 Stellvertretend für die Debatte um das Verhältnis von Weltanschauungen, Ideologie und Religion sei auf die kürzlich erschienene Dissertation von Ulrike Klötzing-Madest verwiesen. Vgl. Klötzing-Madest, Ulrike: Der Marxismus-Leninismus in der DDR – eine politische Theologie? Eine Analyse anhand der Konzeptionen von Eric Voegelin, Raymond Aron und Emilio Gentile, Baden-Baden 2017. Diskutiert wird darin die Frage, ob und inwiefern der Marxismus-Leninismus in der DDR eine politische Religion darstellt.
- 9 Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: Karl Marx. Friedrich Engels Werke (MEW), Band 1, Berlin 1981, S. 248.
- 10 Marx, MEW 1, S. 378.
- 11 Marx, MEW 1, S. 380.
- 12 „Die wollten nur die Macht“, Der Spiegel 26/1995, S. 46, zit. nach Herzberg, Guntolf (Hrsg.): Rudolf Bahro: Denker Reformator Homo politicus, Berlin 2007, S.498.
- 13 Bloch galt wie Bahro als Marxist und als Ketzer des Marxismus, vgl. Negt, Oskar: Der produktivste Ketzer des Marxismus, in: Bloch, Karola / Reif, Adalbert (Hrsg.): Denken heißt überschreiten. In Memoriam Ernst Bloch (1885 – 1977), Frankfurt/M. 1982.
- 14 Vgl. Becher, Johannes Robert: Deutsches Bekenntnis. Sieben Reden zu Deutschlands Erneuerung, Berlin 1947, S. 2–12. Darin war bereits von „Luther“ (S. 4), von „bekennen“ (S. 8) und „auferstehen“ (S. 9), von der Metapher des „Lichts“ (S. 12) und von „Wandlung“ (S. 7) die Rede sowie vom Aufbau des Sozialismus als dem „größten Reformationswerk unserer Geschichte“ (S. 11).
- 15 „Der echte Marxismus nimmt [...] das echte Christentum ernst“. „Wenn christlich die Emanzipation der Mühseligen und Beladenen wirklich noch gemeint ist, wenn marxistisch die Tiefe des Reichs der Freiheit

- wirklich substantzierender Inhalt des revolutionären Bewußtseins bleibt und wird, dann wird die Allianz zwischen Revolution und Christentum in den Bauernkriegen nicht die letzte gewesen sein – diesmal mit Erfolg“. Bloch, Ernst: Atheismus im Christentum, Frankfurt/M. 1968, S. 353.
- 16 Becher spricht z. B. von einem „Dreiklang von Demokratie, Sozialismus und Christentum [als] Träger humanistischer Gesinnung“, Becher 1947, S. 11.
  - 17 Nur ein einziges Mal verwendet Bahro in der „Alternative“ diesen Terminus.
  - 18 Lenins Satz: „Die Lehre von Marx ist allmächtig weil sie wahr ist“, entfaltet erst durch das Eintreten der von Marx prophezeiten Revolution seinen vollen Sinn. Lenin, W. I.: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, Werke Bd. 19, Berlin 1977, S. 3.
  - 19 „Die bolschewistische Machtergreifung in Rußland konnte zu keiner anderen als der jetzt gegebenen Gesellschaftsstruktur führen, und je mehr man, was hierzu führen würde, die Stationen der sowjetischen Geschichte durchdenkt, desto schwerer wird es einem, selbst vor den furchtbarsten Extremen eine Grenze zu ziehen und zu sagen, jenseits begänne das Unvermeidliche“. (106)
  - 20 Wenn Bahro in der „Alternative“ emphatisch von „unserer Revolution“ (175) spricht, ist nicht mehr zu unterscheiden, ob er sich dabei auf die Anfänge der Sowjetunion oder der DDR bezieht. Beide erschienen ihm als Bestandteile eines historischen Prozesses, so dass sie in der Erinnerung miteinander verschmolzen.
  - 21 Marx, MEW 1, S. 391.
  - 22 Marx, MEW 1, S. 391.
  - 23 Marx, MEW 1, S. 390.
  - 24 Marx, MEW 1, S. 390.
  - 25 Marx, MEW 1, S. 391.
  - 26 Marx, MEW 1, S. 391.
  - 27 Marx, MEW 1, S. 391.
  - 28 Marx, MEW 1, S. 385.
  - 29 Marx, MEW 1, S. 379.

## **Perspektivwechsel – Wechsellperspektive. Die Ausstellung „Wechselseitig. Rück- und Zuwanderung in die DDR 1949 bis 1989“**

Eva Fuchslocher, Michael Schäbitz

Bis vor wenigen Jahren war die Migration von West- nach Ostdeutschland in der Geschichtsforschung und in den Medien kaum präsent.<sup>1</sup> Die Erinnerung an die fast vier Millionen Menschen, die den Weg aus der DDR in die Bundesrepublik gingen, ist dagegen fest im gesellschaftlichen Gedächtnis verankert. Warum sie diesen Weg wählten, scheint auf der Hand zu liegen: Sie wechselten von der Diktatur in die Demokratie, flohen vor Verfolgung oder wünschten sich bessere Lebensbedingungen und Meinungsfreiheit. Migration als Normalfall der Geschichte<sup>2</sup> hat aber auch von West- nach Ostdeutschland stattgefunden.<sup>3</sup>

In den 1950er und beginnenden 1960er Jahren war die West-Ost-Wanderung durchaus ein Massenphänomen – wenn auch zahlenmäßig nicht annähernd so bedeutsam wie der Weg in die entgegengesetzte Richtung. Von den 500.000 Übersiedlerinnen und Übersiedlern, die insgesamt von West nach Ost gingen, kamen etwa zwei Drittel als Rückkehrerinnen und Rückkehrer; sie hatten also nach 1945 schon in der SBZ/DDR gelebt. Nur ein Drittel waren neu Zuziehende. Viele Übersiedlerinnen und Übersiedler gingen allerdings auch wieder in die Bundesrepublik zurück. Von denen, die zwischen 1954 und Mitte 1961 in die DDR kamen, verließen 40 Prozent das Land wieder.<sup>4</sup>

Die Ausstellung „Wechselseitig. Rück- und Zuwanderung in die DDR 1949 bis 1989“ stellt das Thema West-Ost-Migration erstmalig einem breiten Publikum vor.<sup>5</sup> Anhand der Motive der Rück- und Zuwanderer sowie ihrer Erfahrungen und Erlebnisse in der DDR können sich die Besucherinnen und Besucher der Thematik annähern: Die Lebensgeschichten und Erinnerungen der in der Ausstellung porträtierten Rück- und Zuwanderer ermöglichen es, wie in einem Vergrößerungsglas Diktatur und Alltag in der DDR aus einer besonderen, bisher wenig beachteten Perspektive zu erfahren

In der Ausstellung werden über 20 Lebenswege prominenter und unbekannter West-Ost-Übersiedler dargestellt. Sie wurden aus über einhundert zuvor recherchierten



Aufnahmeheim Barby, Kreis Schönebeck, 1960. Anders als Barby sind einige der Aufnahmeheime spezialisiert. So kommen Akademiker meist ins „Intelligenzheim“ Ferch bei Potsdam, Deserteure der Bundeswehr nach Berlin-Blankenfelde.

Lebensgeschichten ausgewählt. Die Auswahl bildet ein breites Spektrum an Erlebnissen, Erfahrungen und Motiven ab, die die Porträtierten in der DDR sammelten. Zudem werden Migrationsgeschichten aus allen Epochen der DDR erzählt. Die frühen Übersiedler unter den porträtierten Frauen und Männern gingen 1952 aus unterschiedlichen Gründen in die DDR: Der spätere Probst Heino Falcke folgte dem Ruf der evangelischen Kirche, die vierjährige Annette Leo ging mit ihren Eltern nach Ost-Berlin und Rudi Goguel floh vor der bundesdeutschen Strafverfolgung im Vorfeld des KPD-Verbots. Ähnlich vielgestaltig sind auch die Migrationsmotive der späten Zuzügler: Johanna Olbrich wurde 1985 in die DDR zurückbeordert, als ihr in der Bundesrepublik die Enttarnung als Agentin drohte. Frauke Naumann ging 1986 der Liebe wegen in die DDR. Und der Schriftsteller Ronald M. Schernikau wechselte im Frühherbst 1989 aus politischer Überzeugung von West nach Ost.

Neben den Biografien, die den Mittelpunkt und den Schwerpunkt der Ausstellung bilden, geht „Wechselseitig“ auch auf übergreifende Themen der West-Ost-Migration ein: die Prozedur in den Aufnahmeheimen, die Erfahrungen der Übersiedler in der DDR-Gesellschaft, die oft entscheidende Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit, die deutsch-deutschen Propagandaschlachten, die Auslandsspionage der DDR und wie es rückbeordneten Kundschaftern erging.

### **Phasen der West-Ost-Migration**

Die Migration in die DDR lässt sich grob in zwei Phasen einteilen: bis zum Bau der Mauer 1961 und danach. Die Zuwanderungspolitik der DDR änderte sich jedoch bis zum Mauerbau mehrfach. Zwischen 1949 und 1953 gingen pro Jahr etwa 25.000 Menschen von West nach Ost. Zuzugsgenehmigungen wurden nur zögerlich nach restriktiven Vorgaben erteilt. Unter den Rückkehrenden waren viele, denen die Bundesrepublik einen Status nach dem Bundesnotaufnahmegesetz verweigerte. Sie konnten im Westen bleiben, erhielten jedoch keine weitergehende Unterstützung. Beide deutsche Staaten waren noch geprägt von den Schwierigkeiten der Nachkriegszeit. Zusätzlich zur kriegsbedingten Wohnungsnot mussten auf beiden Seiten der deutsch-deutschen Grenze Flüchtlinge und Vertriebene integriert werden. 1953 kam es zu einem ersten Kurswechsel in der Zuwanderungspolitik der DDR: Um die Verluste auszugleichen, die durch die Ost-West-Übersiedlungen entstanden, förderte die DDR nun den Zuzug



Christel Guillaume unterhält 1985 MFS-Kader mit Geschichten aus ihrem Kundschafterleben im „Operationsgebiet“. Nur ein ausgewählter Kreis darf zuhören.

---

aus der Bundesrepublik. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Künstlerinnen und Künstler sowie Facharbeiterinnen und Facharbeiter sollten gezielt angeworben werden. Die Kampagnen waren durchaus erfolgreich: Bis 1957 kamen jährlich etwa 70.000 Menschen in die DDR. Diese Hochphase der West-Ost-Migration war geprägt durch eine „weitgehend vorbehaltlose Aufnahmepraxis“.<sup>6</sup> Um die Erstzuziehenden zu überprüfen und zu vermitteln, wurden ab 1953 Aufnahmeheime errichtet. Rückkehrer konnten zumeist – im Gegensatz zu den neu Zuziehenden – ohne größere Kontrolle in ihre Heimatorte zurückgehen und erhielten ihr beschlagnahmtes Eigentum zurück. Laut einem Kommuniqué des Politbüros sollten ihnen auch sonst keine Nachteile entstehen.<sup>7</sup>

Im Jahr 1957 folgte die Kehrtwende: Die Bevorzugung der Rück- und Zuwanderer bei der Vergabe von Wohnungen und günstigen Krediten wurde aufgehoben. Die Historikerin Andrea Schmelz führt dies auf die ablehnende Haltung vieler DDR-Bürgerinnen und -Bürger den Zuziehenden gegenüber zurück: „Schließlich hatte sich das negative Meinungsbild derart verfestigt, dass die Regierung dem Druck der öffentlichen

Meinung nachgab und im Laufe des Jahres 1957 alle ‚Vergünstigungen‘ weitgehend abschaffte.“<sup>8</sup>

Das im Dezember 1957 verabschiedete Passänderungsgesetz verschärfte zudem die Strafandrohung bei nicht genehmigter Übersiedlung in die Bundesrepublik.<sup>9</sup> Zuvor in die Bundesrepublik geflüchtete Rückkehrer mussten nun mit bis zu drei Jahren Haft rechnen, sodass ihre Zahl stark zurückging. Ab 1958 hatten alle Erstzuziehenden Aufnahmeheime zu durchlaufen, ab 1960 auch sämtliche Rückkehrer. Dabei wurden der Umgang in den Heimen mit den Übersiedlerinnen und Übersiedlern und die Überprüfungen im Laufe der Jahre immer restriktiver und langatmiger. Zudem wurde der Zuzug mehr und mehr eingeschränkt, die Zahl der Ablehnungen und Rückschleusungen wuchs. Die Kriminalitätsstatistik der DDR führte die Rück- und Zuwanderer als eigene Gruppe mit erhöhter Kriminalitätsrate auf. Dies lag nicht zuletzt daran, dass man diese Bevölkerungsgruppe strenger überwachte und auf diese Weise mehr Straftaten aktenkundig wurden. Bestimmte Delikte wie etwa vorherige Republikflucht konnten wiederum nur von Rückkehrern begangen worden sein.<sup>10</sup>

Die vermeintlich hohe Kriminalitätsrate unter den Rück- und Zuwanderern sowie die zunehmend ablehnende Haltung der Bevölkerung nutzten die DDR-Behörden als Argument für die immer strenger werdende Zuwanderungspolitik. Dennoch zählte die DDR-Statistik 1958 fast 55.000 Rück- und Zuwanderer, 1959 gut 63.000 und 1960 nicht ganz 43.000.<sup>11</sup> Das Statistische Bundesamt setzte die Zahlen niedriger an: 1958 gingen demnach fast 33.100 Menschen in die DDR, 1959 etwa 32.100 und 1960 knapp 25.500.<sup>12</sup>

Die Zäsur kam mit dem Jahr 1961: Bis zum Bau der Mauer musste ein Umzug in die DDR keine endgültige Entscheidung sein. Es gab Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die mehrfach zwischen West- und Ostdeutschland wechselten.<sup>13</sup> Danach ist den Einreisenden die Unumkehrbarkeit ihrer Einwanderung deutlich bewusst. So ist es wenig überraschend, dass bis 1961 der größte Teil der West-Ost-Migration stattfand. In den ersten Jahren nach 1961 wechselten aber dennoch – mit abnehmender Tendenz – einige tausend Übersiedler pro Jahr über die innerdeutsche Grenze in den Osten. Seit dem Ende der 1960er Jahre waren es jährlich noch etwas über 1000 Menschen. Ab

Mitte der 1980er Jahre stiegen die Zahlen leicht an, nun kamen über 2000 Menschen im Jahr, 1989, vermutlich im Zusammenhang mit der großen Ausreisewelle und der Maueröffnung, sogar über 5000.<sup>14</sup> Trotz der Mauer verließ auch nach 1961 ein Drittel der Rück- und Zuwanderer die DDR wieder.<sup>15</sup>

### **Motive und Erfahrungen der West-Ost-Migrantinnen und -Migranten**

Nur eine Minderheit ging aus politischer Überzeugung in die DDR. Die meisten Übersiedler kehrten zurück zu ihren Familien und Freunden, hatten sich verliebt, flohen vor Strafverfolgung, folgten dem Ruf der Kirchen, suchten Arbeit, ein besseres Leben oder einen persönlichen Neuanfang. Gerade in der Nachkriegszeit waren ökonomische Erwägungen und das in der DDR-Verfassung verankerte Recht auf Arbeit und Wohnraum ein starker Anreiz.<sup>16</sup> Die Gründe für die Übersiedlung in die DDR waren in den meisten Fällen privater oder familiärer Natur; an zweiter Stelle standen wirtschaftliche Motive und erst danach kamen politische Gründe.<sup>17</sup> Es waren ganz „normale“ Migrationsgründe, die die Menschen dazu bewegten, von der Bundesrepublik in die DDR zu gehen. Es waren „Menschen, die das individuell Beste für sich suchten“,<sup>18</sup> in der Hoffnung auf ein besseres Leben und einen Neuanfang. Erst die Konstellation des Kalten Krieges und die Endgültigkeit der Entscheidung nach 1961 machten diese Migration zu etwas Besonderem. Nun begannen auch die Übersiedler, ihre in erster Linie privaten Motive politisch zu deuten.<sup>19</sup> Tatsächlich spielten politisch-weltanschauliche Gründe nur bei einer kleinen Gruppe eine Rolle, unter ihnen etliche Künstler und Intellektuelle. Die Mehrheit der Übersiedler war vor allem auf der Suche nach ökonomisch-sozialer Sicherheit oder hatte familiäre Gründe. Viele stellten erst vor Ort die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität im DDR-Alltag fest.<sup>20</sup> Sie glaubten an individuelle Handlungsspielräume außerhalb der Bedingungen, die der Kalte Krieg vorgab, und an persönliche Freiräume innerhalb der SED-Diktatur. Für einige waren die Erfahrungen nach dem Grenzübertritt deshalb ausgesprochen frustrierend. Den Aufenthalt in den Aufnahmeheimen erlebten manche als regelrecht traumatisch.<sup>21</sup>

Die Spaltung Deutschlands und die Blockbildung im Kalten Krieg nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bilden den historischen Kontext, in dem sich die West-Ost-Migranten bewegten und in dem sie ihre Erfahrungen sammelten. An diesen deutsch-deutschen Migrationsgeschichten ist, neben der Erkenntnis, dass Migration in die DDR



Zentrale Aufnahmeheime in der DDR zwischen 1953 und 1990, Bezirksheime im Jahr 1969.

überhaupt in einem nennenswerten Umfang stattgefunden hat, bemerkenswert, dass den Zuziehenden in der DDR überwiegend Misstrauen, Verachtung und Ablehnung entgegenzuschlugen – sowohl von Seiten der Behörden als auch aus der Bevölkerung.<sup>22</sup> In aktuellen Debatten über die Integration von Zuwanderern werden häufig mangelnde Sprachkenntnisse, vom christlichen Europa abweichende religiöse Identitäten und die Unkenntnis kultureller Gepflogenheiten für angenommene und tatsächliche Schwierigkeiten verantwortlich gemacht. Auf die Gruppe der West-Ost-Migranten treffen diese Gründe nicht zu und dennoch wurden sie mit beinahe identischen Vorurteilen, wie beispielsweise dass sie allein aus finanziellen Gründen migriert und häufig kriminell seien, in der DDR-Gesellschaft konfrontiert. Ressentiments, Misstrauen und Missgunst – so eine Erkenntnis aus der Arbeit zum Thema West-Ost-Migration – haben nur wenig mit der „Fremdheit“ oder „Andersartigkeit“ der Neuankömmlinge zu tun. Wie staatliches Handeln Einfluss auf die Akzeptanz und Integration von Zuwanderern nehmen kann, oder diese eben auch verhindert, zeigt sich im Umgang der DDR mit West-Ost-Migranten. Die bevorzugte Behandlung der Übersiedler bei der Vergabe von Wohnraum und der Unterstützung mit Krediten führte in den 1950er Jahren dazu, dass einige Menschen in der DDR glaubten, man müsse erst nach Westdeutschland abwandern und zurückkehren, um eine gute Wohnung zu erhalten.<sup>23</sup> Darüber hinaus waren die Rück- und Zuwanderer in jener Zeit ein wichtiges Element der DDR-Propaganda: Sie dienten als Beweis für die vermeintliche Überlegenheit des sozialistischen Systems und das Versagen des Kapitalismus. Dennoch suchte eine immer größer werdende Zahl von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern in den 1950er Jahren ihre Zukunft in der Bundesrepublik. Die massive mediale Präsenz des Themas Übersiedlung in die DDR machte die West-Ost-Migranten in den Augen vieler DDR-Bürger suspekt. Ein weiteres Vorurteil entstand: „Entweder ihr seid Idioten oder ihr habt etwas verbrochen“,<sup>24</sup> wurde den Übersiedlern entgegengehalten. Zudem waren die Bemühungen der Behörden für die Integration der Migrantinnen und Migranten häufig wenig strukturiert und effektiv. Die Neubürgerinnen und Neubürger wurden nach der ersten Zuweisung von Wohnraum und Arbeit eher unzureichend betreut. Vielfach gab es Klagen über schlechte Wohnungen, geringe Löhne, unterqualifizierte Arbeit, nicht eingehaltene Zusagen und Zurückweisungen durch Kolleginnen und Kollegen sowie Vorgesetzte. Dies führte nicht selten dazu, dass Übersiedler bei der Arbeit nur eine geringe Leistungsbereitschaft zeigten, dass sie häufiger den Arbeitsplatz wechselten, wegzogen oder in die Bundesrepublik zurückkehrten.<sup>25</sup>



Übersiedler 1961 in ihrer Wohnung. Unter DDR-Bürgern gibt es in den 1950er Jahren das geflügelte Wort: „Man muss erst in den Westen gehen und zurückkehren, um eine Wohnung zu kriegen!“ Neid und Missgunst gegenüber den Neuankömmlingen halten sich hartnäckig, auch nach der Aufhebung der Vergünstigungen für Übersiedler 1958.

---

Ein weiteres Hindernis für die Integration der Übersiedler war das beinahe pathologische Misstrauen des SED-Staates. Obwohl dieser propagandistischen Nutzen aus den Neuankömmlingen zog, war die Angst übergroß, die falschen Leute ins Land zu lassen. Der allgemeine Umgang mit ihnen, die Überprüfung und die gesetzlichen Regelungen wurden mit den Jahren immer restriktiver. Die Übersiedler empfanden sich häufig als Bürger zweiter Klasse. Selten gelangten sie in verantwortliche Positionen, in vielen sicherheitsrelevanten Betrieben und Institutionen durften sie nicht arbeiten.<sup>26</sup>

So unterschiedlich die Motive für eine Übersiedlung in die DDR waren, so verschieden waren die Erfahrungen, die die Übersiedler schließlich in der DDR sammelten. Die folgenden drei Biografien, die in der Wanderausstellung „Wechselseitig. Rück- und Zuwanderung in die DDR 1949 bis 1989“ präsentiert werden, stehen exemplarisch für die unterschiedlichen Motive und Erfahrungen jener Menschen, die von der Bundesrepublik in die DDR übersiedelten.



Olympiasieg! Ihren größten sportlichen Triumph feiert Karin Balzer (Mitte) bei den Olympischen Spielen in Tokio 1964: Gold über 80 Meter Hürden.

---

### **Karin Balzer – Zur Rückkehr genötigt**

Am 21. Juli 1958 verlässt die 1938 in Magdeburg geborene Hürdensprinterin Karin Richert gemeinsam mit ihrem Trainer Karl-Heinz Balzer die DDR in Richtung Ludwigshafen. Beide wollen den sportlichen und privaten Gängeleien in der DDR entgehen: Eine freie Wahl des Sportklubs ist im Staatssport nicht möglich, außerdem wird ihr Liebesverhältnis als unmoralisch abgelehnt. Nach der Flucht über West-Berlin finden beide schnell Arbeit und eine neue sportliche Heimat.

Doch die DDR-Sportführung will den „Verrat“ nicht dulden: die Staatssicherheit sucht die Geflüchtete in Begleitung ihres Vaters auf, um sie zur Rückkehr zu drängen. Eine solche „Rückführung“, bei der die Eltern genötigt werden, ihre Kinder im Westen „abzuholen“, ist eine typische Reaktion des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auf die Flucht junger Athleten. Nach zwei Monaten und mehreren „Besuchen“ durch die Stasi gibt das Paar auf. Die Geflüchteten sorgen sich um das Schicksal der Eltern und Geschwister. Denn Angehörige von „Republikflüchtigen“ müssen in der DDR schwere Nachteile in Ausbildung und Beruf auf sich nehmen. Das MfS nötigt Richerts Vater,



Kirchliche Trauung von Gerlinde und Joachim Breithaupt im März 1982. Die Stasi überwacht die aus Ost und West angereisten Verwandten und Freunde.

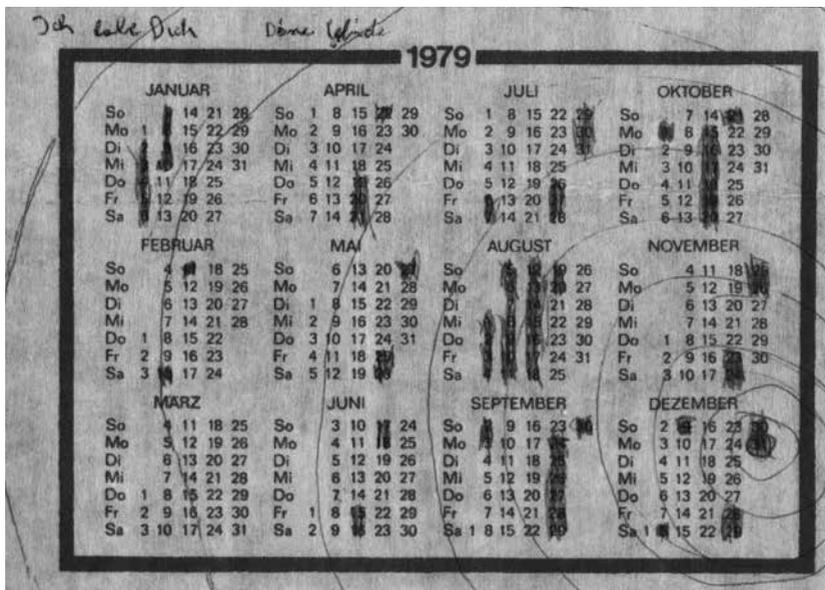
---

seine Tochter in Begleitung eines Sportfunktionärs aufzusuchen und zur Rückkehr zu drängen. Eine solche „Rückführung“ unter Einbeziehung der Eltern ist eine übliche Maßnahme der SED-Diktatur bei der Flucht junger Athleten, die bis in die 1980er Jahre beibehalten wird.

Zurückgekehrt werden sie von der Propaganda als reuige Sünder präsentiert. Karin Balzer – seit 1961 mit ihrem Trainer verheiratet – gelingt eine glanzvolle Karriere. Sie steigt zum populären Idol der „Sportnation“ DDR auf. Eine Goldmedaille bei Olympischen Spielen, drei Europameistertitel und sieben Weltrekorde zählen zu ihrer beeindruckenden Bilanz. Erst nach 1989 erfährt sie, dass sie bis zum Mauerfall vom MfS überwacht wurde.<sup>27</sup>

### **Gerlinde Breithaupt – Liebe mit Hindernissen**

Beinahe alle Übersiedler kamen bei ihrem Weg in die DDR mit dem MfS in Kontakt, dessen oft allgegenwärtiger Einfluss im Leben der Rück- und Zuwanderer meist im Aufnahmeheim begann. Auch nach der Aufnahme in die DDR wurden viele Übersiedler



Eigentlich darf Gerlinde als Bundesbürgerin nur 30 Tage in die DDR einreisen. Sie bemerkt jedoch, dass es keine zentrale Erfassung gibt. Sie besucht Joachim sowohl an seinem Studienort Rostock als auch bei seinen Eltern in Erfurt. Außerdem treffen sie sich in Ost-Berlin. Gerlinde kann bei der Einreise aus dem Westteil der Stadt ein Tagesvisum nutzen. Mit einem gemeinsamen Urlaub in Ungarn schaffen sie es 1979 insgesamt 77 Tage miteinander zu verbringen, die Joachim rot in seinem Kalender markiert.

über Jahre sowohl von der Volkspolizei als auch von der Stasi überprüft und kontrolliert. Zu groß war die Angst, Spione, Kriminelle oder „Asoziale“ ins Land geholt zu haben. So wurde auch Gerlinde Breithaupt, die 1981 zu ihrem künftigen Ehemann in die DDR zog, jahrelang überwacht. Die Stasi konnte sich nicht vorstellen, dass sie nur aus Liebe in die DDR gegangen war.

Gerlinde Schnübbe wuchs in einem evangelischen Pfarrhaus in Hannover auf. Sie studierte Theologie. Aus Neugier besuchte sie Ende 1977 Erfurt, den Geburtsort ihres Vaters, und lernte dort den Theologiestudenten Joachim Breithaupt kennen und lieben. Eine Liebe mit Hindernissen begann: Joachim wollte nicht in den Westen, Gerlinde

de zunächst nicht in den Osten. Doch die Zuneigung war stärker. Sie informierte sich schließlich über mögliche Wege in die DDR. Den eigentlich zwingend vorgeschriebenen Aufenthalt in einem Aufnahmeheim lehnte sie strikt ab. Da sich die Evangelische Kirche in der DDR bei den staatlichen Stellen für das Paar einsetzte, blieb Gerlinde Schnübbe das Aufnahmeheim erspart.

Einige ihrer Freunde in der Bundesrepublik reagierten mit Entsetzen auf ihre Übersiedlungspläne. Ihre Eltern machten sich große Sorgen, versuchten jedoch nicht, sie von ihrer Entscheidung abzubringen. Im Sommer 1981 konnte Gerlinde auf Dauer in die DDR einreisen. Der freundliche Empfang in der evangelischen Gemeinde in Roßla, in der sie ihr Vikariat machte, erleichterte ihr die Eingewöhnung, ebenso wie der sehr familiäre und persönliche Umgang in der Evangelischen Kirche in der Kirchenprovinz Sachsen. Sie fühlte sich wohl. Nur die Stasi blieb misstrauisch. Das Telefon des Paares wurde überwacht, wichtige Gespräche führten sie daher im Wald.<sup>28</sup>

### **Ronald M. Schernikau – „ich versuche, seit ich erwachsen bin, ddrbürger zu werden.“<sup>29</sup>**

Als Ronald M. Schernikau am 1. September 1989 in die DDR übersiedelt, lässt er sich auf wenig Unbekanntes ein.<sup>30</sup> 1966 verließ seine Mutter Ellen mit dem Sechsjährigen im Kofferraum illegal die DDR. Sie wollte mit dem Vater ihres Sohnes leben, der 1960 in den Westen gegangen war, dort ohne Ellens Wissen geheiratet und zwei Kinder mit seiner neuen Frau bekommen hatte.<sup>31</sup> Mutter und Sohn können erst wieder 1972 in die DDR reisen – nachdem durch den Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik keine Strafe mehr wegen Republikflucht droht. Sie besuchen häufig Familie und Freunde in Magdeburg. Ronald politisiert sich früh. Mit 16 Jahren tritt er in die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ein. Gleichzeitig beginnt sein Weg als Schriftsteller. Mit 18 Jahren veröffentlicht er sein erstes Buch, „kleinstadtnovelle“, eine Coming-out-Erzählung aus der westdeutschen Provinz. Nach dem Abitur zieht Schernikau nach West-Berlin, tritt in die Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) ein, wird Teil der schwulen Subkultur und lebt unter prekären Bedingungen als Schriftsteller. Er schreibt, aber kaum ein Verlag mag seine Texte veröffentlichen.<sup>32</sup> Auch nach Ost-Berlin knüpft Schernikau Verbindungen. Hartnäckig verfolgt er sein Ziel, als Westdeutscher in Leipzig am renommierten Literaturinstitut Johannes R. Becher zu studieren. Ein jahrelanges, zähes Ringen mit der SEW, von deren Entsendung der Erfolg des Vorhabens

abhängt, und Bemühungen bei zahlreichen Stellen in der DDR<sup>33</sup> zeigen schließlich Erfolg: Auf der Grundlage des Kulturabkommens zwischen den beiden deutschen Staaten darf Ronald M. Schernikau 1986 zum Studium nach Leipzig.

Überrauschend beginnt Schernikau 1986 sein Studium am Leipziger Literaturinstitut. Er staunt über seine Mitstudierenden, die von prekären Lebensbedingungen im Westen nichts hören wollen und die staunen über ihn, den Westler, dem zunächst ein gewisses Misstrauen entgegengebracht wird.<sup>34</sup> Ohne Geldnöte, Schernikau erhält monatlich 600 Mark Stipendium, arbeitet er diszipliniert für sein Studium. Sein Praktikum absolviert er in der Braunkohle. Er schreibt an seinem erst posthum veröffentlichten Werk „legende“ und an den Texten, die schließlich unter dem Titel „Die Tage in L.“ beim Hamburger Konkret Literatur Verlag im Frühjahr 1989 erscheinen. Am Literaturinstitut reicht er sie als essayistische Abschlussarbeit ein, die mit 1,0 bewertet wird.<sup>35</sup> Veröffentlichen kann Schernikau seine „Liebeserklärung an die DDR“ im Osten jedoch nicht. Zu genau ist sein Blick auch auf die Schwächen und Zumutungen des Systems. Während seines Studiums beschließt Schernikau, in der DDR zu bleiben, und stellt einen Aufnahmeantrag. Nur für wenige Wochen kehrt er 1989 nach West-Berlin zurück. Am 31. August zieht Schernikau schließlich nach Berlin-Hellersdorf und tritt eine Stelle als Hörspieldramaturg beim Henschelverlag an. Die Staatsbürgerschaft der DDR erhält er am 11. Oktober 1989, kurz vor der Öffnung der Mauer am 9. November. Ronald M. Schernikau stirbt im Oktober 1991.

#### **Anmerkungen**

- 1 Andrea Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland während des Kalten Krieges. Die Ost-West-Migration in die DDR in den 1950er und 1960er Jahren, Opladen 2002. Auf die Studie von Schmelz folgten weitere übergreifende Arbeiten: Gustke, Niklas: Die West-Ost-Wanderung 1949–1961 in der Selbstdarstellung der beiden deutschen Staaten, Norderstedt 2003; Stöver, Bernd: Zuflucht DDR. Spione und andere Übersiedler, München 2009; Stoll, Ulrich: Einmal Freiheit und zurück. Die Geschichte der DDR-Rückkehrer, Berlin 2009 und Weißbach, Thomas: Schwerer Weg. Übersiedlung aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR 1961–1989, Hamburg 2011.
- 2 Mit dem Migrationsforscher Klaus Bade betrachten wir Migration als Normalfall der Geschichte. Menschen wechselten schon immer aus vielfältigen Gründen Länder und Regionen. Vgl. hierzu Bade, Klaus / Oltmer,

Jochen: Normalfall Migration. Deutschland im 20. und frühen 21. Jahrhundert, Bonn 2004.

- 3 Vgl. hierzu Veröffentlichungen, die sich mit einzelnen Aspekten der Migration von West nach Ost befassen und/oder die Lebensgeschichten einzelner West-Ost-Übersiedler beleuchten: Bircken, Magrit / Degen, Andreas (Hg.): Reizland DDR. Deutungen und Selbstdeutungen literarischer West-Ost-Migration, Göttingen 2015; Frings, Matthias: Der letzte Kommunist. Das traumhafte Leben des Ronald M. Schemikau, Berlin 2009; Hornung, Claus: Wo bitte geht's in die DDR? Überraschende Einblicke in das „Zentrale Aufnahmeheim Röntgental“, in: Ute Frevert (Hg.), Geschichte bewegt, Hamburg 2006, S. 39 –53; Müller, Jens: Übersiedler von West nach Ost in den Aufnahmeheimen der DDR am Beispiel Barbys, Magdeburg 2000; Neumeier, Gerhard: „Rückkehrer“ in die DDR. Das Beispiel des Bezirks Suhle 1961 bis 1972, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1 (2001), S. 69 –91; Schädlich, Birgit: Hier ging's in die DDR. Das Zentrale Aufnahmeheim Röntgental bei Berlin Buch, in: Brandenburger Museumsblätter 19 (2011), S. 16 –19; Wunschik, Tobias: Migrationspolitische Hypertrophien. Aufnahme und Überwachung von Zuwanderern aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR, in: Oltmer; Jochen (Hg.): Migration, Staat und Politik. IMIS-Beiträge 32 (2007), S. 33 –60; Wunschik, Tobias: Die Aufnahmelager für West-Ost-Migranten. Öffentliche Darstellung und heimliche Überwachung nach dem Mauerbau, in: Deutschland Archiv, 7.2.2013, [www.bpb.de/156215](http://www.bpb.de/156215) (<http://www.bpb.de/156215>), letzter Zugriff am 10. 8. 2016.
- 4 Vgl. Schmelz 2002, S. 306 f.
- 5 Informationen unter [www.wechselseitig.info](http://www.wechselseitig.info). Die Autoren sind die Kuratoren dieser Ausstellung und Herausgeber des gleichnamigen Begleitbuchs.
- 6 Vgl. Schmelz 2002, S. 43.
- 7 Vgl. ebd., S. 97.
- 8 Vgl. ebd., S. 296.
- 9 Stöver, Bernd: Rübergemacht. Die DDR als Einwanderungsland, in: Bircken, Magrit / Degen, Andreas (Hg.): Reizland DDR. Deutungen und Selbstdeutungen literarischer West-Ost-Migration, Göttingen 2015, S. 38.
- 10 Vgl. Schmelz 2002, S. 137–156 sowie Stöver 2009, S. 144 f.
- 11 Vgl. Schmelz 2002, S. 41–44 und S. 75–193.
- 12 Vgl. Stöver 2015, S. 36 f. Die unterschiedlichen Zahlen erklären sich dadurch, dass das Statistische Bundesamt nur die Menschen zählte, die sich in der Bundesrepublik abmeldeten und angaben, in die DDR überzusiedeln. Wen wiederum die DDR-Statistik zählte ist unbekannt, wobei unbestritten ist, dass hohe Zuwanderungszahlen politisch gewollt waren.
- 13 Vgl. beispielsweise Joachim John, Bube John, Berlin 2009.
- 14 Vgl. Stöver 2015, S. 36 f.
- 15 Vgl. Schmelz 2002, S. 306 f.

- 16 Vgl. Stöver 2009, S. 46 ff.
- 17 Vgl. ebd., S. 321 ff.
- 18 Vgl. Stöver 2015, S. 50.
- 19 Vgl. Stöver 2009, S. 320 f.
- 20 Vgl. ebd., S. 325.
- 21 Vgl. Stoll 2009.
- 22 Vgl. Schmelz 2002, S 289–302; Stöver 2009, S. 126 f und Weißbach 2011, S. 136 ff.
- 23 „Material für den Genossen Staatssekretär Hegen für die Beratung mit den leitenden Mitarbeitern der Ministerien und Staatssekretäre am 28. Januar 1956“, in: Bundesarchiv (BArch), DO/1/1990, S. 8.
- 24 Bericht „Hauptgründe für die Rückkehrer und Übersiedler in die DDR“ für das ZK der SED, September 1955, BArch, DO/1/1990, S. 4.
- 25 Vgl. BArch, DY/30/IV A 2/902/200 und BArch, DY 30-IV/2-12, Nr. 397 und 398; Schmelz, Migration und Politik (Anm. 1), S. 266 f, S. 270–283 und S. 303–312, sowie Stöver 2009, S. 121–124 und S. 325.
- 26 Vgl. Schmelz 2002, S. 109–114 und S. 295–297; Stöver 2009, S. 128–130 sowie Weißbach 2011, S. 97 ff., S. 104 und S. 122.
- 27 Braun, Jutta / Wiese, René: ZOV Sportverräter: Spitzensportler auf der Flucht, in: Dies./De la Garza, Claudia: ZOV Sportverräter: Spitzensportler auf der Flucht. Begleitband zur Ausstellung. Berlin 2011, S. 22, 73 – 86.
- 28 Interview von Michael Schäbitz mit Gerlinde Breithaupt am 21. Juli 2016 in Ostramonda.
- 29 Aus einem Brief an André Müller. Archiv der Akademie der Künste, Schernikau 104.
- 30 Gespräche mit Ronald M. Schernikau Mutter Ellen Schernikau und seinem Lebenspartner Thomas Keck im August und September 2016 bilden – neben der zitierten Literatur und den genannten Archivbeständen – die Grundlage für den Textteil über Ronald M. Schernikau.
- 31 Schernikau, Ronald M.: irene binz. befragung, Berlin 2010 sowie Frings, Matthias: Der letzte Kommunist. Das traumhafte Leben des Ronald M. Schernikau, Berlin 2009.
- 32 Vgl. Ebd.
- 33 BStU, MfS, HA II, Nr. 32158, Bl. 122.
- 34 Brief von Ronald M. Schernikau an Thomas Keck, Archiv der Akademie der Künste, Schernikau 98.1.
- 35 Gutachten von Institutsleiter Hans Pfeiffer, Archiv der Akademie der Künste, Schernikau 278.

# **Luthers Erben im Visier des Geheimdienstes oder: Pfarrer Hamel gefährdet den Weltfrieden<sup>1</sup>**

André Gursky

## **Politisches Umfeld und der beginnende Kirchenkampf**

Kein halbes Jahr nach offizieller Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) begann der Geheimdienst umfangreiche Informationen über Studentenpfarrer Hamel zu sammeln. Der so genannte Vorgang „Riga“ – ein mehrere hundert Seiten umfassender Aktenbestand – wurde angelegt. Die Bezeichnung der Aktenlage erschließt sich kaum, auch nicht auf dem Hintergrund des Lebensweges von Johannes Hamel (1911 – 2002), der in den letzten drei Kriegsjahren zur Wehrmacht eingezogen, bei Smolensk – und nicht in oder bei Riga – verwundet und hiernach gefangen genommen wurde...

Doch zurück zu den geheimdienstlichen Aktivitäten, die auf entsprechenden politischen Vorgaben beruhten. Das MfS verstand sich von Anfang an in tschekistischer Tradition als „Schild und Schwert der Partei.“ Und diese Doppelfunktion sollte insbesondere im Zuge des „Aufbaus des Sozialismus“ gegen die Kirchen und Jungen Gemeinden wirksam werden. An den Universitäten und Hochschulen der DDR spitzte sich die Lage zu, als im staatlichen Umgang mit den dort agierenden Studentenpfarrern – wie Johannes Hamel – nach neuen Wegen gesucht wurde, um ihrem Einfluss auf die Jugend mittels administrativer Maßnahmen zu begegnen. Willi Seifert, Generalinspekteur der Deutschen Volkspolizei, verdeutlichte den Hintergrund für das weitere Vorgehen der Staatssicherheitsorgane, als er 1949 zu bedenken gab: „Die Bildung von Jungmännerkreisen, Jungmädchen-Bibelstunden und Jungscharen sowie überhaupt von irgendwelchen Jugendorganisationen ist der Ansatz zu einer Zersplitterung der einheitlichen Jugendorganisation (FDJ) der Deutschen Demokratischen Republik.“<sup>2</sup> Damit erhielt auch die Studentengemeinde einen Organisationsstatus.

Der Zeitraum von Ende 1950 bis Spätsommer 1951 wird in der Forschungsliteratur zum Thema „Kirchenkampf“ in der DDR als relativ milde Phase im Verhältnis zwischen



Johannes Hamel im Jahre 1953.

---

Staat und Kirche betrachtet.<sup>3</sup> Auf gewaltsame Mittel im Mit- und Gegeneinander von Junger Gemeinde /Studentengemeinde einerseits und Freier Deutscher Jugend (FDJ) andererseits habe man, so Hermann Wentker, seitens der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) verzichtet: „Nicht gleich FDJler aus ihnen machen, aber ‚Friedenskämpfer‘“, wird Bruno Wolff zitiert.<sup>4</sup> Dennoch: Gerade die Instrumentalisierung der Friedensfrage erhielt Priorität. Und genau hiergegen richteten sich die Predigten, Vorwürfe und Kritiken der Kirchenvertreter, die sie nicht zuletzt im Rahmen von Bibelstunden deutlich zum Ausdruck brachten. In den Diskussionen zur Friedensfrage wurde das staatspolitische Umfeld nicht ausgeklammert.

Pfarrer Hamel ermutigte seine Studierenden unaufhörlich, die Friedensfrage nicht losgelöst von den zeitgenössischen Realitäten zu betrachten. Die Sowjetunion als Diktatur und das Dilemma politischer Gefangenschaft in Staaten, die sich „sozialistisch“ nannten, erhielten bei Hamel entscheidendes Gewicht. Es verwundert nicht, dass in den MfS-Akten über den Studentenpfarrer zahlreiche Spitzelberichte belegbar sind – Berichte von „Geheimen Informatoren“ (GI; ab 1968 Inoffizielle Mitarbeiter, IM), die gerade über solche inhaltlichen Diskussionen zwischen den Studierenden und Studentenpfarrer Hamel Auskunft gaben.

Ende 1952 kam aus Anlass des Universitätsjubiläums in Halle Pfarrer Niemöller aus Westdeutschland in die Saalestadt. Kurz zuvor war das Land Sachsen-Anhalt aufgelöst worden; in Halle saß die SED-Bezirksleitung für den gleichnamigen, neugebildeten Bezirk. Auch im Jubiläumsmonat der altherwürdigen Alma Mater im Oktober 1952 setzte die Parteiführung an der Universität alle Hebel in Bewegung, um den im Juli desselben Jahres auf der II. SED-Parteikonferenz beschlossenen Kurs des umfassenden sozialistischen Aufbaus umzusetzen. Die letzten Monate des Jahres standen unter dem Stern der Stalinschen These von der gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes und in der DDR entstand die Kasernierte Volkspolizei (KVP) als Vorläuferin der Nationalen Volksarmee (NVA). „Die Regierung der UdSSR erklärte sich bereit, der DDR militärische Ausrüstungen zu überlassen. Mit Rat und Tat standen Offiziere der Sowjetarmee beim Aufbau der KVP zur Seite“, heißt es dazu in einem offiziellen Abriss der SED-Geschichte. Im gleichen Text wurde ein „Zusammenhang zwischen der Arbeiter- und Bauern-Macht und dem sozialistischen Aufbau in der DDR“ behauptet, der seinerzeit von einer offensiven Propagandastrategie insbesondere unter der Jugend unterstützt werden sollte. Die Jugendlichen wurden zur Positionierung gezwungen: Bist Du für den Krieg oder für den Frieden? Mit dem Bekenntnis zum Frieden verknüpfte man die Bereitschaft zum Dienst in den militärischen Formationen der DDR. Das Verhältnis von unter der Jugend verbreitetem Pazifismus auf der einen und Aufrüstung und Militarisierung auf der anderen Seite gelangte schlaglichtartig, aber nicht unverhofft in das öffentliche Blickfeld.

Mit der Bildung der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) startete die SED-Führung 1952 den Versuch, „die Bürger der DDR und vor allem die Jugend auf den Dienst zum bewaffneten Schutz“ der DDR „vorzubereiten und ihnen militärische Grundkenntnisse zu vermitteln.“<sup>5</sup> Pfarrer Hamel, der als Studentenpfarrer gerade auch die Friedens-thematik zum Gegenstand theologisch-politischer und ethischer Betrachtungen erhob und damit vielen jungen Studierenden auf biblischer Grundlage eine Orientierung zu geben versuchte, geriet in den Oktobertagen 1952 zunehmend in das Visier des MfS in Halle. Wenige Monate zuvor wurde dem Politbüro der SED eine Vorlage unterbreitet, die das Verbot der Tätigkeit von Studentenpfarrern zum Inhalt hatte. In der beigefügten „Analyse über die Politik der Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 22. Juli 1952 sprach man gar von „illegalen Studentenpfarrern“, die „jetzt als Organe

der Beeinflussung der Studenten gegen unsere Ordnung“ agieren würden.<sup>6</sup> Der Vorwurf der Illegalität sollte in der Untersuchungshaftanstalt „Roter Ochse“ Halle (Saale) gegenüber dem im Februar 1953 verhafteten Studentenpfarrer Hamel nochmals im Ermittlungsverfahren erhoben und möglichst auch bewiesen werden. Das bestätigte der MfS-Vernehmer Oswald Vogel in einem Gespräch nach dem Ende der DDR.

Zunächst jedoch stand Johannes Hamel unter MfS-Kontrolle: eine umfassende Observierung nahezu rund um die Uhr, wie es dem Vorgang „Riga“ auf Grund der überlieferten Akten noch heute zu entnehmen ist. Parallel zur Beobachtung und der Auswertung von GI-Berichten über Hamel durch die Staatssicherheit sorgte die SED-Führung für Unterstützung durch die von ihr kontrollierten Zeitungen. MfS-Oberrat Schumann teilte im Dezember 1952 der zuständigen Hauptabteilung V des MfS in Berlin mit, dass die SED-Bezirksleitung Halle eine Pressekampagne gegen Hamel starten wolle.

Auch Leo Stern, späterer Rektor an der halleschen Universität, richtete einen geheimen, handschriftlich verfassten Brief an den SED-Parteichef Walter Ulbricht, der erst nach dem Sturz der SED-Herrschaft 1989 im Nachlass Ulbrichts aufgefunden worden war. Stern verweist in seinem Schreiben auf „Beilagen“, die insbesondere die Verhaftung des, wie es wörtlich heißt, „berüchtigten Studentenpfarrers“ ermöglichen sollten. Zugleich verweist Stern auf die Möglichkeit, Johannes Hamel „auf andere Art das Handwerk zu legen“ [...].<sup>7</sup> Was der ehemalige sowjetische Offizier Leo Stern – er diente in der Roten Armee zwischen 1940 und 1945 zuletzt im Range eines Oberleutnants – damit konkret meinte, geht allerdings aus seinem Brief an Ulbricht nicht hervor.

Im Dezember 1952 und im Januar des darauffolgenden Jahres erreichten den Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, alarmierende Berichte über die Aktivitäten der Studierendengemeinde und den zunehmenden Einfluss der Jungen Gemeinde an den Oberschulen. Als zuverlässiges Instrument in der Auseinandersetzung mit dem so genannten „Klassenfeind“ hatte sich die FDJ selbst noch nicht erwiesen. Durch die Einstellung eines hauptamtlichen FDJ-Sekretärs in jeder Oberschule sollte dem abgeholfen und eine „Säuberung“ der Reihen der FDJ von Angehörigen der Jungen Gemeinde erreicht werden. Am 27. Januar 1953 stimmten das Politbüro der SED und die FDJ einem ganzen Bündel von Maßnahmen zu, die „die Entlarvung der Jungen Gemeinde in

der Öffentlichkeit als eine Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage, die von amerikanischen und westdeutschen imperialistischen Kräften dirigiert wird“, zum Inhalt hatte. „Um die Jugendlichen für die FDJ zu gewinnen wurde ein Programm entworfen, das mit der Durchführung eines ‚frohen Jugendlebens‘, von Sportveranstaltungen sowie von populärwissenschaftlichen Vorträgen wesentlich Elemente der Aktivitäten der Kirchenjugend aufgriff.“<sup>8</sup>

Die an der Martin-Luther-Universität in Halle durchgeführte Vortragsreihe „Was ist der Mensch?“ aus dem Jahre 1952, die fachübergreifende Ansätze zur Diskussion stellte, konnte in diesem Zusammenhang jedoch ein Jahr später nicht fortgesetzt werden. Rektor Stern lehnte ein entsprechendes Ersuchen ab, da solcherart Veranstaltungen – mit dem „Drahtzieher“ Hamel an der Spitze – für den Universitätsrektor alles andere als akzeptabel waren. Als Pfarrer Niemöller am 13. Februar 1953 Grotewohl mit dem erklärten Anliegen aufsuchte, die SED möge die administrativen Maßnahmen gegen die Kirchen in der DDR überdenken und den Kirchenkampf beenden, entgegnete der DDR-Staatsmann, „dass eine grundsätzliche Veränderung unseres Standpunktes in der Frage Staat und Kirche weder beabsichtigt sei noch vorliegt.“<sup>9</sup>

### **Verhaftung, Untersuchungshaft und MfS-Überwachung**

Einen Tag zuvor wurde Johannes Hamel in die Untersuchungshaftanstalt des MfS „Roter Ochse“ in Halle eingeliefert, der Festnahmeplan zur Verhaftung des „berühmten Studentenpfarrers“ ist auf den 10. Februar 1953 datiert. Bemerkenswert erscheint Grotewohls Schulduzuweisung, er spricht „allein vom Auftreten Dibelius<sup>10</sup> in England und Amerika“, wodurch die besagten Maßnahmen gerechtfertigt seien. Im Bestand der erwähnten „Beilagen“ des Briefes von Leo Stern an Walter Ulbricht vom Oktober 1952 findet sich auch die vollständige Wiedergabe einer Predigt. Sie stammt von Bischof Dibelius, gehalten am 19. 10. 1952 in der Stadtkirche zu Wittenberg. In der MfS-Akte „Riga“ sind über den Zeitraum von Februar bis einschließlich Juni 1953 89 Vernehmungsprotokolle nachweisbar, einige wenige darunter aus der Untersuchungshaft in Berlin-Hohenschönhausen. Die Palette der Vernehmungsinhalte beinhaltet nahezu alle der bislang skizzierten ideologischen Verdächtigungen; die Verhöre strebten schließlich die Klärung der „Friedensfrage“ und des Verhältnisses des Christen zum Staat der DDR an.

Während noch im Februar 1953 unmittelbar nach der Verhaftung innerdeutsche Themen dominierten, änderte sich die „zu verhandelnde“ Spannbreite im darauffolgenden Monat. Im März 1953, Stalin war am 5. März gestorben, drehten sich die Verhöre fast ausschließlich um internationale Fragen und Aspekte, in denen Rolle und Funktion des Studentenfarrers Hamel zu klären waren. Während der letzten vier Wochen in der MfS-Untersuchungshaft in Halle versuchte Vernehmer Oswald Vogel die Bedeutung der Evangelischen Studentengemeinde zu erfragen und zugleich das studentische Umfeld an der Universität in Halle aufzuklären.

Folgende Verhör-Komplexe lassen sich klassifizieren:

- Februar 1953: Friedensbewegung in Ost/ West; Antidemokratisches Verhalten / Literatureinfuhr; Verbindungsaufnahme zu westdeutschen Stellen; Verhältnis zur DDR/Bibelstunden; Inhalte von deutsch-deutschen Studierendentreffen; Verhältnis Hamels zu verhafteten Studierenden
- März 1953: Öffentlichkeitsarbeit der Studierendengemeinde; Weltfriedensbewegung; internationale Verbindungen; Verhältnis Hamel–Dibelius; Hamel–Aland <sup>11</sup>
- April 1953: Wirken Hamels in Westberlin; Aufgaben der Studierendengemeinde in Ost/West; Verhältnis Hamel–Dibelius; Stellung Hamels zu den Volkswahlen; Verhältnis Hamels zu verhafteten Studierenden; antidemokratisches Verhalten; Hetzpropaganda; Verhältnis Hamel zu Schneppe<sup>12</sup> und anderen Studierenden.

Am 9. Mai 1953 übernahm das MfS in Berlin den Untersuchungshäftling Johannes Hamel in die Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen. Umfangreiche Ermittlungen, heißt es im Übernahmevermerk, seien noch durchzuführen und beantragt wird eine Fristverlängerung für die Untersuchungshaft bis zum 12. Juli 1953. Zunächst jedoch verständigten die MfS-Ermittler umgehend am 12. Mai 1953 die sowjetischen „Berater“ in Karlshorst über den Vorgang.

Wenige Wochen zuvor, am 9. April 1953, erhielt der Chef der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK), General Tschuikow in Berlin-Karlshorst, ein Schreiben der evangelischen Bischöfe in der DDR, in dem es hieß: „[...] ein Kirchenkampf großen Ausmaßes hat im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik begonnen. Dabei habe die Junge Gemeinde ausschließlich die Aufgabe, die Jugendlichen mit der Bibel, mit der

Geschichte und dem Leben ihrer Kirche bekanntzumachen usf. [...] Politische Schulung oder Beeinflussung im staatsfeindlichen Sinne ist ausgeschlossen. Die Vertreter der sowjetischen Dienststellen haben diese Arbeitsweise immer gebilligt. Sie ist jahrelang unbeanstandet geschehen und ist unverändert geblieben bis auf diesen Tag.“<sup>13</sup>

Ende Mai 1953 differenzierten die staatlichen Stellen in der DDR zwischen „fortschrittlichen“ und „reaktionären“ Kirchenvertretern und räumten sogar „Missgriffe“ in ihrem bisherigen Vorgehen ein. Pfarrer Hamel, der nach Aktenlage in der Berliner Untersuchungshaft als „Verbrecher“ und „Agent“ registriert worden war, fiel wohl nicht unter die „fortschrittlichen“ Kräfte.<sup>14</sup> Die Verurteilung Hamels schien beschlossene Sache. Am 8. Juni 1953 erhielt Zaisser ein geheimes Schreiben von Grotewohl, in dem die sofortige Einstellung aller gerichtlichen Maßnahmen im Kirchenkampf angewiesen wurde. „Ausgenommen“, so Grotewohl, „sind selbstverständlich polizeiliche oder Sicherungs-Maßnahmen, die sich aus dem Vorliegen eines Verbrechens ergeben.“<sup>15</sup> Genau eine Woche später, am 15. Juni 1953, heißt es in einem MfS-Bericht über den „Beschuldigten Hamel [...]: Er hat in seiner Eigenschaft als evangelischer Studentenfarrer seit 1948 fortgesetzt Verbrechen und Boykotttetze gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen betrieben.“<sup>16</sup> Die „verbrecherischen Aktivitäten“ werden im zitierten Bericht auf vier Folgeseiten einzeln und detailliert ausgewiesen. Dementsprechend endet der Bericht mit der Empfehlung, „den Beschuldigten dem Gericht zur Aburteilung zu übergeben“, da „eine gerichtliche Bestrafung über 3 Jahre zu erwarten ist.“ Das Maß der Verurteilung begründet der Berichtverfasser mit der „Schwere der von ihm“ (also Hamel) „begangenen Verbrechen.“ Zwei Tage nach der MfS-Forderung, Johannes Hamel gerichtlich abzuurteilen, erlebten die SED-Staatspartei und die, wie es später heißen wird, „Verschwörer im MfS“<sup>17</sup>, allen voran Wilhelm Zaisser selbst, ihr bis dahin größtes Fiasko – den 17. Juni 1953.

Der Volksaufstand in der DDR hatte, folgt man Gerhard Besier, „auf das Verhältnis Staat und Kirche erstaunlich geringe Auswirkungen.“ Im Gegenteil erhielten die untergeordneten kirchlichen Stellen Anweisung, alle Christen der evangelisch-lutherischen Landeskirche zur Ruhe und Ordnung aufzufordern und sich von den Demonstrationen fernzuhalten. Vor allem aber sollte das Kugelkreuz nicht als Herausforderung

getragen werden. Die Pfarrer wurden angehalten, „im Gottesdienst am Sonntag, dem 21. Juni 1953, im Geiste des Kommuniqués auf die Christen zu wirken. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Republik gehe einem wirklich neuem Zusammenleben der Menschen entgegen.“ In einer am 18. Juni 1953 verfassten Denkschrift der Berliner Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) wurde die Zuversicht geäußert, „dass unter den im Sommer 1952 begonnenen ‚Kirchenkampf‘ in der ersten Junihälfte 1953 vorerst ein Schlussstrich gezogen sein dürfte.“<sup>18</sup>

Für den Studentenpfarrer Hamel erteilte der damalige Staatssekretär im MfS, Erich Mielke, am 9. Juli 1953 den Schlussstrich und ordnete Hamels Entlassung aus der Untersuchungshaft Berlin-Hohenschönhausen an. Auf dem Titelblatt des MfS-Berichtes vom 15. Juni 1953 versicherte der bis dahin Inhaftierte, während der Untersuchungshaft beim MfS „korrekt behandelt“ worden zu sein. Johannes Hamel war frei, das MfS behielt ihn jedoch weiterhin im Visier. Die Aufhebung des Haftbefehls gegen Hamel „wegen Dir. 38“ datierte das Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte bezeichnenderweise im Nachgang zur Mielke-Anweisung auf den 24. Juli 1953. Man bezog sich dabei auf die Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats in Deutschland vom 12. Oktober 1946. Darin war die „Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen“ geregelt worden.

Damit wurde zwar der angelegte Vorgang „Riga“ eingestellt, jedoch sollte Johannes Hamel erneut in den Fokus des Geheimdienstes geraten. Am 30. März 1971 legte das MfS über den Dozenten am Naumburger Katechetischen Oberseminar (KOS), Johannes Hamel, eine so genannte „Personenkortakte“ an. Hamel galt dem Staatssicherheitsdienst als „führender ideologischer Kopf“ der Kirchenprovinz Sachsen und war wegen einer „negativen Grundeinstellung zur DDR und seinen hetzerischen Äußerungen zu den Verhältnissen“ dem Staat, insbesondere nach der Spaltung der gesamtdeutschen Kirche, ein Dorn im Auge.<sup>19</sup> Für den Staatssicherheitsdienst war Johannes Hamel darüber hinaus ein – so wörtlich: „ehemaliger Faschist“.<sup>20</sup>

In einem Interview aus dem Jahre 1997 berichtete Pfarrer Hamel über die bereits während seiner Untersuchungshaft in Berlin-Hohenschönhausen gestellten Nachfragen zu

seinen Aktivitäten im Nationalsozialismus. „Während der Verhaftung und in der Haftzeit wurde mir versucht vorzuhalten: Sie waren doch Truppenführer bei der SA! Sie zeigten mir ein Bild und ich sagte, das bin ich nicht – ich war immer einfacher SA-Mann bis zu meinem Austritt. Niemals habe ich einen Hehl daraus gemacht, dass ich bei der SA war. Ich bin am 9. März 1933 in die SA eingetreten, so ziemlich einer der letzten Theologen aus Mangel an Zivilcourage. Dieses habe ich nur bis Herbst 1934 getan. Es gab damals viele Massenaustritte. Im Oktober 1935 habe ich hinterher noch ein offizielles Schreiben abgeschickt mit der ‚heldenhaften‘ Begründung, ich könne sonntags keinen Dienst mehr machen, da ich anderwärtig beschäftigt wäre. In Berlin-Hohenschönhausen beim MfS wurde ich dazu vernommen. Ich zitierte den offiziellen Brief vom Oktober 1935 und bemerkte, dass das MfS den Inhalt sehr genau kannte – der befand sich nämlich im SA-Archiv. Wehe also, ich hätte versichert: ‚...und da schleuderte ich dem Nationalsozialismus den Fehdehandschuh hin!‘“<sup>21</sup>

Zielstellung der geheimdienstlichen Ermittlungen sollte in den 70er Jahren sein, „den negativen Einfluss des Hamel zu unterbinden und ihn möglichst aus seiner Funktion am KOS zu entfernen.“<sup>22</sup> Unter Beobachtung und Beeinflussung Inoffizieller Mitarbeiter des MfS blieb Johannes Hamel bis zu seiner Pensionierung und dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst am KOS in Naumburg 1977.

### **Nachwirkungen**

1994, über vierzig Jahre nach der Inhaftierung von Johannes Hamel, kam es zwischen dem einstigen Vernehmer Oswald Vogel und dem damaligen Untersuchungshäftling Johannes Hamel zu einer ersten – jedoch nicht letzten – Begegnung, und „von diesem Zeitpunkt an“, so Vogel, „hat sich zwischen uns ein freundschaftliches Verhältnis entwickelt.“<sup>23</sup> Zweimal nahm der einstige Stasi-Offizier gemeinsam mit Johannes Hamel am Beienroder Konvent teil. Aus Anlass des 27. Kirchentages in Leipzig fand im Juni 1998 im Hof der zwei Jahre zuvor in Halle eröffneten Gedenkstätte im „Roten Ochsen“ eine Veranstaltung statt, auf der Pfarrer Johannes Hamel Folgendes ausführte: „Verhaftet wurde ich am 12. Februar 1953. Die Studentengemeinde wurde zu groß für den Rektor. Im ‚Roten Ochsen‘ habe ich gesessen bis zum 1. Mai, wurde dann überführt nach Berlin-Hohenschönhausen und am 10. Juli aus der Untersuchungshaft entlassen. Die Erinnerung an diese Monate soll beginnen mit einem Dank an Gott. Natürlich wurde



Johannes Hamel in seiner Bibliothek.

---

ich gequält; Schlafbeschränkung. Von abends um zehn an wurde ich vernommen bis um zwei oder drei, dann hatte ich zwei Stunden Schlaf. Fünf Uhr wurde man geweckt und durfte in dieser Zeit nicht schlafen den ganzen Tag über bis zur nächsten Vernehmung abends um zehn. Das war natürlich Quälerei. Die andere Quälerei: völliges Abgeschieden sein von der Familie, von der Gemeinde, Studentengemeinde, kein Buch, kein Rechtsanwalt, keine Bibel – das waren alles Quälereien. Aber, überrascht wurde ich, dass ich nicht in einer Hölle saß, wie ich mir vorher die Sache vorgestellt hatte, sondern dass in dieser Hölle Menschen wohnten, die mich beschämten durch ihre Menschlichkeit. Alle Unteroffiziere, die ich kennenlernte in diesen Räumen hier, bis auf eine einzige Ausnahme, waren so menschlich-mitmenschlich, dass ich beschämt dachte: Wenn du in dieser Lage wärest als Unteroffizier, wärest du so liebevoll zu deinen Gefangenen? Mir gegenüber, meine Zelle war da oben, war eine große Zelle mit sechs Gefangenen. Einer hatte offene Beine. Die Sanitäterin, die täglich kam, fiel aus. Er jammerte abends um acht Uhr, seine Beine taten natürlich weh. Da ging der Unteroffizier, der Dienst hatte hinein – gegen seine Vorschrift – hörte sich das an und sagte: ‚Ich werde in einer halben Stunde da sein mit neuer Salbe und neuen Binden.‘ Dann ist er gegen seine Vorschrift

zur Apotheke gerannt, kam nach einer halben Stunde wieder mit Binden und dann hat er, während ein anderer Gefangener den Kranken versorgte, nun die Klagen anderer gehört. Durch die Türen hindurch konnte ich hören und ich dachte: Wäre ich als Pfarrer in der Lage gewesen, so menschlich, so liebevoll, so eingehend zu trösten wie dieser aus der Kirche ausgetretene, ganz junge Unteroffizier? Da wurde ich beschämt. Und beschämt wurde ich auch durch meinen Offizier, der mich vernahm. Im Anfang waren sie zu fünft, vier Vorgesetzte, und er war Unterleutnant aus dem Sudetenland und die vier Vorgesetzten machten ihm vor, wie man mit diesem berüchtigten Mann zu verhandeln habe. Sie brüllten, sie tobten, sie drohten und er sollte dann allein weitermachen. Stattdessen hat er mich diese ganzen Wochen lang immer menschlich behandelt, hat mich immer als Menschen und Mitmenschen respektiert und war offen für alles Gespräch. [...] ‚Sie haben so oft gepredigt: Liebet Eure Feinde. Haben Sie das erfunden?‘ ‚Nein, sagte ich, steht in der Bibel drin.‘ ‚Kommen Sie mal rum‘, sagte er. Er hatte sich eine Bibel angeschafft auf meine Bitte, ‚und zeigen Sie mir die Stelle.‘ Und dann haben wir im Gefängnis Bibelarbeit betrieben über die Bergpredigt. [...] Zum Schluss sagte er mir: ‚Hamel, ich habe meinem Vorgesetzten gesagt, es täte mir leid, wenn ich Hamel eine Lüge nachweisen müsste. Sie haben mir immer die Wahrheit gesagt.‘ [...] Zum Schluss: Ich bin reingegangen als einer, der dachte, die Stasi ist ein Abgesandter der Hölle und die Stasi-Leute sind böse Menschen. Ich bin rausgegangen mit der Beschämtheit, dass mein böses Herz mir enthüllt worden war durch Gott, durch diesen Mann hier im ‚Roten Ochsen‘. Ich bin rausgegangen als einer, der gewusst hat, auch in dieser schrecklichen Anstalt leben Menschen, denen Gott gutes Tun schenkt, obwohl sie von Gott nichts wissen. Ich bin reingegangen und dachte, aus diesem Gefängnis kriege ich keine Freunde. Ich habe einen Freund fürs Leben bekommen, meinen Vernehmer. Es ist mir endlich gelungen, ihn 1994 wiederzufinden, und als wir uns wiedertrafen, haben wir uns beide umarmt. Gottes Gnade ist größer als unser ganzes, kirchliches Wesen. [...]“<sup>23</sup>

## Anmerkungen

- 1 „Er wird beschuldigt, fortgesetzt handelnd in seiner Eigenschaft als Studenten-Pfarrer Halle/Saale anti-sowjetische sowie antidemokratische Hetze betrieben und damit den Frieden des deutschen Volkes und den Frieden der Welt gefährdet zu haben.“ Haftbefehl gegen Johannes Hamel v. 13.02.1953; BStU, Ast Halle, AU 535/53, Bd. V, S. 7.
- 2 Vgl. Wentker, Hermann: „Kirchenkampf“ in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950 – 1953, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 42/1994, S. 97.
- 3 Ebenda, S. 99.
- 4 Ebenda, S. 103.
- 5 Vgl. Geschichte der SED. Abriß, Berlin 1978, S. 284.
- 6 Vgl. Noack, Axel: Feindobjekt: Evangelische Studentengemeinde, in: Vollnhals, Clemens (Hrsg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1996, S. 301.
- 7 SAPMO-Barch, NY 4182.
- 8 Vgl. Wentker, „Kirchenkampf“ in der DDR, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 42/1994, S. 111.
- 9 Vgl. Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche, München 1993, S. 117.
- 10 Otto Dibelius (1880 – 1967; bis 1945 Bekennende Kirche; 1945 Bischof, Leiter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg; 1949 – 1961 Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland).
- 11 Kurt Aland (1915 – 1994; 1947 ordentlicher Professor für Theologie an der Universität Halle, Lehrauftrag an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1953 verhaftet; 1958 Entlassung aus dem Universitätsdienst in Halle, Flucht nach Westberlin, Gründer des Instituts für Neutestamentliche Textforschung an der Westfälischen Universität in Münster sowie des Bibelmuseums in Münster).
- 12 Friedrich Schneppe war 1952 Vertrauensstudent der Evangelischen Studentengemeinde in Halle.
- 13 Vgl. Besier 1993, S. 120/21.
- 14 Die in den MfS-Akten heute nachweisbaren Berliner Vernehmungprotokolle beinhalten im Unterschied zu den halleschen Verhörprotokollen nicht nur ausdrücklich die Bezeichnungen „Verbrecher“ und „Agent“; sie zielen auch in der Methodik der Ermittlungen auf eine hierauf beruhende Verurteilung von Johannes Hamel ab.
- 15 Vgl. Besier 1993, S. 124.
- 16 BStU, Ast Halle, AU 535/53, Bd. V, S. 138.
- 17 Vgl. hierzu weiterführend: Nadja Stulz-Herrnstadt (Hrsg.): Das Herrnstadt-Dokument: das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, Reinbek bei Hamburg 1990.
- 18 Vgl. Besier 1993, S. 133/34.
- 19 Vgl. weiterführend zur Spaltung der EKD: Besier 1993, S. 520 ff.; 664 ff.; 694 ff.
- 20 BStU, Ast Halle, AOPK 2459/77, S. 158.

- 21 Vgl. Interview mit Johannes Hamel im November 1997; Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale).
- 22 BStU, Ast Halle, AOPK 2459/77, S. 159. Zu den prominenten Berichterstattern und vom MfS geführten Informanten der Landeskirche über Johannes Hamel zählte IM „Detlef“, der am 5. Dezember 1974 über eine Konsistorialsitzung mit Johannes Hamel dem MfS berichtete. IM „Detlef“ war der am 1. April 1989 „mit Wirkung vom 1. Mai 1990 zum Präsidenten“ berufene höchste Repräsentant der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen und MfS-Offizier im besonderen Einsatz, Dr. iur. Detlef Hammer.
- 23 Vgl. Interview mit Oswald Vogel im November 1997; Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale).

## **Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“**

Gundel Berger

In der DDR haben viele Kinder und Jugendliche schweres Leid und Unrecht in Heimen nach Einweisung durch die Jugendhilfe erfahren. Etwa 500.000 junge Menschen sind zwischen 1949 und 1990 in staatlichen Kinderheimen gewesen. Einweisungsgründe waren eine bestehende Schutzbedürftigkeit aufgrund desolater Verhältnisse im Elternhaus, die unliebsame politische Tätigkeit der Eltern oder eine schnelle Entmündigung der Eltern bei Erziehungsschwierigkeiten, z. B. infolge sogenannter „Schul- oder Arbeitsbummelei“ und der Zugehörigkeit zu politisch nicht gewollten Jugendkulturen. Angesichts des erlittenen Unrechts in Einrichtungen der Jugendhilfe oder in Dauerheimen für Säuglinge und Kleinkinder der DDR beschloss der Deutsche Bundestag und die Jugendministerinnen und -minister der Länder Hilfsangebote für Betroffene der DDR-Heimerziehung anzubieten.

Der am 26. März 2012 vorgelegte Bericht „Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“ bildete eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung konkreter Hilfsangebote. Die Bundesregierung und die ostdeutschen Länder kommen im Bericht zu der Einschätzung, dass Zwang und Gewalt für viele Säuglinge, Kinder und Jugendliche in DDR-Heimen alltägliche Erfahrungen waren, insbesondere in den Spezialheimen der Jugendhilfe wurden Menschenrechte verletzt. Den Betroffenen wurden schulische und berufliche Bildungsmöglichkeiten verweigert und sie wurden zur Arbeit gezwungen. Die Erlebnisse in den Heimen wirken teilweise bis heute traumatisch nach und führten in vielen Fällen zu massiven Beeinträchtigungen der Lebenschancen und der Entwicklungspotentiale der Betroffenen.

Für das Gebiet der ehemaligen DDR, einschließlich Berlin, wurden bis zum 30. 9. 2014 etwa 27.500 Anträge gestellt, davon entfielen 4.089 Anträge auf Sachsen-Anhalt. Nach diesem Termin gab es ein weiteres Jahr lang unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen die Möglichkeit, noch einen Antrag einzureichen. Die Zahl der eingegangenen Anträge überstieg bei weitem die Erwartungen. Bund und Länder erhöhten die

Mittel des Fonds von 40 Millionen Euro auf über 360 Millionen; seine Laufzeit wurde bis 2018 verlängert.

In allen Bundesländern wurden Anlauf- und Beratungsstellen eingerichtet. In Sachsen-Anhalt stehen sieben Beratungsfachkräfte zur Verfügung, die mit den Betroffenen vor Ort, in der Beratungsstelle oder telefonisch Kontakt halten. Weiterhin sind in der Beratungsstelle zwei Kolleginnen mit der Vorbereitung der Auszahlungen durch die Bundeskasse Trier befasst, prüfen Verträge, Rechnungen und leiten die Auszahlung ein.

Ziel ist es, die Folgeschäden nach dem Leid im Kinderheim oder in den Jugendwerkhöfen abzumildern. Dazu führen geschulte Beratende, z. B. Psychologen, Sozialarbeiter oder Angehörige anderer sozialer Berufe ausführliche Beratungsgespräche mit den Betroffenen. Die Beratungsfachkräfte erläutern zunächst den Anerkennungsbescheid und erörtern den möglichen Hilfebedarf.

Aufgrund staatlicher Entscheidungen zu DDR-Zeiten haben viele Betroffene unregelmäßige Bildungsverläufe und fanden in der Regel keinen Zugang zum heutigen Arbeitsmarkt. Die geringere Bezahlung in wenig qualifizierten Arbeitsverhältnissen führte vielfach zu einer ungünstigen finanziellen Situation, so dass staatliche Unterstützung oder andere soziale Leistungen aufgezeigt werden müssen und gegebenenfalls gemeinsam Anträge gestellt werden können. Vielen Personen hat die Weitervermittlung an die Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geholfen.

Ehemaligen Heimkindern, die an psychosomatischen Störungen leiden oder traumatische Erlebnisse aufarbeiten wollen, werden geeignete Therapeuten vermittelt. Gemeinsam mit der Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Klinik für psychosomatische Medizin der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg wurde ein Netzwerk für psychosoziale Beratung eingerichtet, in dem sich Therapeuten zusammengeschlossen haben, die mit ehemaligen Heimkindern arbeiten möchten. Das Netzwerk bietet Qualifikation und Austausch an und eröffnet den Betroffenen die Möglichkeit schneller an geeignete Therapeuten vermittelt werden zu können.

Oft sind die ehemaligen Heimkinder an ihren damals erstellten Jugendhilfeakten interessiert. Die Anlauf- und Beratungsstellen bemühen sich darum, diese Akten zu be-

schaffen, sofern sie noch vorhanden sind. Durch ihre langjährige Erfahrung können die Beratenden gezielt auf Akten zugreifen und wissen, wo welche Bestände gelagert werden. Nicht selten lesen die Betroffenen ihre Akten in der Beratungsstelle, da sie häufig schmerzliche Inhalte haben, die besprochen werden müssen.

Nicht zuletzt hält der Fond finanzielle Leistungen für die ehemaligen Heimkinder bereit. Bis zu 10.000 Euro sollen helfen, die Folgeschäden abzubauen, die damalige Zeit aufzuarbeiten, Frieden zu finden und künftig ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Diese Gelder nutzen die Betroffenen häufig, um ihr persönliches Umfeld schöner zu gestalten und ihr zu Hause neu einzurichten. Andere erwerben mit dem Geld ein Auto oder ein Fahrrad, um besser zur Arbeit kommen zu können, so dass ihre berufliche Perspektive damit nachhaltig verbessert werden kann. Andere investieren in ihre Gesundheit, lassen z. B. ihre Zähne sanieren oder erwerben eine gute Brille. Wieder andere haben die Möglichkeit, endlich einmal in Urlaub zu fahren und damit ihre Familienstrukturen zu festigen. Die Unterstützungsleistungen werden auf den individuellen Bedarf abgestimmt.

Daneben zahlt der Fonds Rentenersatz, wenn in einem Heim der DDR eine versicherungspflichtige Arbeit verrichtet werden musste, diese Zeit aber nicht im Rentenversicherungsverlauf eingetragen ist, so dass der Betroffene dafür keine Rentenansprüche erwerben konnte.

Die Intensität der Beratung ist in jedem Fall unterschiedlich. Nach mehreren Beratungen können die meisten ehemaligen Heimkinder ihre Lebenssituation nachhaltig verbessern. In der Regel stehen die Beratenden mit den Betroffenen mehrere Monate bis Jahre in Verbindung und begleiten die ehemaligen Heimkinder recht lange.

Die finanziellen Leistungen werden in der Regel dann ausgezahlt, wenn sicher gestellt ist, dass sie zweckentsprechend verwendet werden. Die Anlauf- und Beratungsstellen sowie für die Bundesregierung das Bundesamt für zivilgesellschaftliche Aufgaben in Köln zahlen daher ähnlich dem Sachleistungsprinzip dann, wenn sich die Betroffenen vertraglich für konkrete Möbel oder ein Auto etc. entschieden haben. Für kleinere Ausgaben erhalten die Betroffenen pauschale Zahlungen, deren Verwendung auch nicht nachgewiesen werden muss.

Neben der individuellen und persönlichen Aufarbeitung des erlebten Leids und Unrechts gibt es noch die Förderung sogenannter „überindividueller Projekte“, bei denen mehrere ehemalige Heimkinder zusammen ihre Vergangenheit verarbeiten. In Sachsen-Anhalt haben sich zwei Fotografinnen und zwei Fotografen zusammen gefunden, die ihr Schicksal im Wege der Fotografie bewältigen wollen. Sie haben eine Ausstellung ihrer Bilder zusammengestellt, die u. a. in der Gedenkstätte in Marienborn gezeigt wurde. Viele Bilder zeigen die Sehnsucht nach Freiheit. Diese Wanderausstellung wird in vielen Städten Deutschlands gezeigt. In der Regel finden an den Ausstellungsorten öffentlichkeitswirksame Auftaktveranstaltungen statt.

Die Anlauf- und Beratungsstellen bleiben noch bis Ende 2018 für Hilfen offen. Rund ein Drittel aller bewilligten Gelder ist noch nicht ausgezahlt.



Neueröffnung der Gedenkstätte Schacht Schermen.

---

## **Die Gedenkstätte für die Erschießung von polnischen Zwangsarbeitern im Schacht Schermen**

Annett Hehmann, Klaus Möbius, Reinhard Ritter, Manfred Wucherpennig

### **Einleitung**

In Schermen, einem beschaulichen Dorf im Landkreis Jerichower Land, östlich von Magdeburg und südlich von Burg gelegen, steht eine bemerkenswerte, spätromantische Feldsteinkirche. Unweit davon wächst seit über 250 Jahren ein Maulbeerbaum, der auch im Wappen des Dorfes zu sehen ist. Früher gab es hier auch eine Station der Königlich-preußischen Optischen Telegraphenlinie Berlin–Koblenz. Zur Geschichte des Dorfes gehört aber auch ein unfassbares Verbrechen, geschehen in den letzten Kriegstagen 1945. Zehn polnische Zwangsarbeiter, unter ihnen auch ein etwa 12jähriges Mädchen, wurden am 3. Mai 1945 am Rande des Ortes erschossen und in einer Kiesgrube, genannt „Schacht“, verscharrt.

Mit diesem Artikel wollen wir über die Geschichte des historischen Ortes, aber auch über die Gedenkstätte Schacht Schermen informieren. Dabei sind uns folgende Fragestellungen besonders wichtig: Wie gehen wir mit den kleinen, fast vergessenen Orten der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus um, die in der Zeit der DDR geschaffen wurden? Hat das, was damals richtig war, auch heute noch Bestand? Wie schafft man es in einer Zeit, in der neonazistische Gedanken und Bewegungen immer noch aktiv sind, derartige Gedenkstätten zu erhalten? Wer kümmert sich um diese kleinen Gedenkstätten, die von lokalen Initiativen begründet wurden und wer unterstützt den nicht unerheblichen finanziellen Aufwand zu ihrer Erhaltung?

### **Was geschah am 3. Mai 1945 in Schermen?**

Amerikanische Truppen hatten bereits Mitte April den westelbischen Teil Magdeburgs besetzt, sowjetische Truppen waren schon bis Ziesar vorgerückt. Das östliche Elbufer wurde noch immer von deutschen Truppen verteidigt. Endlose Flüchtlingskolonnen zogen an der Elbe entlang und versuchten die amerikanisch besetzten Gebiete auf der anderen Seite zu erreichen. An der Autobahn von Berlin nach Hannover stand jedoch einer der letzten Auffangposten der Wehrmacht, der den wahnwitzigen Befehl hatte, alle Soldaten, die dem Tod in der Schlacht um Berlin entronnen waren, noch einmal in die Hölle des Krieges zurückzuschicken. Erbarmungslos wurden neue Haufen zusammengestellt, die das „Tausendjährige Reich“ zwischen Havel und Elbe noch retten sollten. Zwischen den Kolonnen aus Zivilisten, die Richtung Westen drängten und den versprengten Truppen der Wehrmacht und der SS, die wieder in den Kampfeinsatz gehen sollten, trieben Bewaffnete die Überlebenden der Konzentrationslager, erkennbar an ihrer gestreiften Kleidung und Holzschuhen, durch unseren heutigen Landkreis. Zahlreiche ausländische Zwangsarbeiter, vor der herannahenden Front aus den Arbeitslagern der großen Magdeburger Rüstungsbetriebe evakuiert, lagerten in den Wäldern und hofften, mit dem Kriegsende die lang ersehnte Freiheit zu erlangen. Auf Gehöften in und um Schermen waren Wehrmachts- und SS-Truppenteile untergebracht.

Noch in den letzten Tagen wurden im Ort Panzersperren gebaut. Dazu wurde auch eine Gruppe polnischer Zwangsarbeiter eingesetzt, die vorher von einer Streife aufgegriffen worden war. In Augenzeugenberichten Schermener Anwohner heißt es dazu: Ein SS-Mann namens Erdmann, der angeblich aus Wien gestammt haben soll, trieb mit Unter-



Die Erbauer der Gedenkstätte Schacht Schermen mit ihrem Lehrer Klaus Möbius, im Frühjahr 1985.

---

stützung eines Wehrmachtsangehörigen namens Müller die Fremdarbeiter zusammen. Es war ihre Absicht, diese zu erschießen. Einer Frau aus dem Ort, die ihn aufforderte, die Menschen freizulassen, drohte er mit gezogener Pistole: Verschwinde, sonst wirst Du mit erschossen! Weitere Schermener sowie auch Wehrmachtsangehörige wollten Erdmann von seiner Tat abhalten, wurden aber von ihm mit Gewaltandrohung eingeschüchtert. Erdmann und Müller trieben die polnischen Zwangsarbeiter schließlich unter Kolbenschlägen und mit Hunden durch den Ort, über die Autobahn, bis zu einer ehemaligen Kiesgrube, die in Schermen „der Schacht“ genannt wird. Auf dem Weg dorthin wurden die Zwangsarbeiter, darunter auch Frauen, die lange Kleider oder Röcke getragen haben sollen, mehrfach von den Hunden gebissen. Die Gefangenen bettelten um Gnade, aber Erdmann ließ sich nicht erweichen. In der Kiesgrube angekommen, erschossen Erdmann und Müller ihre Opfer. Einen Tag später, am 4. Mai 1945, setzten sich die deutschen Truppen Richtung Westen ab. Schon am 5. Mai wurde Schermen von der Roten Armee besetzt. Über die Toten in der Kiesgrube und ihre Namen ist nichts

Näheres bekannt. Drei Jahre nach Kriegsende wurden die Leichen ausgegraben und auf den Schermener Friedhof umgebettet, wo es seither einen zweiten Gedenkort gibt.

### **Die Entstehung der Gedenkstätte 1984/1985**

Im Jahr 1984/1985 schufen Schülerinnen und Schüler der Erweiterten Oberschule „Geschwister Scholl“ in Burg aus Anlass des 40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus mit ihrem Lehrer Herrn Studienrat Klaus Möbius sowie weiteren Helfern am Ort der Mordtat die Gedenkstätte Schacht Schermen. Bereits 1975 hatten Schülerinnen und Schüler einer 9. Klasse aus Burg auf Initiative des örtlichen Antifa-Komitees Zeitzeugen befragt und einen detaillierten Forschungsbericht geschrieben. Die Mädchen und Jungen, die 1985 mit den anderen Helfern den Ermordeten ein Denkmal setzten, wollten anhand eines konkreten Beispiels an die unvorstellbare Opferzahl des Faschismus erinnern. Um eine solche Gedenkstätte zu schaffen, wurden unter Beteiligung des damaligen Oberförsters Albrecht Müller in einem Waldgebiet umfangreiche Erdarbeiten ausgeführt. In einem Halbkreis um die schlichte Gedenktafel sind 10 Steine angeordnet worden, ein Stein für jedes Opfer. Die Einweihung der Gedenkstätte fand unter großer Anteilnahme der Bevölkerung im Mai 1985 anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung statt. In den Folgejahren wurde die Gedenkstätte von Schülerinnen und Schülern der benachbarten Polytechnischen Oberschule Möser gepflegt.

Die Gedenkstätte Schacht Schermen und das Grab auf dem Schermener Friedhof wurden 1988 in die Denkmalliste des Kreises Burg, Bezirk Magdeburg, aufgenommen. Den Schülerinnen und Schülern, die an der Errichtung der Gedenkstätte beteiligt waren, blieben die Arbeiten bis heute in besonderer Erinnerung. Annett Hehmann, war sehr erfreut, als sie von den Bemühungen der Schermener Schachfreunde hörte, die Gedenkstätte für die ermordeten Zwangsarbeiter zu sanieren. Von ihr stammt der folgende Abschnitt. Anlässlich der Wiedereröffnung der Gedenkstätte blickte sie in die Zeit zurück, als sie in Burg zu Schule ging.

### **Persönliche Erinnerungen einer ehemaligen Oberschülerin aus Burg<sup>1</sup>**

Im Verlauf der Jahre, schaute ich immer mal wieder bei meinen Besuchen in Schermen an diesem denkwürdigen Ort im „Schacht“ vorbei. Im Gedächtnis ist mir dabei ganz besonders ein Besuch um die Jahrtausendwende. Ein Weg zur Gedenkstätte existierte

nicht mehr, ringsum wuchs hohes Gebüsch, meine Schuhe waren voller Lehm. Als ich den Steinkreis fand, war er fast vollständig überwuchert und kaum noch zu erkennen. Damals versuchte ich, wenigstens die Gedenkplatte in der Mitte des Kreises freizulegen und abzuwischen, auch wenn es scheinbar vergebens schien.

Im Herbst 1984 hatte ich gerade an der Erweiterten Oberschule (EOS) „Geschwister Scholl“ in Burg das Abitur begonnen. Ich ging in die 11. Klasse und wollte Biologie, Fachrichtung Ökologie, studieren. Viele Jahre war ich schon Mitglied der ornithologischen Arbeitsgemeinschaft von Willi Wernstedt in Schermen. Im Biologie-Unterricht an der Oberschule saß ich wohl auch deshalb in der ersten Reihe. Mein Biologie-Lehrer war Klaus Möbius. Wir kamen irgendwann zu jener Zeit eher zufällig über Geschichte ins Gespräch. Meine Banknachbarin kam aus Reesen. Ein Lehrer aus ihrem Ort hatte mit einer Schülergruppe in den 1970er Jahren über die Ermordung der polnischen Zwangsarbeiter hier in Schermen recherchiert. Die Idee von Herrn Möbius war es nun, eine Gedenkstätte am Ort ihrer Erschießung zu errichten.

Von diesem Gedanken war ich angetan, denn ich kam aus Schermen. Das Verbrechen an den Polen war auch für mich, obwohl erst Jahre nach dem Krieg geboren, unerschwinglich immer präsent, allein durch ihr Grab auf dem Friedhof. Viel gesprochen wurde darüber allerdings nicht. Mitleid und Schuldgefühle waren im Ort spürbar und übertrugen sich auch auf uns, die jüngere Generation.

Ein Mann aus Schermen, Otto Benz, wurde als Kind Augenzeuge der Tat in der Kiesgrube. Er konnte mich und meine Eltern damals an den genauen Ort dieses Verbrechens führen. Das ist inzwischen weit über 30 Jahre her. Aber der Moment, in dem meine Eltern und ich zusammen mit Otto Benz mühsam die unwegsame Böschung der Autobahnbrücke hinunterkletterten, über das Feld bis zum Schacht liefen und Otto Benz plötzlich im leicht hügeligen, bewaldeten Dickicht mit absoluter Sicherheit auf eine Stelle deutete und sagte: „Hier war's!“ hat sich bei mir fest eingebrannt. Otto Benz war im Mai 1945 gerade 9 Jahre alt und rund 40 Jahre später konnte er sich noch exakt an diese Stelle erinnern. Otto Benz sollte Recht behalten. Später fanden wir bei den Erdarbeiten eine Patronenhülse.

Im Vorfeld gab es mehrere Treffen mit Gemeinde, Forst und LPG<sup>2</sup>. Ich erinnere mich, daß es dabei vor allem auch immer wieder um die genaue Anzahl der Opfer ging. Otto

Benz war sich ganz sicher gewesen, daß es zwölf waren, aber die Gemeinde hielt an zehn fest, wie auf dem Friedhofs-Grabstein eingraviert. Herr Möbius bekam schließlich die Aufgabe, die Inschrift für diese Gedenktafel zu formulieren. Wir saßen in einem Wartburg vor dem damaligen Gemeindebüro, überlegten gemeinsam und schrieben den Text auf ein kleines Stück Papier. Die Anzahl der Opfer ließen wir dabei bewußt offen. Erst vor ein paar Monaten (27.02.2017) war in einem Artikel dazu in der „Volksstimme“ zu lesen: „Wie viele Menschen erschossen wurden, ist bis heute nicht genau geklärt.“ Die praktischen Arbeiten an der zukünftigen Gedenkstätte fanden im Frühjahr 1985 statt. Wir Schülerinnen und Schüler trafen uns dazu mit unserem Lehrer mehrere Male außerhalb der Schulzeit, meist sonntags. Das gesamte Projekt und die damit verbundene Auseinandersetzung mit dem Mord an den unschuldigen Menschen, unter anderem an einem Mädchen, das nur wenig jünger war als ich selbst zu jener Zeit, haben mich nachhaltig geprägt.

Heute stehen wir hier vor der sanierten Gedenkstätte an diesem bedeutungsvollen Ort und ich bin sehr berührt und danke allen für ihr großes Engagement. Es ist ein gutes Gefühl zu spüren, daß das, was man vor über 30 Jahren als Jugendliche in einem anderen System für wichtig hielt, auch heute nichts an Bedeutung verloren hat. Mit der Sanierung dieser Gedenkstätte verbinde ich die Hoffnung, daß der Mord an den polnischen Bürgern auch in Zukunft niemals in Vergessenheit gerät.

### **Heutige Initiativen für die Gedenkstätte in Schermen und ihre Probleme**

Nach dem Ausbau der Bundesautobahn 2 und dem 1998 erfolgten Rückbau einer Brücke und deren Zufahrt war der alte Weg zur Gedenkstätte nicht mehr vorhanden; sie drohte in Vergessenheit zu geraten. Der einzige Zugang führte nun umständlich über privates, teilweise unpassierbares, mit Gestrüpp überwuchertes Waldgelände. Auch die Gedenkstätte befindet sich heute auf privatem Boden. Die Gemeinde Schermen war bis nach 2000 hoch verschuldet. Geld für eine Neugestaltung der Gedenkstätte und des Weges waren nicht vorhanden. Die Gedenkstätte Schacht Schermen wie auch das Grab auf dem Friedhof befinden sich zwar immer noch auf der Denkmalliste des Landkreises Jerichower Land, öffentliche Gelder des Bundes, des Landes Sachsen-Anhalt, des Landkreises standen jedoch nicht zur Verfügung<sup>3</sup>.



Schmierereien am 10.04.2013 an einem Gebäude im Hohlweg in Schermen, keine hundert Meter vom Friedhof mit dem Grab der ermordeten Zwangsarbeiter entfernt.

---

Die Grabstätte auf dem Friedhof wurde seit Jahren ehrenamtlich von einer polnischen Bürgerin gepflegt. Die Pflege der Gedenkstätte und das Freischneiden der Wege erfolgen mehr notdürftig durch Gemeindearbeiter, vor allem aber durch Ehrenamtliche aus Schermen. Die Erreichbarkeit und der Zustand des Gedenkortes wurden durch Besucher mehrfach bemängelt. Das Problem der Gedenkstätte Schermen war durch mehrere Veröffentlichungen in der Presse und im Internet öffentlich gemacht worden. Im Frühjahr 2013 ergriffen schließlich die „Schachfreunde“ der Volkssolidarität-Ortsgruppe Schermen die Initiative: Auf einer gemeinsamen Beratung mit verschiedenen Behörden, dem Volksbund Kriegsgräberfürsorge und auch polnischen Bürgern wurde über Möglichkeiten der Sanierung und vor allem der Finanzierung diskutiert. Ein letzter Auslöser für die Initiative waren neonazistische Schmierereien in Schermen, die uns zeigten, wie wichtig aktive Gedenkarbeit ist. Die Worte Bertold Brechts „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“ haben an Aktualität nicht verloren.

Die Vertreterin der Gemeinde Möser (zu der Schermen seit 2010 gehört) erklärte, daß keine Gelder zur Verfügung stehen, da die Toten nicht namentlich bekannt sind. Die

## Gedenkstätte Schacht Schermen



**Was geschah am 9. Mai 1940 in Schermen?**

Amerikanische Truppen hatten bereits Mitte April Magdeburg und die westliche Elbe erreicht, umworfene Truppen hatten nach Osten vorzudringen. Die britische Elbe und nach dem Scheitern des ersten Vorstoßes, die die Amerikaner nicht über die letzten Aufstellungen der Wehrmacht, die den westlichen Frontal bei der Invasion, die aber nicht von Berlin ausging, nach, nach einem in die Westfrontschlacht, 19. September wurde eine Panzer-Reserveangriff, die die „Landwörter“ Panzer zwischen Frontal und die nach Osten vorzudringen. Infolgedessen Frontalangriff, sodass er die Elbe, entlang, überbrückte die gemeinsamen Konzentrationen, übernahm an den gemeinsamen Einzug und überbrückte, wurde von diesen Truppen durch einen Krieg geführten. Zylinder in der ersten Front, um die Frontenlinie mit dem Frontalangriff zu durchbrechen. Die ersten Frontalangriff, um die Frontenlinie zu durchbrechen, wurde an den letzten Tagen wieder im Ost-Frontangriff geführt. Diese war auch ein Vorstoß geführter Frontalangriff, aber nicht wieder, die vorher von einer Frontalangriff wieder war.

Feldzugsangriff Schermen Anwesenheit heißt es.

Der 9. Mai 1940 wurde nach der Überwindung der Wehrmachtseinheiten in der Frontalangriff zu passieren. Es war die Mittel, diese zu erreichen. Eine Frau am dem Ort, die aufnahm, die Schichten Schermen, Bitter, er eine geringere Panzer. Zwischenzeitlich, nach einer Zeit, in der ersten, wurde aber von den von Frontalangriff zu erreichen. Einmal, und die ersten Frontalangriff, um die Frontenlinie zu durchbrechen, wurde an den letzten Tagen wieder im Ost-Frontangriff geführt. Diese war auch ein Vorstoß geführter Frontalangriff, aber nicht wieder, die vorher von einer Frontalangriff wieder war.

Die erste Frontalangriff, um die Frontenlinie zu durchbrechen, wurde an den letzten Tagen wieder im Ost-Frontangriff geführt. Diese war auch ein Vorstoß geführter Frontalangriff, aber nicht wieder, die vorher von einer Frontalangriff wieder war.

Die erste Frontalangriff, um die Frontenlinie zu durchbrechen, wurde an den letzten Tagen wieder im Ost-Frontangriff geführt. Diese war auch ein Vorstoß geführter Frontalangriff, aber nicht wieder, die vorher von einer Frontalangriff wieder war.



Die Grab für die 83 verstorbenen Opfer befindet sich seit 1948 auf dem Schermen-Friedhof, 2014 genehmigt aus Grundst.



Erbauung der Gedenkstätte Schacht im Frühjahr 1982 durch Schüler der 10.6 „Landwörter Schach“ Weg und diese Arbeit in einer Initiative.

**Zur Eröffnung der Gedenkstätte**

Im September des Jahres 1980 wurden die Pläne erarbeitet und auf dem Schermen-Friedhof errichtet. Die Grab für die 83 verstorbenen Opfer wird noch heute gepflegt. Im Jahr 1975 bezugsfertig sind 3 Schichten der Politischen Oberstufe „Hauptstadt Magdeburg“ im Auftrag des Landes (Landesrat) zum Aufbau eines Friedhofes in der ersten Frontalangriff, um die Frontenlinie zu durchbrechen, wurde an den letzten Tagen wieder im Ost-Frontangriff geführt. Diese war auch ein Vorstoß geführter Frontalangriff, aber nicht wieder, die vorher von einer Frontalangriff wieder war.

Die erste Frontalangriff, um die Frontenlinie zu durchbrechen, wurde an den letzten Tagen wieder im Ost-Frontangriff geführt. Diese war auch ein Vorstoß geführter Frontalangriff, aber nicht wieder, die vorher von einer Frontalangriff wieder war.

**weitere interessante Informationen:**

- Chronik der Gemeinde Schermen (aus dem Jahr 1980)
- Chronik der Gemeinde Schermen (aus dem Jahr 1980)
- Chronik der Gemeinde Schermen (aus dem Jahr 1980)

### Schautafel an der Gedenkstätte Schacht Schermen.

Sanierung wurde von uns trotzdem angegangen: als europäisches LEADER-Projekt der Gemeinde Möser. „Die Schachfreunde“ erklärten sich bereit, die Hälfte des finanziellen Eigenanteiles der Gemeinde selbst aufzubringen.

### Sanierung und Neueröffnung

Am 5. Juli 2016 beschloss der Gemeinderat Möser, das Areal der Gedenkstätte zu sanieren. Im Rahmen des LEADER-Projektes der Europäischen Union wurde die Gedenkstätte gärtnerisch neu gestaltet, eine neue Sitzgruppe aufgestellt, der Weg zur Gedenkstätte passierbar gemacht und ein Schaukasten aufgebaut. Zwischenzeitlich waren weitere Recherchen betrieben und noch lebende Augenzeugen befragt worden. In ehrenamtlicher Arbeit wurden alle verfügbaren Informationen zusammengestellt und eine Schautafel für die Gedenkstätte erarbeitet.

Das Versprechen der „Schachfreunde“, die Hälfte des Eigenanteiles aufzubringen, konnte Dank einer großzügigen Spende der Volksbank Jerichower Land eingelöst werden. Diese Mittel wurden zum Druck der Schautafel und für neue Wegweiser zur Gedenkstätte eingesetzt.



Enthüllung der Schautafel durch Klaus Möbius, Dr. Annett Hehmann und Dr. Reinhard Ritter (v. l.).

---

Die Neueröffnung der Gedenkstätte durch den Bürgermeister der Gemeinde Möser, Herrn Bernd Köppen, fand am 3. Mai 2017 unter reger Anteilnahme der Öffentlichkeit statt. Der Landrat Herr Dr. Steffen Burchardt hielt ein Grußwort.

### **Schlussbemerkungen**

Mit viel persönlichem Engagement haben wir die kleine Gedenkstätte Schacht Schermen auf den Tag genau 72 Jahre nach der grausamen Untat ein zweites Mal eröffnet. Mit der Neugestaltung dieser Stätte der Erinnerung haben wir auch Erfahrungen gesammelt, welche Schwierigkeiten es beim Erhalt derartiger Gedenkort gibt. Und die Gedenkstätte Schacht Schermen ist nicht die einzige ihrer Art in Sachsen-Anhalt. Wir hoffen, dass die neu gestaltete Gedenkstätte künftig wieder stärker genutzt werden kann. Ein „Gedenkstätten-tourismus mit Busfahrten“, wie ihn ein Journalist befürchtete, lag und liegt uns nicht am Herzen; die Würde der Ermordeten soll stets gewahrt bleiben. Der Schacht Schermen soll eine Stätte des Gedenkens und der Besinnung bleiben. Die Schwere und Kühle dieser besonderen Stelle soll den Toten zum Gedenken und den Lebenden zur Mahnung gereichen.

## **Erreichbarkeit der Gedenkstätte Schacht Schermen:**

39291 Schermen (oder Möser, OT Schermen), Karlshof 9, ab dort ist der Weg ausgeschildert.

### **Anmerkungen**

- 1 Dieser Abschnitt basiert auf der Rede von Frau Dr. Annett Hehmann zur Neueröffnung der Gedenkstätte Schacht Schermen am 3. 5. 2017.
- 2 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft.
- 3 Das Problem der Gedenkstätte Schacht wurde von einem der Verfasser anlässlich eines Jugendgeschichtstages im Dezember 2012 in Magdeburg gegenüber Herrn Dr. Sascha Möbius angesprochen und erläutert. In diesem Seminar erklärten andere Anwesende, daß sie mit ähnlichen kleinen Gedenkstätten (z. B. Gedenksteine der „Todesmärsche“) analoge Erfahrungen gemacht haben. Dr. Möbius nahm das Problem auf, eine Reaktion oder Hilfe für unsere Gedenkstätte erfolgte jedoch nicht.



Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Genthin während des Projekttages am 17. Februar 2017 in der Ausstellung „Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes.“

---

## **Über ein Schülerprojekt, das in Genthin für die Wanderausstellung „Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Sachsen-Anhalt“ im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) entwickelt wurde**

Jerome Kageler

Die historische Aula des Bismarck-Gymnasiums Genthin beheimatete vom 23. Januar bis zum 3. März 2017 die o.g. Wanderausstellung. Erstmals wurde die Ausstellung in einer Schule gezeigt, während dies bisher in Gerichtsgebäuden oder ehemaligen Haftanstalten geschah. Die Forschungen zur Vorbereitung der Präsentation in Genthin offenbarten einen unmittelbaren Bezug des Themas zur Aula des Genthiner Gymnasiums, das die Ausstellung auch angefragt hatte. Am 5. und 6. Juni 1940 hatte in der Aula der Schule eine Verhandlung des Landgerichtes Magdeburg getagt, weil der Saal des Amtsgerichtes zu klein war. Man verhandelte damals das Genthiner Eisenbahnglück

von 1939. Dieser allgemein bekannte Prozess zum schwersten deutschen Zugunglück hatte jedoch eine bis heute wenig bekannte Vorgeschichte.

In die Erforschung der historischen Inhalte, die für jeden Ausstellungsort neu zu erarbeiten sind, wurden TeilnehmerInnen des FSJ der Gedenkstätten ROTER OCHSE Halle (Saale) und Moritzplatz Magdeburg eingebunden. Einer von ihnen, Jerome Kageler, hatte zuvor am Genthiner Bismarck-Gymnasium sein Abitur absolviert. Für ihn lag es nahe, sich nicht nur bei den ausstellungsvorbereitenden Archivrecherchen zu engagieren, sondern auch das eigenverantwortliche Projekt (EVP) im Rahmen seines FSJ Kultur im Kontext der Ausstellung zu entwickeln. Bereits im Vorfeld stand fest, dass sich die Ausstellung über die NS-Justiz auch mit der juristischen Behandlung des schwersten Eisenbahnunglücks in der deutschen Geschichte, jenem vom 22. Dezember 1939 im Bahnhof von Genthin, beschäftigen würde, da diese Vorgänge politische Brisanz besaßen. Es war Krieg, die erste Kriegswinternacht stand bevor. In den überfüllten Zügen, die kurz nach Mitternacht verunglückten, saßen vor allem Fronturlauber und Arbeiter aus der Rüstungsindustrie; knapp vier Monate zuvor hatte das Deutsche Reich das Nachbarland Polen überfallen. Zu der Katastrophe hatten in der nebligen Winternacht eine Verkettung unglücklicher Umstände und die Fahrlässigkeit eines der Lokführer geführt. Er hatte ein Haltesignal übersehen und sein Zug war mit etwa 100 km/h ungebremsst auf einen im Bahnhof wartenden Personenzug aufgefahren. In ganz Deutschland bestand damals großes Interesse an einem Gerichtsprozess zur Klärung der Unfallursache und der Schuldfrage. Für das am 5. und 6. Juni 1940 in Genthin durchgeführte Strafverfahren des Landgerichts Magdeburg gegen drei Angeklagte, darunter der Lokführer des aufgefahrenen Zuges, reichte der Sitzungssaal im Amtsgericht nicht aus. Daher wurde die Verhandlung in die Aula des nahegelegenen Bismarck-Gymnasiums verlegt. Über den Gerichtsprozess, in dem der Lokführer schließlich zu drei Jahren Gefängnis verurteilt und die beiden anderen Angeklagten freigesprochen wurden, berichtete die Presse reichsweit. Der Hauptangeklagte musste die Strafe nur zum Teil verbüßen und arbeitete anschließend wieder als Lokomotivführer.

Doch bereits am 1. Februar 1940 hatte ein Magdeburger Sondergericht zwei Todesurteile verhängt. Nur durch Zufall war entdeckt worden, dass während der Aufräum- und Rettungsarbeiten zwei Berliner Bestattungshelfer, die nach dem Unglück in Genthin



Präsentation der Arbeitsergebnisse durch Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Genthin während des Projekttages am 17. Februar 2017.

---

eingesetzt wurden, in großem Umfang Leichen bestohlen und das Diebesgut in Särgen versteckt hatten. Das Sondergericht erkannte gegen die Angeklagten wegen Diebstahls unter Hinzuziehung der „Verordnung gegen Volksschädlinge“ vom 5. September 1939 auf die Todesstrafe. Der § 4 dieser Verordnung ermöglichte es, jede Straftat mit dem Tod zu bestrafen, wenn diese „unter Ausnutzung der durch den Kriegszustand verursachten außergewöhnlichen Verhältnisse“ begangen wurde und wenn „dies das gesunde Volksempfinden wegen der besonderen Verwerflichkeit der Straftat“ erforderte. Die Vollstreckung des Urteils gegen die nach Ansicht des Gerichts „für die Volksgemeinschaft völlig wertlose[n] Elemente ..., deren Ausmerzung geboten ist“, erfolgte am 13. April 1940 in Wolfenbüttel. Über dieses Verfahren wurde jede Berichterstattung unterdrückt.

Heute wird in Genthin nicht nur in Form eines Denkmals am Bahnhof an den Unfall erinnert, sondern es ist auch den meisten Bürgern präsent. In die Bergung der 278 Toten und der mehr als 450 Verletzten sowie in die folgenden Aufräumarbeiten waren viele Genthiner involviert, die das Erlebte an die nachfolgenden Generationen weitergege-

ben haben. Die beiden Gerichtsverfahren, die 1940 von der nationalsozialistischen Justiz durchgeführt wurden, sind auch Gegenstand der für den Standort Genthin erarbeiteten Ausstellungstafeln. Daher reifte die Idee, aus den für die Erarbeitung der neuen Tafeln zu sammelnden Quellen auch ein ausstellungsbegleitendes Schülerprojekt zu entwickeln.

Das von Jerome Kageler für die Dauer von zwei Stunden konzipierte Projektangebot beschäftigt sich mit dem Genthiner Eisenbahnunglück und seiner Aufarbeitung durch die NS-Justiz. In fünf Arbeitsgruppen erschließen sich die Schülerinnen und Schüler anhand von Ausstellungsinhalten und unterschiedlichen Projektmappen mit zeitgenössischen Fotos, Dokumenten und Informationen den Unglückshergang, die Bergungsarbeiten und setzen sich anschließend mit den Justizprozessen auseinander. Dabei erarbeiten sie sich die Unterschiede einer Verhandlung vor einem Sondergericht und einem ordentlichen Gericht, ziehen u. a. auch Vergleiche bezüglich der angeklagten Taten und der vom Gericht zuerkannten Strafmaße. Die Ergebnisse verarbeiten die Arbeitsgruppen jeweils in Plakaten, die sie abschließend im Plenum ihren Mitschülern präsentieren und erläutern.

Im Februar wurde das Konzept erfolgreich bei Projekttagen mit zwei 9. Klassen der Sekundarschule Genthin angewendet. Die Schülerinnen und Schüler zeigten sich sehr interessiert an der Arbeit mit den historischen Fotos und den in Farbkopie zur Verfügung gestellten Originalquellen. Unterstützt wurde das Schülerprojekt durch den Umstand, dass sich das historische Geschehen bis heute leicht verorten lässt und es den Genthinern in Erinnerung geblieben ist. Auch deshalb stieß die Präsentation der Ausstellung in Genthin auf großes Interesse bei den Schulen. Insgesamt 14 Schulklassen besuchten die Ausstellung und ließen sich durch ausgebildete Schülerguides in das Thema einführen.



Eröffnung der Veranstaltung: Rechts am Pult stehend Katja Raab, Leiterin der Hallenser Friedrich-Naumann-Stiftung; am Tisch sitzend von rechts Dr. Dana Horáková, Lothar Tautz, Moderator Sven-Felix Kellerhoff, Gerd Poppe, Dr. Clemens Vollnhals; links stehend Dr. André Gursky.

---

## **Menschenrechte fallen nicht vom Himmel – sind aber biblisch begründet. Die Menschenrechtsdebatte in der ČSSR und der DDR 1977**

Lothar Tautz

In dem kleinen mitteldeutschen Städtchen Querfurt befindet sich am katholischen Pfarrhaus seit dem Jahr 2002 eine Gedenktafel, die das Gebäude als „Ort der Zivilcourage“ bezeichnet und auf ein Ereignis in tiefen DDR-Zeiten hinweist, die Veröffentlichung des „Querfurter Papiers“: „Im Pfarrhaus der Erlöserkirche unterzeichneten evangelische und katholische Christen am 29. April 1977 ein von ihnen erarbeitetes politisches Manifest, das „Querfurter Papier“. Mit der Aufforderung zu „Frieden und Gerechtigkeit heute“ gab dieses Schriftstück demokratisch engagierten Menschen in der DDR neue Orientierung und Mut zum selbstbestimmten Handeln. In Verbindung mit der

Charta 77 wirkten seine Thesen bis in die Gründungsdokumente der oppositionellen Gruppen in den 80er Jahren fort.“

Wer heute in den 10. Klassen eines Gymnasiums oder einer Sekundarschule, in denen die DDR-Geschichte zum Rahmenlehrplan gehört, nach den Begriffen Charta 77 oder gar „Querfurter Papier“ fragt, dem wird in aller Regel verständnisloses Schweigen begegnen oder allenfalls die Vermutung, dass es sich beim „Querfurter Papier“ um in Querfurt hergestelltes Druckerpapier handeln könnte. Da liegt die Schlussfolgerung nahe, dass angesichts der aktuellen Gefährdung der Menschenrechte in vielen Weltregionen einschließlich Europas einmal mehr daran erinnert werden sollte, wie hart die Menschenrechte erkämpft waren, die schließlich 1989/90 zur Demokratisierung Osteuropas führten.

So war es nur folgerichtig, dass in diesem Jahr auch in Sachsen-Anhalt eine Veranstaltung durchgeführt wurde, die das Thema in den Fokus nahm und es war wohl auch kein Zufall, dass die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die Initiative ergriffen hatte. Unter der Überschrift: „Charta 77. Versuch in der Wahrheit zu leben. Von der Macht der Ohnmächtigen.“ trafen sich am 3. Mai 2017 Zeitzeugen, Expertinnen und Nachgeborene in der Hallenser Gedenkstätte „ROTER OCHSE“ zum Erinnern, zum Erfahrungsaustausch und zur Vergegenwärtigung ihres Engagements für die Menschenrechte. In der Einladung hieß es: „Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion thematisieren die Charta 77, insbesondere deren Auswirkungen auf die Menschenrechtsbewegung in der DDR. Namhafte Akteure reflektieren die spannungsgeladenen zeitgeschichtlichen Ereignisse, die das realsozialistische System – über Prag hinausgehend – spürbar erschütterten.“

Sven-Felix Kellerhoff animierte die vier Akteure im Podium gleich zu Beginn, ihre biographische Verbindung zum Thema vorzustellen. Das fiel leicht und lag zuallererst bei Dana Horáková nahe, die 1977 zum engsten Kreis der Prager Bürgerrechtsbewegung gehörte und die Entstehung der Charta 77 aus nächster Nähe miterlebt hat. Gerd Poppe engagierte sich bereits seit 1968 gegen Menschenrechtsverletzungen im Sozialismus. So unterzeichnete er am 22. August 1968 in der ČSSR-Botschaft in Berlin eine Protesterklärung gegen den Einmarsch der Truppen der Warschauer Vertragsstaaten in die Tschechoslowakei und war in den 70er und 80er Jahren einer der prägenden Akteure



Dr. Dana Horáková bei ihrer eindrucksvollen Schilderung der „Menschenrechte als Lebensform“.

---

der Berliner Menschenrechtsszene. Lothar Tautz war ebenfalls ein aktiver Unterstützer des Prager „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ und zog seinen Antrag auf Aufnahme in die SED nach der Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 zurück. Seither gehörte er zur Menschenrechtsbewegung in der mitteldeutschen Provinz. Beide, Poppe und Tautz, suchten und hielten auf verschiedene Weise Kontakt zu den Prager Menschenrechtlern und sorgten mit für die – von der SED als illegal und staatsfeindlich bezeichneten – Verbreitung der Charta 77 in der DDR.

Mit ihrer Veröffentlichung am 6. Januar 1977 setzten die Verfasser neun Jahre nach dem gewaltsamen Ende des Prager Frühlings ein in ganz Europa nicht zu überhörendes Zeichen ihres Engagements für die Durchsetzung der Menschenrechte im Sozialismus. Im Mittelpunkt stand die Forderung nach dem Recht auf freie Meinungsäußerung, aber auch die Bildungs- und Bekenntnisfreiheit wurde eingefordert. Dabei konnte man sich auf Kapitel VII der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) beziehen, in dem von der „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit“

gesprochen wurde. Auch die ČSSR hatte 1975 dieses Dokument in Helsinki unterzeichnet. Die nach der Unterzeichnung vor allem im Ostblock entstandenen Gruppen und Kreise bezeichneten sich naheliegender Weise als „Helsinki-Gruppen“ und begannen zuerst damit, selbst die nun plötzlich von ihren Regierungen anerkannten Grundrechte zu leben.

Davon konnte Dana Horáková besonders eindrucksvoll berichten. So waren die tschechischen Freunde nicht etwa nur eine Interessenvereinigung zur Durchsetzung politischer Ziele, sondern ebenso ein Freundeskreis, der sich dazu verpflichtete, „in der Wahrheit zu leben“ (Václav Havel). Das begann im Privaten und äußerte sich in kulturellen und künstlerischen Aktivitäten, führte aber schnell zu Konflikten mit der stalinistischen Staatsregierung und damit zu umfassenden oppositionellen Aktionen, obwohl sich die Mitstreiter der Charta 77 ausdrücklich nicht als Opposition verstanden haben.

Charakteristisch für diese Lebenshaltung war es, dass der Anstoß zur Formulierung und Veröffentlichung der Charta 77 die Repressionen des tschechoslowakischen Staates gegenüber einer Rockband waren. „Plastic People of the Universe“ war direkt nach der Invasion des Warschauer Paktes gegründet worden. Die Band hatte seit 1968 Festivals mit alternativer Musik veranstaltet und war ein wichtiger Anziehungspunkt für eine staatsunabhängige Kulturszene. Bei einem Konzert im Februar 1976 wurden die Mitglieder der Gruppe inhaftiert und viele der Konzertbesucher ausgiebig verhört. Die Verhaftungen sorgten für nationale und internationale Proteste. Václav Havel sah das Handeln der kommunistischen Regierung als „Angriff des totalitären Systems auf das Leben selbst, auf die menschliche Freiheit und Integrität“. Dem konnte nur mit einem öffentlichen Protest begegnet werden – eben mit der Charta 77.

Gerd Poppe war so etwas wie der „Kontaktmann“ zwischen den Berliner Menschenrechtlern und den Prager Aktivisten. Durch regelmäßige Kontakte waren auch die persönlichen Beziehungen gefestigt und eine Vertrauensbasis für die Zusammenarbeit trotz ständiger Stasi-Zersetzungsmaßnahmen gewährleistet. Seit 1980 waren seine Kontaktmöglichkeiten allerdings eingeschränkt, weil er von einem umfassenden Auslandsreiseverbot betroffen war. Seinen oppositionellen Aktivitäten tat das keinen Ab-

An viel Leid und viel Kummer erinnern wir

Viel Leid und viele ... erinnern wir ...  
Srdciach i smrti nezabýváme; Velká bolest velkých nářků nemá ...  
Unsere Liebe, wie unser ... , ewig; Tak i naše láska nepomine;  
Láska nás, jako žet nář, věčná.  
K. H. Mácho

Oznamujeme všem přátelům a známým, že dne  
<sup>Máříz</sup>  
gestorben = 13. března 1977 zemřel

## prof. PhDr. Jan Patočka, Dr. h. c.

profesor Karlovy university

beğraben wird Máříz

Pohřeb se koná dne 16. března 1977 v 10 hodin

na bjevnovském hřbitově.

Seelenmesse

Zádušní mše sv. bude obětována u sv. Markěty v Bjevnově

Fr.  
v pátek dne 18. března 1977 v 18 hodin.

169 00 Praha 6, Hořálkova 103.

im Namen der Familie

Jménem celé rodiny:

Františka Sokolová

Jana Patočková

dcery

Jan Patočka

syn

Prof. MUDr. František Patočka

Prof. ing. dr. Cyril Patočka

bratři

Die von der Naumburger Menschenrechtsgruppe verbreitete Todesanzeige von Jan Patočka.

bruch. Diese führten folgerichtig Ende 1985 zur Gründung der „Initiative für Freiheit und Menschenrechte (IFM), der einzigen Menschenrechtsgruppe, die sich ausdrücklich als unabhängig von der Institution Kirche betrachtete und großen Wert darauf legte, ausschließlich selbstbestimmt zu handeln. Die Charta 77 wurde selbstverständlich nicht nur in Berlin gelesen und verbreitet. DDR-weit wurde der Text immer wieder abgeschrieben, weitergegeben und diskutiert. Dabei blieb es aber nicht. „Eine Gruppe von Theologiestudenten aus Naumburg – Lothar Tautz, Christian Radeke (...) – dokumentierte nicht nur das Vorgehen des MfS, sondern beteiligte sich an der Erarbeitung des ‚Querfurter Papiers‘ vom April 1977, in dem gefordert wurde, die Verpflichtungen aus der Schlussakte von Helsinki einzuhalten. ‚Nur wo die Pluralität beachtet wird, werden Menschen gern Bürger ihres Staates sein‘, stand in dem Papier, das das MfS als ‚Charta der DDR‘ bezeichnete. (...) Auch Jaroslav Sabata registrierte das ‚Querfurter Papier‘ und verstand es als einen ‚Versuch, die Charta 77 als ein Modell des Aufrufs oder Appells auf die ostdeutschen Verhältnisse zu übertragen.“<sup>1</sup> Die Naumburger Gruppe suchte und fand den persönlichen Kontakt zu den Verfassern und Unterzeichnern der Charta 77.

Einer der drei Sprecher der Charta-Gruppe war der Philosophieprofessor Jan Patocka, der am 13. März 1977 nach einem Verhör des tschechischen Geheimdienstes verstarb. Seine Bestattung wurde zu einem Ereignis des antikommunistischen Widerstandes. Die Todesanzeige verbreiteten die Naumburger mit handschriftlicher Übersetzung auf Fotopapier als Handabzug.

Maßgeblich für die Endfassung des Querfurter Papiers waren Theologen, insbesondere der evangelische Pfarrer Dr. Wolfram Nierth (Schraplau) und die katholischen Priester Dr. Claus Herold (Halle/S.) und Dieter Tautz (Querfurt). Zur Entstehung schreibt Dieter Tautz (und bestätigt damit die Einschätzung von Sabata): „Der Wortlaut ... ist im April 1977 entstanden. (...) Auslöser unseres Schreibens war das Erscheinen der Charta 77 im Nachbarland Tschechoslowakei. Die Teilnehmer der AG waren sich einig, dass es auf Seiten der DDR etwas Ähnliches geben müsste, wie dieses Prager Papier. Da in der DDR die Geistlichen beider Konfessionen – gemessen an den Einschränkungen der übrigen Bevölkerung – ein Höchstmaß an ‚Narrenfreiheit‘ genossen, schien uns auch eine besondere Verantwortung für gesellschaftspolitische Veränderungen auferlegt zu sein.“<sup>2</sup>

Dem MfS war das Grund genug, einen „Zentralen Operativen Vorgang“ namens „Korinther“ gegen die Menschenrechtler zu eröffnen. Die Namensgebung bezog sich nicht auf ein in der DDR schwer zu habendes Lebensmittel, sondern auf die Bibel. Die Verfasser des Querfurter Papiers hatten nämlich gleich in der Überschrift die neutestamentliche Grundlage für ihr Handeln angegeben – einen Satz aus dem Brief des Apostels Paulus an die Gemeinde von Korinth: „So bitten wir an Christi statt: Lasset euch versöhnen mit Gott!“ (2 Kor 5, 20). Daraus entwickelten sie drei Leitgedanken, die auch die Gliederung ihrer vier Schreibmaschinenseiten umfassenden Ausarbeitung darstellten:

1. Friede ohne Versöhnung ist kein echter und bleibender Friede.
2. Der Mensch ist wichtiger als ein ideologisches System.
3. Die Menschheit hat nur Zukunft in universaler Zusammenarbeit.<sup>3</sup>

Es zeigte sich, dass die Stasi durchaus den subversiven Charakter der biblischen Schriften erkannt und das oppositionelle Potential der „Geistlichen“ richtig beurteilt hat. Das bestätigt auch der umfassende Informationsbericht des MfS (bereits vom 7. Juli 1977), der immerhin dem stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden Paul Verner vorgelegt wurde – einem der wichtigsten Funktionäre der SED nach Erich Honecker.<sup>4</sup> Und richtig ist auch, dass es zwar keine himmlische, aber eine biblische Begründung der Menschenrechte gibt. Darauf hatte die Stasi allerdings keinen Zugriff.

Die Wirkungsgeschichte der Charta 77 ist weithin erforscht. Die Wirkungen des Querfurter Papiers harren noch ihrer Betrachtung durch die Zeitgeschichte. Immerhin finden sich einzelne Formulierungen noch in den Grundsatzpapieren der 1988/89 entstehenden Oppositionsbewegungen. Das war aber nicht mehr Thema der Hallenser Tagung. Einig waren sich die Akteure im Podium mit den Gästen im Vortragsraum der Gedenkstätte, dass angesichts der großen Zahl an Menschenrechtsverletzungen in vielen Ländern der Erde eine Rückbesinnung auf die europäischen Wurzeln der Menschenrechtsbewegung und das Engagement von Einzelnen und „Helsinki-Gruppen“ unter den Bedingungen der mittel- und osteuropäischen Diktaturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unbedingt nötig sei, um den heutigen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können. Oder wie es im Abschlussgespräch formuliert wurde: Freiheit ist heute der Exportschlager des „alten“ Europa!

## Anmerkungen

- 1 Alexander von Plato u. a., *Opposition als Lebensform: Dissidenz in der DDR, der ČSSR und Polen*, LIT Verlag Berlin 2013, S. 404.
- 2 *Friede und Gerechtigkeit heute. Das „Querfurter Papier“ – ein politisches Manifest für die Einhaltung der Menschenrechte in der DDR*, LStU, Sachbeiträge 22, Magdeburg 2002, S. 4.
- 3 Der vollständige Text ist in dem oben schon zitierten „LStU Sachbeiträgen“ Nr. 22 auf den Seiten 8 – 11 abgedruckt.
- 4 Vgl. <http://www.stasi-mediathek.de/medien/information-ueber-das-querfurter-papier-frieden-und-gerechtigkeit-heute/blatt/1/> [Stand vom 25.08.2017].



# Aus der Arbeit der Stiftung





„Letzte Adresse“ St. Petersburg: Gedenkzeichen für den Ingenieur Bronislav Ljudvigovič Beganskij, inhaftiert am 30. 04. 1937, hingerichtet am 25. August 1937, rehabilitiert 1957.

---

**„Ich wollte sie alle mit Namen nennen“  
Die Anfänge des sowjetischen GULag im Weißen Meer –  
Studienreise der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der  
SED-Diktatur im August 2017 nach Russland**

Edda Ahrberg, Kai Langer

„Ich wollte sie alle mit Namen nennen“. Diese Zeile ist dem Epilog zu Anna Achmatovas<sup>1</sup> Jahrhundertgedicht „Requiem“ entnommen, in dem die russische Schriftstellerin ihre traumatischen Erfahrungen in der Stalin-Ära verarbeitete. Die Worte sind auf einem von den Soloveckij-(Solovki-)Inseln stammenden Gedenkstein in St. Petersburg angebracht und erinnern an die unzähligen Todesopfer kommunistischer Gewaltherrschaft, in deren Verlauf in der Sowjetunion Massenverbrechen größten Ausmaßes begangen wurden.

Die diesjährige Studienreise der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur führte Leiter und Leiterinnen, Vertreter und Vertreterinnen von Museen, Gedenkstätten, Aufarbeitungs- und Forschungseinrichtungen, den Medien und der Politik vom 2. bis zum 10. August 2017 in den Nordosten der Russischen Föderation. Anlass für die Reise waren zwei einschneidende Ereignisse: 2017 jähren sich die Oktoberrevolution<sup>2</sup> zum 100. und der Beginn des „Großen Terrors“<sup>3</sup> 1937/38 unter der Herrschaft Iosif Stalins<sup>4</sup> zum 80. Mal. Den Opfern ihren Namen und damit ihre Würde wieder zu geben, dieses Bestreben begegnete uns während der gesamten Studienreise. Im Mittelpunkt standen historische Erinnerungsorte, Gedenkveranstaltungen und Ausstellungen, aber auch Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern staatlicher und nichtstaatlicher Einrichtungen, die sich mit der jüngeren Vergangenheit auseinandersetzen.

Das nordwestrussische Sankt Petersburg, bis 1991 Leningrad, war unsere erste Station. Als deutsche Delegation war es uns wichtig, die Beschäftigung mit dem Zweiten Weltkrieg nicht auszuklammern. Vom 8. September 1941 bis zum 27. Januar 1944 war die Stadt von der Wehrmacht belagert und angegriffen worden. Ziel der Einkesselung war die Brechung des Widerstandes durch Hunger. Heute geht die Wissenschaft von etwa 1,1 Millionen Blockadeopfern aus. Die Besichtigung des Blockademuseums war deshalb ein bedeutsamer Bestandteil des Programms. Der Mitarbeiter des Museums, der uns durch die Ausstellung führte, berichtete, dass der Schwerpunkt der Darstellung früher auf Leningrad als sowjetischer „Heldenstadt“ und dem siegreichen Kampf gegen die Deutschen gelegen habe. Die Opfer und ihre Leiden seien dabei entweder gar nicht oder nur am Rande erwähnt worden. In der offiziellen Erinnerungspolitik des heutigen Russlands sei das zwar immer noch so. In der Museumsarbeit stehe nunmehr aber die Tragödie der Stadt im Mittelpunkt. Die sachliche und fundierte Dokumentation räumt inzwischen auch die Versäumnisse der sowjetischen Politik zur Zeit der Blockade ein. Bereits am Vortag hatte uns der Besuch des monumentalen Piskarëvskoe-Gedenkfriedhofes, auf dem über 600.000 Blockade- und Kriegstote ruhen, einen eindrucksvollen Blick auf die Dimensionen des historischen Geschehens eröffnet.

Neben mehreren Geschichtsmuseen in St. Petersburg besuchten wir auch die örtliche Niederlassung der Menschenrechtsorganisation Memorial, die aufgrund eines international umstrittenen Gesetzes von 2012 unter behördlichem Druck steht. So wird die



1988 von Andrej Sacharov<sup>5</sup> gegründete Organisation gezwungen, sich selbst als „ausländischen Agenten“ zu etikettieren, weil sie Unterstützung aus dem Ausland, u. a. vom Europarat und der Heinrich-Böll-Stiftung, erhält. Seit zweieinhalb Jahren betreibt Memorial das Projekt „Letzte Adresse“, welches ähnlich den „Stolpersteinen“ in Deutschland die Wohnhäuser von Verfolgten mit einem einheitlich gestalteten Metall-Plättchen kennzeichnet.

Eine weitere Station bildete der Besuch der deutschen evangelisch-lutherischen St. Petri-Kirche in St. Petersburg, die 1937 enteignet, 1962 zu einem Schwimmbad umgebaut und 1993 der Gemeinde zurückgegeben worden war. Bei der Sanierung des Sakralbaus blieb das Untergeschoss mit den Resten des Schwimbeckens erhalten. 2007 schuf dort der ehemalige Vorkuta-Häftling Adam Schmidt (1921–2011) mehrere Wandgemälde, die die Stigmatisierung und Verfolgung gläubiger Menschen unter dem Sowjetregime eindrücklich illustrieren. Die letzten beiden Pfarrer der Gemeinde wurden 1938 hingerichtet und ihre Leichname vermutlich wie viele andere nach Levašovo, in den Norden der Stadt, geschafft. Der heutige Gedenkfriedhof Levašovo birgt nach Angaben Memorials die sterblichen Überreste von vermutlich rund 45.000 Menschen, die bis 1954 hier verscharrt wurden. Wie viele Menschen in dem ehemaligen „Spezialobjekt“ der Geheimpolizei tatsächlich vergraben wurden, weiß niemand.

Die Führung über den Friedhof übernahm der Historiker Anatolij Razumnov, der das Forschungsprojekt „Wiedergefundene Namen“ leitet. Ende der 1980er Jahre hatte er den Ort der Massengräber in einem umzäunten Waldstück entdeckt und sich für die Umwidmung des Geländes zu einem Gedenkfriedhof eingesetzt. Auf mehr als der Hälfte des elf Hektar großen Areals befinden sich Gräber, in denen die Gebeine von Kriegstoten, Blockadeopfern und Hingerichteten des „Großen Terrors“ ruhen. Die Ermittlung der Namen dauert an. Hinterbliebene können nur vermuten, dass es sich um die letzte Ruhestätte ihrer Angehörigen handelt, da die Erschießungsorte und Begräbnisstätten geheim gehalten wurden. Um einen Ort zur Trauer zu haben, errichteten sie inmitten weitgehend wild wachsender Bäume individuelle Denkzeichen. Aber auch nicht russischsprachige Denkmäler sind hier zu finden, so zum Beispiel für Esten, Ukrainer, Juden, Deutsche und Italiener. Am 18. Juli 1989 erkannte die Stadtverwaltung das Gelände offiziell als „Gedenkfriedhof für die Opfer politischer Repression“ an. Gegenüber



Individuelles Gedenkzeichen für Anton Vladimirovič Boron', Opfer des stalinistischen Terrors, an einem Baum auf dem Levašovo-Gedenkfriedhof.

dem Friedhof mahnt seit 1996 an der Straße eine Skulptur mit dem Titel „Moloch des Totalitarismus“.

Mit dem Zug verließen wir gegen Abend die Millionenstadt St. Petersburg und erreichten nach gut 600 km die karelische Kleinstadt Medvež'egorsk am Onega-See. Der Ort war 1915/16 als Bahnstation beim Bau der Murmanner Eisenbahn entstanden und diente später als Verwaltungszentrum beim Bau des Weißmeer-Ostseekanals. Dass unser Hotel ausgerechnet in der Dzeržinskij<sup>6</sup>-Straße lag, sei nur am Rande erwähnt. Wir waren dorthin gekommen, um einen weiteren Gedenkort aufzusuchen: Die Massengräber von Sandormoch. In einem stillen Kiefernwald zwischen Medvež'egorsk und der Siedlung Povenec waren im Juli 1997 von dem Historiker und Vorsitzenden von Memorial in Karelien, Jurij Dmitriev, sowie dessen Mitstreitern 150 Erdmulden mit menschlichen Überresten von tausenden Ermordeten gefunden worden.<sup>7</sup> Bei Sandormoch handelt es sich um einen Begräbnis- und Erschießungsort des NKVD<sup>8</sup>. Von Juli 1937 bis November 1938 verurteilten nach Befehl Nr. 00447 vom 30. Juli 1937 eingerichtete Troikas (Sekretär der KPdSU<sup>9</sup>, NKVD-Chef und Staatsanwalt) in Karelien 8.236 Menschen als



„antisowjetische Spione“ in Abwesenheit ohne die Möglichkeit einer Berufung. Von den Verurteilten wurden 7221 Menschen hingerichtet. Die Urteile hatten das Ziel, die Macht der Bol'sheviki in Karelien gegen Finnen, Karelern und andere Minderheiten zu sichern. Weitere Erschießungen fanden auf dem Friedhof zwischen dem 27. Oktober und dem 4. November 1937 statt. In dieser Zeit wurden hier und in Gefängnissen an anderen Orten die Todesurteile an 1.111 Häftlingen (nationale Eliten aus der Ukraine, Weißrussland und Tartastan, Wolga-Deutsche, Usbeken, Koreaner u. a.) vollstreckt.

Zur Zeit des Großen Terrors erhielten die Familien der Verhafteten lediglich die Auskunft, dass ihre Angehörigen zu zehn Jahren Haft ohne Schreiberlaubnis verurteilt worden waren. Die Erschießungsplätze unterlagen schon seit 1922 strikter Geheimhaltung, so auch Sandormoch. 1946 gab es erste Listen, in denen aber Todesursache und Todeszeitpunkt gefälscht waren. Erst seit Mitte der 1980er Jahre bekamen die Angehörigen genauere Informationen über die Schicksale der Erschossenen. Damit begann die Suche nach den Gräbern und Erschießungsorten. Die Hinterbliebenen bemühen sich seitdem um die Markierung des Ortes.

Vertreter der kommunistischen Partei halten bis heute dagegen an der Deutung fest, dass es sich bei den Toten in Karelien um Opfer der finnischen Okkupationsarmee aus den 1940er Jahren handelt. Hinterbliebene richteten auch am Gedenkort Sandormoch individuelle Denkmale für ihre Angehörigen ein, wenn sie vermuten, dass diese hier begraben liegen. Am 27. Oktober 1997 wurde hier die erste Gedenkveranstaltung durchgeführt und ein Gedenkstein von den Solovki-Inseln errichtet. Das Denkmal mit der Aufschrift „Menschen, tötet einander nicht“ und dem Relief „Erschießung mit dem Schutzengel“ am Eingang des Gedenkareals wurde auf Initiative Jurij Dmitrievs aufgestellt. Zwar ist das Relief inzwischen abgefallen, aber die Gedenkveranstaltung ist für ganz unterschiedliche Menschen und Interessengruppen – darunter Christen verschiedener Konfessionen, Juden, Muslimen und Angehörigen verschiedener Nationalitäten – zu einer Tradition geworden. Sie findet auf Anregung Memorials inzwischen jährlich am 5. August, dem Beginn des Großen Terrors 1937, statt.

Von Medvež'egorsk führte uns eine 300 km lange Busfahrt auf einer Schnellstraße nach Kem am Weißen Meer. Von dort brachte uns ein schon etwas älteres Schiff gemeinsam



Irina Flige, Leiterin von Memorial St. Petersburg, spricht zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einer Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof Sandormoch.

---

mit Pilgern, Mitgliedern von Memorial und Touristen auf die Hauptinsel der Solovki-Inseln zum dortigen Kloster. Je weiter man sich von der ehemaligen Hauptstadt Russlands entfernt, desto maroder wird die Infrastruktur. Gehwege brechen auseinander oder sind gar nicht vorhanden, die örtlichen Verkehrsmittel scheinen noch überwiegend aus sowjetischer Produktion zu stammen. Die nur 160 km südlich des Polarkreises gelegene Insel erschien uns ein wenig wie das Ende der bewohnten Welt. Das Solovki-Kloster mit seiner trutzigen Festungsanlage war und ist eines der wichtigsten Zentren der Russisch-Orthodoxen Kirche im Norden und hatte deshalb auch immer strategische Bedeutung. Seine markanten Mauern und Türme zieren auch den 500-Rubel-Schein. Um 1429 gab es erste Mönche auf der Insel, wenig später wurde das Kloster gegründet.

Bereits der Zar nutzte das Kloster als Gefängnis und Verbannungsort. 1920/21 wurde es geschlossen und von den Bol'sheviki 1923 als „Solovecker Lager zur besonderen Verwendung“ (SLON)<sup>10</sup> und als Musterlager des GULag<sup>11</sup> in Betrieb genommen. Ganz am Ursprung des gewaltig expandierenden sowjetischen Lagersystems stehend, in dem von 1930 bis 1953 zwischen zehn und 20 Millionen Menschen inhaftiert waren,<sup>12</sup>



bezeichnete es Aleksander Solčenyzin auch als „Mutter des Gulag“. Am 1. Juli 1923 kamen 150 Gefangene auf der weitgehend von der Außenwelt isolierten Insel an. Wenig später waren es schon ca. 4.000 Häftlinge, mit denen Unterbringungs-, Bewachungs- und Verpflegungsrichtlinien ausprobiert wurden, die in anderen Lagern Verwendung finden sollten. 1930 wurde das Lager in das System als Besserungsarbeitslager (Ziegelei, Torfmoor, Forst) eingegliedert. Zu dieser Zeit befanden sich rund 50.000 Häftlinge auf der Insel. 30.000 bis 40.000 Menschen sollen den Tod durch Erschießungen, Folter und Epidemien gefunden haben.<sup>13</sup>

Der Hintergrund für die Einweisung Hunderttausender in die Lager Kareliens war der Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals 1930/1931. Der Kanal, der St. Petersburg mit der Barentsee, verbindet, ist 227 km lang, aber reine Kanalkilometer gibt es nur 48. Der Rest sind natürliche Wasserflächen. Bis 1961 hieß er „Stalin-Kanal“ und wurde als eine der größten Errungenschaften der Sowjetunion gefeiert. Auf Weisung Stalins sollte seine Bauphase von September 1931 bis April 1933 im Rahmen des ersten Fünf-Jahr-Planes nur 20 Monate betragen und der Bau durch die Geheimpolizei OGPU<sup>14</sup> mit billigsten Mitteln organisiert werden. Er wurde auch pünktlich, aber unter großen Opfern fertig gestellt. Bis zu 500.000 Menschen sollen beim Bau der Wassermagistrale beschäftigt gewesen sein, 20.000 bis 50.000 Menschen sind dabei mindestens ums Leben gekommen. Meist waren es Häftlinge des „BelBaltLag“<sup>15</sup>, die nach dem Prinzip „Erziehung durch Arbeit“ eingesetzt wurden. Viele Spezialisten, die man für den Bau in der abgelegenen Region benötigte, wurden kurzerhand verhaftet, verschleppt und ausgebeutet. Die wirtschaftliche Bedeutung des Kanals war stets umstritten und ist seit dem Ende der Sowjetunion weiter gesunken.<sup>16</sup> Ungeachtet dessen erinnert die aufgrund ihres geringen Preises noch immer populäre Zigarettenmarke „Belomorkanal“ an das einst gefeierte Bauwerk.

Ab 1940 beherbergte die Insel ein Ausbildungslager und ab 1942 eine Kadettenschule der Nordflotte der Sowjetunion. Nach deren Abzug wurde die Insel auch aufgrund ihrer atemberaubend schönen Natur für touristische Zwecke geöffnet. Der während der Perestroika gedrehte Dokumentarfilm über das Gulag-System berichtete erstmals auch über das Lager auf den Solovki-Inseln.<sup>17</sup> Heute informiert dort ein in einer ehemaligen Lagerbaracke untergebrachtes Museum über die Geschichte des SLON, von



Jurij Brodskij berichtet von seinen Erkenntnissen über den Ablauf der Erschießungen auf dem Axtberg von Solovki.

---

dem Nichteingeweihte kaum noch Spuren auf der Insel entdecken. Einer der ersten, der sich systematisch mit deren Dokumentation beschäftigte, war der Regionalhistoriker und Fotograf Jurij Brodskij. Seit über 40 Jahren widmet er sich der Aufarbeitung der Geschichte des Lagers. Er führte unsere Gruppe auch zu einem der schrecklichsten Orte Solovkis: zum Sekirnaja Gora, dem Axtberg. Dort befindet sich eine Kapelle, die in der Lagerzeit als „Isolator“ genutzt wurde. Ein „Spion“ in der Tür zum Innenraum erinnert noch heute daran. Vor der Kapelle haben Massenerschießungen stattgefunden. Die Leichen wurden unterhalb der Kapelle verscharrt und erst vor einigen Jahren gefunden. Eine kleine Open-Air-Ausstellung informiert darüber. Die Gräber sind als solche markiert und die dort stehenden Kerzen zeigen, dass der Ort auch besucht wird.

An der „Allee des Gedenkens“, die sich auf dem Gelände eines früheren Friedhofs befindet, auf dem auch Erschießungen vorgenommen wurden, fand 1989 der erste Gedenktag der früheren Gulag-Insel mit ehemaligen Häftlingen und deren Kindern statt. Seit 1989 erinnert dort ein Gedenkstein an die Opfer. Wegen der Bedeutung der Insel als „Musterlager“ wurden ähnliche Steine von der Insel in andere Regionen der Sowjet-



union gebracht, so zum Beispiel, wie anfangs berichtet, nach St. Petersburg, aber auch nach Sandormoch und Moskau. Während der Gedenkveranstaltung am 6. August in einem kleineren Teilnehmerkreis sprach auch Rainer Eppelmann, der Vorstandsvorsitzende der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, und die deutsche Gruppe legte Blumen nieder.

Bei Gesprächen mit den verschiedenen Protagonisten der Aufarbeitung auf Solovki, wie Jurij Brodskij, den „unabhängigen Reiseführern“, den Mitgliedern von Memorial oder der stellvertretenden Museumsleiterin (ein Gespräch mit Vertretern des Klosters wurde leider abgelehnt), stellten wir fest, dass sie die Vergangenheit aus sehr unterschiedlichen Perspektiven betrachten. Strittig ist dabei insbesondere die Bewertung der Rolle von Angehörigen der Russisch-Orthodoxen Kirche in der Zeit des politischen Terrors gegen die sowjetische Bevölkerung. Zwischen den einzelnen Protagonisten scheint es kaum Gemeinsamkeiten und fast keine Zusammenarbeit zu geben. Immer wieder hörten wir im Verlauf der Reise, dass sich der politische Umgang mit der Geschichte in den letzten Jahrzehnten mehrfach gewandelt habe. Hatte die Gorbatschow-Ära<sup>18</sup> nach Jahrzehnten des Schweigens für einen „Wahrheitsrausch“ gesorgt und die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus befördert, stellt die derzeitige Staatsideologie wieder die Größe Russlands und seine historischen Siege über äußere Feinde in den Mittelpunkt ihrer Geschichtsbetrachtung.

Die Oktoberrevolution spielt im postsowjetischen Russland allenfalls eine untergeordnete Rolle.<sup>19</sup> So entstand aus dem ehemaligen Revolutionsmuseum in St. Petersburg, das wir im Rahmen unserer Reise ebenfalls besuchten, das heutige „Museum der politischen Geschichte Russlands“. Im Zentrum des offiziellen Geschichtskanons steht zweifellos der Sieg der Sowjetunion im „Großen Vaterländischen Krieg“<sup>20</sup> 1945. Sinngemäß bedeutet dies (frei nach Irina Flige, Leiterin von Memorial St. Petersburg): „Unser Volk hat geduldig alle Schwierigkeiten überlebt. Um die Opfer tut es uns leid, man muss ihrer gedenken. Aber dafür haben wir gesiegt, so manches wurde aufgebaut und einiges erreicht.“ Nach diesem Verständnis bleiben jedoch die Täter und ihre Verbrechen von der Aufarbeitung ausgespart. Diejenigen, die sich dem Thema dennoch widmen, werden als „Nestbeschmutzer“ betrachtet und sehen sich mit vielerlei Problemen konfrontiert. Auf unserer Russlandreise konnten wir sehen, dass es immer wieder Menschen gibt,

die trotzdem nicht aufgeben. Durch ihre unermüdliche Arbeit legen Sie die verschüttete Vergangenheit frei, geben den Opfern ihre Identitäten zurück und sorgen auf diese Weise für Klarheit und Aufklärung. Dieses Engagement kann nicht hoch genug gewürdigt werden. In diesem Sinne ist zu hoffen, dass der Besuch der deutschen Gruppe die lokalen Initiativen in ihrer Arbeit bestärkt und unterstützt hat.

## Anmerkungen

- 1 Anna Andreevna Achmatova (1889 – 1966) war trotz eines fast zwei Jahrzehnte bestehenden Publikationsverbotes eine populäre russische Dichterin und Schriftstellerin, die in vielen ihrer Texte die Schrecken des politischen Terrors in der Sowjetunion thematisierte.
- 2 Als Oktoberrevolution wird die Machtübernahme der russischen Bol'sheviki am 7. November 1917 (nach dem heute allgemein gültigen Gregorianischen Kalender am 27. Oktober) bezeichnet, mit der die aus der Februarrevolution hervorgegangene Doppelherrschaft aus sozial-liberaler Übergangsregierung und den von den Bol'sheviki dominierten Arbeiter- und Soldatenräten gewaltsam beendet wurde. Die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ avancierte später zum Gründungsmythos der Sowjetunion.
- 3 Als „Großer Terror“ wird eine Verfolgungsperiode in der sowjetischen Geschichte zwischen dem 05. 08. 1937 und 15. 11. 1938 bezeichnet, die nach Angaben des Museums für die politische Geschichte Russlands St. Petersburg über 1,7 Millionen Opfer forderte; rund 700.000 wurden hingerichtet, alle anderen in Lagern oder Gefängnissen inhaftiert.
- 4 Iosif Vissarionovič Stalin – eigentlich Džugašvili (1878 – 1953), war von 1922 – 1953 Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, ab 1946 Vorsitzender des Ministerrates der Sowjetunion und von 1941 – 1945 Oberbefehlshaber der Roten Armee.
- 5 Andrej Dmitrievič Sacharov (1921 – 1989), war ein sowjetischer Physiker, Dissident und Friedensnobelpreisträger.
- 6 Feliks Edmundovič Dzeržinskij (1877 – 1926), war Organisator und erster Leiter der Geheimpolizei Sowjetrusslands, der Tscheka.
- 7 Seit dem 13. Dezember 2016 ist Jurij Dmitriev inhaftiert. Am 1. Juni 2017 hat der Prozess gegen den Wissenschaftler begonnen.
- 8 NKVD – Narodnij kommissariat vnutrennich del, dt.: Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten. Offizielle Bezeichnung des sowjetischen Innenministeriums, die von 1934 – 1946 gebräuchlich war.
- 9 Dt. Abkürzung für Kommunistische Partei der Sowjetunion.
- 10 SLON – Soloveckij Lager' Osobogo Naznačenija, dt.: Solovecker Lager zur besonderen Verwendung.



- 11 GULag – Glavnoe upravlenie ispravitel'no-trudovych lagerej i kolonij, dt.: Hauptverwaltung der Arbeitslager und -kolonien. Im allgemeinen Sprachgebrauch, so auch hier, dient das Kürzel zur Bezeichnung des gesamten sowjetischen Zwangsarbeitersystems.
- 12 Siehe Bonwetsch, Bernd: Gulag. Willkür und Massenverbrechen in der Sowjetunion 1917–1953. Einführung und Dokumente, in: Landau, Julia / Scherbakowa, Irina (Hrsg.): Gulag. Texte und Dokumente 1929–1956, Göttingen 2014, S. 30-49, hier: S. 36.
- 13 Siehe dazu u. a. S.L.O.N. Solovki Camp and Prison in 1923–1939. History. Documentation. Executioners. Victims, englischsprachige Publikation, bearbeitet von A. Jakoblova, hrsg. vom Solovecker Kloster, o. O., o. J.
- 14 OGPU – Ob“edinënnoe gosudarstvennoe političeskoe upravlenie, dt.: Vereinigte staatliche politische Verwaltung. Offizielle Bezeichnung der politischen Geheimpolizei von 1923–1934.
- 15 BelBaltLag – Belomorsko-Baltiskij ispravitel'no-trudovoi lager', dt: Weißmeer-Ostsee-Besserungsarbeitslager.
- 16 Vgl. dazu Makhotina, Ekaterina: Stolzes Gedenken und traumatisches Erinnern. Gedächtnisorte der Stalinzeit am Weißmerkanal, Frankfurt am Main 2013, S. 33–116.
- 17 Vlast' Soloveckaja (engl.: Solovki Power), Dokumentarfilm von Marina Golovodskaja, Sowjetunion 1988.
- 18 Michail Sergeevič Gorbačëv (geb. 1931) war von 1985 bis 1991 Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und 1990/91 Staatspräsident der Sowjetunion. Mit Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umbau) setzte er neue Akzente in der sowjetischen Politik.
- 19 Vgl. de Kegel, Sabine: Abschied vom sowjetischen Gründungsmythos – Die Oktoberrevolution im Vergangenheitsdiskurs des spät- und postsowjetischen Russland, in: Faulenbach, Bernd / Jelic, Franz-Josef (Hrsg.): „Transformationen“ der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989, Essen 2006, S. 227–252.
- 20 Der Deutsch-Sowjetische Krieg begann als Teil des Zweiten Weltkriegs mit dem Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und wurde dort als „Großer Vaterländischer Krieg“ bezeichnet, der mit der Kapitulation der Wehrmacht am 8./9. 5. 1945 endete.



Gruppenbild vor dem Brandenburger Tor in Berlin.

---

## „Reise der Erinnerung“ – Ein Tagebuch

Femke Opper

Vom 2. bis zum 8. April 2017 fand erstmals die „Reise der Erinnerung“ statt, in deren Verlauf deutsche und französische Schülerinnen und Schüler gemeinsam Orte nationalsozialistischer Verbrechen in Deutschland und Polen besuchten. Diese Reise war ein Projekt im Rahmen der Zusammenarbeit des Landes Sachsen-Anhalt mit der französischen Partnerregion Centre-Val de Loire. Ermöglicht wurde die gemeinsame Reise durch das Ministerium für Bildung Sachsen-Anhalt, die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und die Region Centre - Val de Loire. Auch die Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg war zeitweilig an der Planung und Durchführung beteiligt. Aus dem Kreis der Schulen in Sachsen-Anhalt nahmen das Walter-Gropius-Gymnasium Dessau, das Dr.-Carl-Hermann-Gymnasium Schönebeck und das Hegel-Gymnasium Magdeburg teil. Zusammen mit den französischen Schülerinnen und



Schülern sowie deren Lehrerinnen und Lehrern waren 55 Menschen unterschiedlichen Alters eine Woche lang gemeinsam unterwegs. Als FSJlerin der Gedenkstätte Bernburg bot sich mir die Möglichkeit zur Teilnahme an dieser Reise. Meine Eindrücke habe ich in einem kleinen Reisetagebuch zusammengefasst. Die Beiträge sind bereits auf der Facebookseite der Gedenkstätte veröffentlicht worden; nun sollen sie auch in leicht überarbeiteter Form zum Nachlesen erscheinen. Die Reise wurde von den Teilnehmern als gelungen empfunden. Trotz sprachlicher Probleme ist die Gruppe in kürzester Zeit zusammengewachsen. Das Reiseprogramm hat uns an beeindruckende Orte geführt. Viel Gesehenes, Gesagtes und Gehörtes ist auch heute noch in unseren Köpfen und wird uns wohl noch eine Weile begleiten.

## **Tag 1 – Bernburg**

Die „Reise der Erinnerung“ begann in der Gedenkstätte Bernburg. Es war ein aufregender Tag, der Start war allerdings etwas holprig. Aufgrund eines Staus auf der Autobahn geriet unser Zeitplan schon zu Beginn ins Wanken. Nur mit Verspätung schafften es alle Teilnehmenden in die Gedenkstätte. Nach einer kurzen Vorstellung der einzelnen Schulen begann das Programm in der Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ in Bernburg. In intensiven drei Stunden erhielten die Schülerinnen und Schüler Einblicke in die Anfänge der deutschen „Rassenhygiene“, Gesundheits- und Rassenpolitik im Nationalsozialismus und die Arbeit der Tötungsanstalt Bernburg. Ein wesentlicher Schwerpunkt lag heute auf den Verbindungen und dem Zusammenhang zwischen der einstigen Tötungsanstalt Bernburg und den Vernichtungslagern des Nationalsozialismus, denn ein weiterer Halt auf unserer „Reise der Erinnerung“ wird das Vernichtungslager Treblinka in Polen sein. Zum Abschluss des Besuchs hatten Schülerinnen und Schüler des Walter Gropius Gymnasiums in Dessau eine Gedenkfeier vorbereitet.

## **Tag 2 – Berlin**

Am nächsten Morgen brachen wir nach einem kurzen Frühstück in Bernburg in Richtung Berlin auf, wo unter anderem Besuche im jüdischen Museum und in der Topographie des Terrors geplant waren. Ein erster Halt in Berlin fand am Brandenburger Tor statt. Da durfte natürlich auch das erste Gruppenfoto nicht fehlen. Es war gar nicht so einfach 55 Menschen auf ein Foto zu bekommen ...



Am Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas. Ein ruhiger Ort zum Gedenken und Erinnern.

---

Vom Brandenburger Tor ging es weiter zum Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma unweit des Trubels am Pariser Platz. Das Denkmal ist ein Ort der Ruhe, des Lernens und des Erinnerns. Wie oft auf dieser Reise blieb uns leider nicht viel Zeit, um diesen besonderen Platz ausreichend zu erforschen, denn ein Termin für den Besuch des Deutschen Bundestages wartete auf uns. Aus der gläsernen Kuppel, die über dem Plenarsaal zu schweben scheint, bot sich uns ein Blick auf die deutsche Hauptstadt, deren wechselhafte Geschichte wir auf unserer Reise zumindest in Teilen erkunden wollten.

Den Nachmittag verbrachten wir im Jüdischen Museum. Wieder waren wir uns alle einig: Wir hätten mehr Zeit gebraucht, denn es ist das größte Museum zu diesem Thema in Europa. Es gibt einen Überblick über 1700 Jahre jüdischer Geschichte in Deutschland mit seinen Höhepunkten und dunkelsten Stunden. Wir müssen wohl nochmal herkommen! Aber die ersten Eindrücke des Museums nahmen wir gerne mit. Mit nachdenklichen Gesprächen und langen Diskussionen ging der Tag in unserem Quartier zu Ende. Bis in die Nacht wurde musiziert, gesungen, geredet und gelacht.





Das Denkmal für die Deportierten des Warschauer Ghettos auf dem ehemaligen Umschlagsplatz. Von hier fuhren die Züge in die Vernichtungslager.

---

### **Tag 3 – Berlin**

Am Morgen besuchten wir die Stiftung Topographie des Terrors an der Niederkirchnerstraße. Das ist ein wirklich eindrückliches Gelände mit einer Ausstellung zur Dokumentation und Aufarbeitung des Terrors in der Zeit des Nationalsozialismus. Schwerpunkt des Erinnerungsortes, an dem sich das Hauptquartier der Geheimen Staatspolizei befand, ist die Rolle von SS, SD und Polizei. Besonders die Fotos in der Ausstellung haben uns bewegt und waren auch nach dem Besuch Gesprächsthema. Auf der Stadtrundfahrt, die im Anschluss stattfand, wurde uns bewusst, dass die sich die Zentrale des Terrorsystems im Herzen der Stadt befand. Ein fantastischer Tourguide erklärte uns auf Deutsch und Französisch die Stadt, was in einem schwankenden Bus mit 55 Schülern und Schülerinnen und deren Lehrkräften in einer Großstadt wie Berlin gar nicht so einfach ist. Ich jedenfalls hatte auf der Stadtrundfahrt eine gute Zeit. Den Nachmittag ließen wir dann auf individuelle Art und Weise ausklingen. Es mussten noch einige Vorbereitungen für die lange Busfahrt nach Polen am nächsten Tag getroffen werden. Die Stimmung in der Gruppe war trotz schwerem Thema und schwierigen Bildern in der Topographie des Terrors gut. Es verging kein Tag ohne gemeinsames Singen. Am Abend

dieses dritten Tages wurde auf dem Hof der Jugendherberge getanzt. Wir genossen die gemeinsame Zeit und erwarteten neue Eindrücke, die wir auf der Fahrt nach Polen sammeln würden.

## **Tag 4 – Irgendwo in Deutschland und Polen**

Den vierten Tag verbrachten wir hauptsächlich im Reisebus. Die siebenstündige Fahrt führte uns von Berlin nach Warschau. Lediglich den Abend verbrachten wir außerhalb des Buses. Vielleicht war auch gerade dieser Abend ein kleines Highlight auf unserer Reise, denn es kam zu einem überraschenden Zusammentreffen mit fünf polnischen Jugendlichen. Sie erklärten sich dankenswerter Weise bereit, uns abends noch ein wenig die Stadt zu zeigen und uns zu den Resten der Mauer des Warschauer Ghettos zu begleiten. So wurde aus einem bilateralen, deutsch-französischen Projekt kurzerhand ein trilateraler Abend mit neuen Freundinnen und Freunden. Den Abschluss des Abends bildete eine Gedenkfeier, die von Schülerinnen des Gymnasiums in Schönebeck organisiert wurde.

## **Tag 5 – Warschau und Treblinka**

Der fünfte Reisetag war wohl einer der intensivsten der gesamten Reise. Das Vormittagsprogramm schloss sich thematisch an den Vorabend an. Wir unternahmen in der Warschauer Altstadt eine Spurensuch im Gebiet des ehemaligen, jüdischen Ghettos. Während des Rundganges besuchten wir auch das Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos. Hier kniete am 7. Dezember 1970 Bundeskanzler Willy Brandt in einer Geste der Demut angesichts deutscher Schuld nieder. Anschließend gingen wir weiter zum sogenannten Umschlagplatz. Von diesem Platz vor einem ehemaligen Bahnhof wurden etwa 265.000 Bewohnerinnen und Bewohner des Ghettos zumeist in die Gaskammern des Vernichtungslagers Treblinka deportiert. Heute erinnert ein Mahnmal an die Schicksale dieser Personen. Dieser, wenn auch nur kurze Spaziergang, half uns die Dimensionen des Warschauer Ghettos besser zu verstehen. Zwar hatten wir am Abend vorher schon eine Karte gesehen, aber erst durch das Laufen wurde die unvorstellbare Größe erfahrbar.

Als zweiter Programmpunkt des Morgens stand ein Besuch im Museum POLIN an. Das Museum zeigt in aufwendig gestalteten Räumen die Geschichte der polnischen





Die nachgebauten Bahnschwellen symbolisieren den Verlauf der Gleise in einem Wäldchen beim ehemaligen Vernichtungslager Treblinka.

---

Jüdinnen und Juden. Wie immer hatten wir auch hier viel zu wenig Zeit, aber der ganzen Gruppe gefiel es hier sehr gut. Wer die Chance und ausreichend Zeit hat, sollte dieses Museum unbedingt besuchen. Am Nachmittag brachen wir nach Treblinka auf, um uns das ehemalige Vernichtungslager Treblinka II anzusehen. Und da standen wir nun. An einem grauen kalten Regentag an einem verlassenem Ort. Außer unserer Reisegruppe waren kaum Menschen zu sehen. Die Verlassenheit und Leere lastete schwer auf uns. Zunächst gingen wir in das Museum, in dem eine kleine Ausstellung über das Vernichtungslager informiert. Auch wir erhielten dort eine kleine Einführung, ehe wir uns auf den Weg zum Mahnmal machten. Uns alle hat dieser Ort sehr bewegt und im Innersten getroffen.

Unser Besuch endete mit einer Gedenkzeremonie, die von der französischen Gruppe vorbereitet worden war. Ohne viele Worte legten wir Blumen zum Zeichen des Gedenkens nieder. Durchgefroren und nachdenklich machten wir uns wieder auf den Weg Richtung Warschau. In den nächsten Stunden versuchten alle, das Gesehene emotional zu verarbeiten. Es wurde eine stille Reise.

## **Tag 6 – Irgendwo zwischen Polen und Deutschland**

Bevor wir die Heimreise nach Magdeburg antraten, besuchten wir noch den jüdischen Friedhof in Warschau. Auf einer Fläche von 33 Hektar befinden sich etwa 200.000 Gräber mit Grabsteinen aus zwei Jahrhunderten. Er ist einer der größten jüdischen Friedhöfe in Europa. Hier sind aber auch Ermordete des Warschauer Ghettos und Opfer des Ghettoaufstandes im Jahre 1943 in Massengräbern beerdigt worden. Es ist ein faszinierender Ort. Für einige unserer Schülerinnen und Schüler war es der erste Besuch auf einem jüdischen Friedhof. Sie verglichen christliche mit jüdischen Friedhöfen und sprachen miteinander über Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Nach einer kurzen Einführung in die Bestattungsbräuche des Judentums hatten wir etwas Zeit, um den Friedhof zu erkunden. Gleich im Anschluss fuhren wir zurück nach Magdeburg. Nach zehnstündiger Fahrt konnten sich einige schon über ihr eigenes Bett freuen, während ein Teil der Teilnehmenden in der Jugendherberge übernachtete. Am nächsten Morgen sollte die ganze Gruppe noch einmal zusammen kommen.





Die schwarzen Flächen zeigen die Lage und das Ausmaß der „Verbrennungsroste“. Auf Rosten aus Eisenbahnschienen waren Leichen im einstigen Vernichtungslager verbrannt worden. Besuchende haben Steine zum Zeichen des Gedenkens niedergelegt.

---

## **Tag 7 – Magdeburg-Moritzplatz**

Am Morgen traf sich die ganze Gruppe ein letztes Mal. Ort unserer Zusammenkunft war eine Gedenkstätte, die wie die Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ in Bernburg zur Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt gehört. In der ehemaligen Untersuchungsanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in der Umfassungsstraße wurden bis 1989 politische Gefangene inhaftiert. Sie wurden für ihre politischen Überzeugungen, ihren individuellen Lebensstil oder auch ihren Wunsch, aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland auszureisen, kriminalisiert. Wie an den Gedenk- und Erinnerungsorten zuvor fand auch hier eine Gedenkfeier statt, diesmal organisiert von Schülerinnen des Hegel-Gymnasiums Magdeburg. Die Schülerinnen erzählten unter anderem die Lebensgeschichte eines politisch Verfolgten, der im Gefängnis am Moritzplatz inhaftiert wurde. Auf diese Weise wurden der Ort und die Schicksale, die mit ihm verknüpft sind, greifbar und spürbar.

Das Ende der „Reise der Erinnerung“ bildete eine kleine offizielle Abschlussveranstaltung. Dort sprachen unter anderem Frau Habisch von der Landeszentrale für politische

Bildung Sachsen-Anhalt und Herr Dorl als Vertreter des Ministeriums für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt. Zwei Schülerinnen schilderten auf Deutsch und auf Französisch sehr anschaulich ihre Erlebnisse während der Reise. Ihr Appell war klar: Alle Schülerinnen und Schüler sollten die Chance für so eine Reise bekommen. Gleiches wünschten sich auch die Lehrerinnen und Lehrer, die natürlich auch zu Wort kommen durften. Alles in Allem war es eine sehr gelungene Reise, die ich gerne für die Gedenkstätte begleitet habe. Auch ich hoffe, dass in den nächsten Jahren mehr Schülerinnen und Schülern eine Reise wie diese ermöglicht wird.



## **Zur Lehramtsausbildung: Das Außerunterrichtliche Pädagogische Praktikum (AuPP) für Lehramtsstudierende in der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt<sup>1</sup>**

Stefan Henze

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt ermöglicht vielfältige Formen von Praktika zur Berufsausbildung<sup>2</sup> oder Berufsvorbereitung, letztgenanntes z. B. für Abiturienten zur Berufsorientierung und für FSJ-Dienstleistende im Bereich Kultur. Im Frühjahr 2017 hatte die Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg für die Stiftung erstmals eine Praktikumsstelle für das Außerunterrichtliche Pädagogische Praktikum (AuPP) für Lehramtsstudierende eingerichtet. Dieser Beitrag soll das Praktikum am Beispiel der Gedenkstätte vorstellen und als Impuls für Lehramtsstudierende dienen, sich für diese Art des Praktikums bei den Gedenkstätten der Stiftung zu bewerben. In diesem Zusammenhang ist die jeweils gültige Praktikumsordnung zu beachten. So müssen Lehramtsstudierende an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg während ihres Studiums mehrere Pflicht-Praktika ablegen. Die bekanntesten sind die schulischen Praktika.<sup>3</sup> Seit dem Wintersemester 2007/08 müssen alle Lehramtsstudierende auch außerunterrichtlich pädagogische Erfahrungen im Umfang von mindestens 80 Stunden in einer Einrichtung nachweisen, die sich im weitesten Sinne der Kinder- und Jugendarbeit widmen.<sup>4</sup> Das Praktikum dient der Lehramtsausbildung und soll bewusst soziale und berufliche Aktionsfelder berühren, die im Kontext zur Schule und zur zukünftigen Berufsausübung in der Schule stehen.<sup>5</sup>

Die Gedenkstättenpädagogik gehört zum Tätigkeitsfeld „Kulturelle Bildung“. Lehramtsstudierende können mit diesem Praktikum außerschulische Lernorte aus der Innenperspektive kennen lernen. Außerschulische Lernorte, wie Museen und Gedenkstätten, gewinnen für immer mehr Fachdidaktiken und für die Unterrichtsgestaltung an Bedeutung.<sup>6</sup> In den Bildungsplänen und den Leitlinien zu den Lehrplänen der Bundesländer gehört die Öffnung der Schule für außerschulische Lernorte zu einer neuen Lehr- und Lernkultur, die die Lebensumwelt einbeziehen und die Eigenverantwortlichkeit stärken soll.<sup>7</sup> Studien der empirischen Bildungsforschung bestätigen ebenfalls die Erfahrungen

der pädagogischen Praxis, dass sich die intrinsische Lernmotivation, die Schulleistungen und die Kompetenzen bei Lernenden durch Realbegegnungen verbessern.<sup>8</sup>

## **Praktikumsfelder**

Die Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg befindet sich im Fachklinikum für Psychiatrie in der Stadt Bernburg an der Saale. Das Fachklinikum für Psychiatrie behandelt und betreut Patienten im Kindes-, Jugend- und Erwachsenenalter. Hinzu kommt die Gerontopsychiatrie. Patienten der verschiedenen Kliniken sind auch Besucher der Gedenkstätte. Im Rahmen eines Praktikums ist es möglich, alle Bereiche der Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ in Bernburg kennenzulernen. Der größte Arbeitsbereich ist die pädagogische und konservatorische Arbeit. Die Gedenkstätte ist Gedenkort und Museum für die Opfer der NS-„Euthanasie“. Sie ist Bildungseinrichtung und Begegnungsort zur historischen und politischen Bildung und wendet sich damit an alle Interessierten. Einige ihrer Veranstaltungen dienen der Berufsorientierung und der Berufsvorbereitung sowie der Aus- und Weiterbildung der sozialen, pädagogischen, pflegerischen und medizinischen Berufe.<sup>9</sup> Ein weiterer Arbeitsbereich ist die wissenschaftliche Arbeit der Gedenkstätte. So ist sie auch Forschungs- und Beratungsstelle, insbesondere zu medizinhistorischen Fragen der NS-Zeit. Die pädagogische, konservatorische und wissenschaftliche Arbeit ist immer auch begleitet von der Verwaltungsarbeit der Gedenkstätte bzw. der Stiftung. Deshalb stellen die Themen Haushalt, Finanzen und Veranstaltungen einen dritten Arbeitsbereich der Gedenkstätte dar. Zur Verwaltung gehört auch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Gedenkstätte.

## **Die Besonderheit der Gedenkstätte als Praktikumsort**

Aus Sicht der Lehramtsstudierenden sind im Besonderen die Schulklassen der allgemein- und berufsbildenden Schulen von Interesse.<sup>10</sup> Die allgemeinbildenden Schulen besuchen die Gedenkstätte oft im Rahmen des Geschichts-, Sozialkunde-, Ethik/Philosophie- und Religionsunterrichts. Ähnlich die berufsbildenden Schulen, bei denen die Fächer oder Lernfelder Geschichte der Pflege, Medizin- und Pflege-Ethik, Medizin- und Pflege-Pädagogik und Medizin- und Pflege-Psychologie heißen. Die Patienten der Kinder- und Jugendpsychiatrie und die Patienten der geschlossenen Psychiatrie (Jugendliche und junge Erwachsene) besuchen auch die Gedenkstätte. Die Besucher aus den FSJ- und BFD-Diensten und die Erwachsenen aus der Weiterbildung der Gesund-



heits- und Pflegeberufe tragen Fragen und Ansichten in die Gedenkstätte, die auch für die Fachdidaktik und die Bildungsforschung der Sekundarstufen der Schule von Interesse sind.<sup>11</sup> Eine Beobachtung, die immer wieder gemacht werden kann, ist der individuelle Blickwinkel, aus dem die unterschiedlichen Besuchergruppen die Themen der Gedenkstätte betrachten und deshalb jeweils verschiedene Schwerpunkte setzen. Die Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen gehen vor allem analytischen, historischen und ethischen Fragen nach. Berufsschüler fokussieren Fragen zur Berufsprofessionalität und sind schockiert, dass diese Geschichte auch Teil der Geschichte ihres Berufes ist. Die Patienten, die die Gedenkstätte besuchen, nehmen wiederum deutlich wahr, dass die Opfer der NS-„Euthanasie“ auch Patienten dieses Klinikums gewesen sind. Aus diesem Grund sprechen sie oft das Thema Patientenrechte an.

## **Voraussetzungen und Nutzen**

Grundsätzlich ist das Praktikum für Lehramtsstudierende aller Schulformen geeignet. Eine besondere Eignung besteht für Lehramtsstudierende mit den o. g. Unterrichtsfächern der Sekundarstufen sowie den Studien- und Interessenschwerpunkten Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Medizingeschichte, Medizinethik, Pflegeethik, Bioethik. Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und die Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ in Bernburg möchten durch die Beschäftigung von Praktikanten Erfahrungen und Erkenntnisse aus der praktischen Arbeit in die Lehramtsausbildung einfließen lassen. Die Mitarbeiterinnen verfügen dabei über einen großen praktischen und pädagogischen Erfahrungs- und Datenschatz, der für die empirische Bildungsforschung bisher kaum erschlossen wurde. Die Mitarbeiterinnen sind in der Lage, das Praktikum dem Praktikumsauftrag des Praktikanten oder der Praktikantin entsprechend einzurichten und dabei die Interessen und Voraussetzungen der jeweiligen Person zu berücksichtigen.

## **Ausblick**

Die Gedenkstättenpädagogik und die Arbeit mit Praktikanten wird von den Mitarbeitern zum einen als wichtiger Teil der Erinnerungskultur betrachtet, zumal es immer weniger Zeitzeugen gibt, die Auskunft geben können. Zum anderen sollen vor dem historischen Hintergrund aktuelle, gesellschaftliche Entwicklungen, Kontroversen und Diskurse thematisiert werden. Denn bis heute ist das Thema Mord an Kranken und Pflegebedürftigen

mit einem Tabu belegt.<sup>12</sup> Im Rahmen der Gedenkstättenarbeit wird die aktuelle Diskussion über Themen wie Sterbehilfe, alternde Gesellschaft und die Vorstellungen von „Gesundheit“ und „Krankheit“ beobachtet, da diese Diskussionen die Einstellungen und Vorurteile in den verschiedenen Altersgruppen der Bevölkerung beeinflussen.<sup>13</sup> Viele Fragen ergeben sich daraus: Kann das Recht auf Selbstbestimmung in jedem Alter, in jeder sozialen Lage, auch bei Krankheit, gewahrt bleiben? Was heißt „Normal-Sein“ oder „Behindert-Sein“? Wie will man selbst ärztlich, therapeutisch, pflegerisch behandelt werden? Verschwindet das „Behindert-Sein“ mit der Präimplantationsdiagnostik aus dem Gesellschaftsbild? Führt das Reden von „Human Enhancement“, der Optimierung des Menschen, zu einer neuen Eugenik?<sup>14</sup> Mit diesen lebensweltlichen Fragen finden die Mitarbeiterinnen fast immer Zugang zu den verschiedenen Besuchern der Gedenkstätte und können damit auch die heutige Relevanz einer historischen Aufarbeitung und der Gedenkstätte zeigen. Diese Fragen gehen allerdings alle an und nicht nur Lehramtsstudierende und -lehrende.<sup>15</sup>

## Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag ist aus dem Abschlussgespräch mit den pädagogischen Betreuerinnen des Praktikums, Frau Dr. Ute Hoffmann und Frau Magistra Judith Gebauer, entstanden.
- 2 Z.B. für Studenten der Diplom-, Magister-, BA-, Masterstudenten der geistes-, sozial- und erziehungswissenschaftlichen Studiengänge und Berufe.
- 3 Schulisches Orientierungspraktikum, Schulpraktische Übungen (SPÜ) und zwei Blockpraktika (SPI u. SPII).
- 4 Vgl. Martin-Luther-Universität Halle: Praktikumsordnung, online unter <http://www.zlb.uni-halle.de/studium/praktika/aupp/> [Stand vom 01.07.2017].
- 5 Vgl. Ebenda. Die Praktikumsordnungen für Lehramtsstudenten in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland bezeichnen dieses Praktikum auch als „Sozial-Praktikum“.
- 6 Härting, Jennifer: Lernort Naturkundemuseum? Motivationale und qualitative Aspekte einer Führung. in: Bildungsforschung 2020. Zwischen wissenschaftlicher Exzellenz und gesellschaftlicher Verantwortung, hg. von Bundesministerium für Bildung und Forschung, 1. Auflage, Bielefeld 2016.; Vgl. Herrle, Sabine: „Gedenkstätten sind wichtig, aber sie müssen auch wahrgenommen werden“. in: EU 1/2007, S. 45 – 48.; Tiedemann, Markus: Außerschulische Lernorte im Philosophie- und Ethikunterricht. in: ZDPE 1/2013, S. 3 – 10.
- 7 Vgl. Herrle, „Gedenkstätten sind wichtig, aber sie müssen auch wahrgenommen werden“, in: EU 1/2007,



- S. 45.; Vgl. Pampel, Bert (Hrsg.): Erschrecken – Mitgefühl – Distanz. Empirische Befunde über Schülerinnen und Schüler in Gedenkstätten und zeitgeschichtlichen Ausstellungen, 1. Aufl., Leipzig 2011.; Vgl. Tiedemann, Markus: Außerschulische Lernorte im Philosophie- und Ethikunterricht, in: ZDPE 1/2013, S. 3.
- 8 Härtling, Lernort Naturkundemuseum?.; Pampel, Erschrecken – Mitgefühl – Distanz.; Tiedemann, Außerschulische Lernorte im Philosophie- und Ethikunterricht, in: ZDPE 1/2013. Die empirische Erforschung der Bildungsqualität von außerschulischen Lernorten befindet sich aber erst am Anfang. Dazu auch: Peter, Hartmut Rüdiger: Gedenkstätten in Mitteldeutschland als Lernorte. Befunde aus einem Seminar mit Lehramts- und Masterstudierenden, in: *Erinnern!* 1/2016, S. 51–66.; Zumpke, Helen Esther: Menschenrechtsbildung in der Gedenkstätte. Eine empirische Studie zur Bildungsarbeit in NS-Gedenkstätten, 1. Aufl., Schwalbach 2012.
  - 9 Z.B. Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), Bundesfreiwilligendienst (BFD); Kindergärtner, Integrations-, Förder- und Sozialpädagogen; Kinder-, Alten- und Krankenpflege; Medizinstudenten, Ärzte.
  - 10 Schüler der Sekundarstufe I und II. Siehe außerdem Praktikumsordnung.
  - 11 Z.B. Theorie und Praxis von Gesundheits- und Sozialpolitik; soziale Ungleichheit im Alter bzw. bei Pflegeleistungen; Entwicklung von Technik und Technologien (Robotik); Aspekte und Perspektiven der Digitalisierung in Medizin und Pflege vor dem Hintergrund der Würde des Menschen; Wünsche nach mehr Zeit für Kommunikation mit Patienten und weniger Bürokratie; das sind auch alles Themen der o.g. Schulfächer (siehe Lehrpläne bzw. Rahmenrichtlinien der jeweiligen Unterrichtsfächer bzw. Lernfelder).
  - 12 Vgl. Hoffmann, Ute: Zur Aufarbeitung der NS-„Euthanasie“ in der DDR – ein Überblick, in: *Erinnern!* 1/2016, S. 39 – 50.; Vgl. Lammert, Norbert: Begrüßungsansprache des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Lammert, hg. von Deutscher Bundestag 2017, S. 12, 14 f.
  - 13 Empirische Befunde kommen zu den Aussagen, dass ältere Menschen heute sehr gesund seien (vgl. *Ältere Menschen in Deutschland und der EU*, hg. von Statistisches Bundesamt, 1. Aufl., Wiesbaden 2011). Oft besteht aber ein medial erzeugtes „Bild“, dass Alt-Sein Krank-Sein und Pflegebedürftigkeit bedeutet.
  - 14 Vgl. Jahresbericht 2016, hg. von Deutscher Ethikrat, 1. Aufl., Berlin 2017, S. 22 ff.; Vgl. Kaufmann, Matthias: *Gattungsethik – Schutz für das Menschengeschlecht*, 1. Aufl., Frankfurt (Main) 2005.
  - 15 Möllers, Christoph: *Demokratie. Zumutungen und Versprechen*, 1. Aufl., Berlin, 2008.



Montage eines historischen Fotos (Oktober 1989, Montagsdemonstration) aus den BStU-Bildbeständen in die heutige (Herbst 2016) Raumsituation am Marktplatz Halle im Multimedia-Guide ([www.herbst89halle.de](http://www.herbst89halle.de)).

## Aus der Arbeit der Stiftung

André Gursky

Am 27. März 2017 wurde im Wappensaal des Stadthauses in Halle im Beisein des Direktors der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Kai Langer, und der Staatssekretärin im Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, Frau Edwina Koch-Kupfer, der Multimedia-Guide „Herbst 89“ präsentiert. Zudem waren die Kooperationspartner, die Zeitzeugen, das Landesverwaltungsamt Halle sowie Schülerinnen und Schüler und FSJler zur Präsentation eingeladen. Im Anschluss an Präsentation und Pressegespräch wurde am Händeldenkmal auf dem Marktplatz der Startschuss für den Multimedia-Guide gegeben. An diesem geschichtsträchtigen Ort begannen im Herbst 1989 die Halleschen Montagsdemonstrationen.



Der Multimedia-Guide ist eine App, die z. B. auf dem Smart Phone genutzt werden kann. Geschichte wird so auf lebendige Weise mit Hilfe von Tonaufnahmen und Bildern direkt an den jeweiligen Schauplätzen erzählt. Die Inhalte werden gestreamt, d. h. sie können auf dem mobilen Endgerät ohne komplettes Herunterladen abgespielt werden. Die Vermittlung findet auf verschiedenen Wegen statt: Touristen können sich die Ereignisse in chronologischer Reihenfolge an den Ereignisorten erschließen. Für Schülerinnen und Schüler erfolgt eine thematische Gliederung der geschichtlichen Inhalte. In drei Gruppen aufgeteilt nehmen sie die Perspektiven „Protest“, „Repression“ oder „Dialog“ ein. Anschließend begeben sie sich auf einen Stadtrundgang, der sowohl die historischen Demonstrationen und Proteste verfolgt, als auch staatliche Willkür und Repression dokumentiert.

Die Nutzerinnen und Nutzer des Multimedia-Guides gehen auf eine Zeitreise; die Inhalte werden entlang einer Ablaufroute und an Standortschwerpunkten präsentiert. Man befindet sich damit „innerhalb“ der Geschichte und wird entlang der Erzählung zu den einzelnen Wegpunkten navigiert und kann vor Ort auf „überlagerte Bilder“ – den historischen Schauplatz in der Perspektive von heute – zugreifen sowie weitere Informationen zum Geschehen am jeweiligen Standort (Audiomaterial) abrufen. Der Multimedia-Guide kann unabhängig von den Öffnungszeiten der Gedenkstätte kostenlos genutzt werden und somit ein vielfältiges Publikum erreichen.

Das Projekt wurde in Kooperation der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, dem Stadtarchiv Halle, dem Stadtmuseum Halle und dem Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle federführend von der Firma informationstraeger Bitterfeld-Wolfen erarbeitet. Die Kooperation und eingehende Unterstützung durch die städtischen Partner erwies sich über den gesamten Projektzeitraum als sehr förderlich und nachhaltig. Im Stadtarchiv Halle erfolgte die Einsichtnahme, Auswertung und Nutzung zahlreicher Quellenbestände, Nachlässe und Presseberichte. Das Stadtmuseum Halle unterstützte die Auswahl der dokumentierten Objekte und Sachzeugen zum Thema „Herbst '89 in Halle“. Im Archiv des Vereins Zeit-Geschichte(n) konnten zahlreiche Unterlagen gesichtet und ausgewertet werden. In der Außenstelle der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Halle erfolgte eine

thematische Recherche unter Beachtung aller datenschutzrechtlichen Belange und eine Auswahl aus dem umfangreichen Bildbestand des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. Entsprechend der konzipierten Ereignisorte wurden mehrere Zeitzeugen in das Projekt eingebunden: Der Gründer und Erstunterzeichner des Neuen Forums in Halle, Dr. Frank Eigenfeld; der Bürgerrechtler und Aktivist des Dialogs und Gründer der Umweltbibliothek in der Georgen-Gemeinde in Halle, Matthias Waschitschka; die Mitgründerin der oppositionellen Gruppe Frauen für den Frieden und Initiatorin des Neuen Forum in Halle, Heidi Bohley; der Pfarrer i. R. Günter Buchenau, 1989 Superintendent und Pfarrer der Paulusgemeinde, Initiator der ersten freien Bürgerversammlung in Halle und Leiter des Runden Tisches; der Pfarrer i. R. Harald Bartl, im Revolutionsherbst Pfarrer an der Marktkirche in Halle und Initiator der Montagsdemonstrationen. Die Zeitzeugengespräche fanden gemeinsam mit Frau Sabine Griebisch an unterschiedlichen Orten statt, u. a. in der Gedenkstätte ROTER OCHSE in Halle.

Anknüpfend an erfolgreiche Projektwochen wollen die Gedenkstätte ROTER OCHSE in Halle und die dortige Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR weitere Projektwochen zur Thematik Herbst 1989 in Halle durchführen. Dabei wird der Multimedia-Guide in der Gedenkstätte zum Einsatz kommen; auf dem einstigen Gelände der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit in Halle werden die Teilnehmer mittels Geocaching auf Spurensuche gehen. Damit wird eine nachhaltige und zudem ausbauorientierte Wirksamkeit des Bildungsprojektes Multimedia-Guide Herbst 89 erreicht. Zum einen wird der Schüler-Guide in einen Projekttag eingebunden, der länger als vier Stunden dauert. Zum anderen kann der elektronische Guide in schulischen Projektwochen genutzt werden. Darüber hinaus kann er in bereits bestehenden Bildungsprojekten zur politischen Strafjustiz in der DDR und dem Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit eingesetzt werden.





„Rock am Rathaus“ am 29. Juli 2017 anlässlich des 20. Jubiläums des Internationalen Workcamps in Hötensleben: Die Musikgruppe „Junk Yard“ und die Teilnehmenden des Camps.

---

## **20 Jahre Internationales Workcamp am Grenzdenkmal Hötensleben**

Susan Baumgartl, René Müller

Das Internationale Workcamp am Grenzdenkmal Hötensleben feierte 2017 sein 20. Jubiläum: Seit zwei Jahrzehnten kommen junge Menschen aus der ganzen Welt in Hötensleben zusammen, um gemeinsam am Erhalt der ehemaligen DDR-Grenzanlagen mitzuwirken und ein wichtiges Kapitel jüngster deutscher Geschichte kennenzulernen. Dabei treten die Teilnehmenden in einen Austausch, der kulturelle, konfessionelle und nationale Grenzen überschreitet. Bei der gemeinsamen Arbeit am Grenzdenkmal sowie bei Freizeitaktivitäten werden in der Gruppe, mit Jugendlichen vor Ort und Vertretern lokaler Vereinen Begegnungen möglich, die das Verständnis für andere Lebensweisen und einen neuen Zugang zu sich selbst befördern.

Die beiden Ministerpräsidenten Stephan Weil aus Niedersachsen und Dr. Reiner Haseloff aus Sachsen-Anhalt übernahmen auch 2017 die Schirmherrschaft über das Workcamp des Grenzdenkmalvereins Hötensleben. Dies zeigte allen Beteiligten den hohen Stellenwert des internationalen Jugendaustauschs und der Bildungsarbeit am historischen Ort.

Das dreiwöchige Camp fand vom 14. Juli bis zum 4. August 2017 mit 9 jungen Erwachsenen aus Armenien, Griechenland, Mexiko, Russland, Taiwan und der Türkei statt. Neben den Arbeiten am Grenzdenkmal Hötensleben gab es in diesem Jahr zahlreiche weitere Programmpunkte. Eine Besichtigung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn ist integraler Bestandteil des Programms. Die Mitarbeiter der Gedenkstätte boten wie im vergangenen Jahr ein zweitägiges Geschichtsseminar, das „HistoryLab“, an. Am Ort des ehemals größten innerdeutschen DDR-Grenzübergangs lernten die Teilnehmenden die Geschichte des DDR-Grenzregimes im Kontext des Kalten Krieges kennen und reflektierten ihre eigenen aktuellen Bezüge zu Grenzerfahrungen in Ost und West vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen. Zudem bestiegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gemeinsam mit Studierenden der TU Braunschweig den Brocken, besuchten Quedlinburg und den Bundestag in Berlin.

Wie in jedem Jahr waren auch die örtlichen Vereine wie der Schützenverein, die Feuerwehr, der Sportverein, der Verkehrsgarten Völpke, der Jugendclub und zahlreiche weiteren Personen in das Programm des Workcamps eingebunden.

Zu den Höhepunkten des diesjährigen Internationalen Workcamps in Hötensleben gehörten die Feierlichkeiten zum 20. Jubiläum am Wochenende des 28. und 29. Juli 2017. Zum Festabend im Rathaussaal der Gemeinde Hötensleben am 28. Juli waren politische Vertreterinnen und Vertreter von Landes-, Kreis- und kommunaler Ebene aus den beiden Bundesländern Sachsen-Anhalt und Niedersachsen anwesend. Zudem reisten ehemalige Teilnehmende und Leitende früherer Workcamps an, die sich dem Ort und seinen Einwohnern noch immer verbunden fühlen.

René Müller, Vorsitzender des Grenzdenkmalvereins Hötensleben und der Hötensleber Bürgermeister Horst Scheibel begrüßten die zahlreichen Gäste. Grußworte sprachen Edwina Koch-Kupfer, Staatssekretärin im Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, und Jörg Röhm, Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Sozi-



ales, Gesundheit und Gleichstellung sowie Iris Herzig als Vertreterin des Landrats des Landkreises Börde. Sie überbrachten den Teilnehmenden jeweils sehr persönliche Botschaften zur Bedeutung des Gedenkens an die deutsche Teilungsgeschichte im Kontext der Ost-West-Konfrontation und zu den Möglichkeiten, während des Workcamps mit Zeitzeugen und jungen Menschen in der Region in Kontakt zu treten.

Achim Walther, langjähriger Vorsitzender des Grenzdenkmalvereins Hötensleben, präsentierte einen Foto-Rückblick auf 20 Jahre Workcamp am Grenzdenkmal. Er machte dabei das Anliegen des Vereins deutlich, über die konkreten Pflegearbeiten am historischen Baudenkmal hinaus, vor allem die Völkerverständigung an einem historischen Ort zu fördern, an dem die Welt von 1945 bis 1989 in Ost und West geteilt war. Anschließend stellte Jan Prüße, Vorstandsmitglied im Grenzdenkmalverein, einen kurzen Film vor, den die diesjährigen Workcamp-Teilnehmenden zusammen mit Studierenden der Technischen Universität Braunschweig erstellt hatten. Dieser Auftakt bot Informationen und Anregungen für einen lebendigen Austausch aller Gäste beim Empfang. Am folgenden Abend, dem 29. Juli, fand ein Live-Konzert „Rock am Rathaus“ statt, bei dem regionale und überregionale Bands auftraten.

Das Internationale Workcamp Hötensleben 2017 ist ein Projekt des Grenzdenkmalvereins Hötensleben in Kooperation mit der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, dem Internationale Begegnung in Gemeinschaftsdiensten e. V. sowie der Gemeinde Hötensleben und wird durch die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.



Der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Dr. Kai Langer, begrüßt die Gäste der Gedenkstunde.

## **Gedenkstunde zum 65. Jahrestag des Ausbaus des DDR-Grenzregimes und des Beginns der Zwangsausiedlungen aus dem Sperrgebiet**

Susan Baumgartl

Vor 65 Jahren begann die SED-Führung ein neues Grenzregime in der DDR aufzubauen. Es diente der Abschottung vom Westen und der Kontrolle der eigenen Bevölkerung. Besonders für die Menschen im grenznahen Raum waren damit schmerzhaft Einschränkungen bis hin zur Vertreibung aus ihren Heimatorten verbunden. Bis 1961 wurden etwa 12.000 Menschen aus dem Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze in das Landesinnere zwangsausgesiedelt. Grundlage für diese Maßnahmen bildete die am 26. Mai 1952 vom DDR-Ministerrat beschlossene Verordnung, die Grenze zur Bundesrepublik komplett abzuriegeln und eine streng abgeschirmte Sperrzone einzurichten. Der Erlass war eine inszenierte Antwort auf den am gleichen Tag von den





Bei der Kranzniederlegung am Grenzdenkmal Hötenleben: Dieter Buchwald und Achim Walther vom Grenzdenkmalverein Hötenleben e. V. (v. r.), im Hintergrund Ernst-Otto Schönemann, Sprecher des Interessenverbands Zwangsausgesiedelter bei der UOKG, und Marie-Luise Tröbs, Präsidentin des Bundes der Zwangsausgesiedelten.

---

USA, Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten „Deutschlandvertrag“, der den Besatzungsstatus für Westdeutschland beendete. Diesen Anlass nutzte das kommunistische Regime, die militärische Aufrüstung der DDR voranzutreiben und die Westgrenze in den Folgejahren zu einem nahezu unüberwindlichen Sperrsystem ausbaute.

Anlässlich der Wiederkehr des historischen Datums und der damit verbundenen Ereignisse veranstalten die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn in der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, der Verein Grenzenlos – Wege zum Nachbarn und der Grenzdenkmalverein Hötenleben in jedem Jahr eine öffentliche Gedenkstunde am Grenzdenkmal Hötenleben. Damit erinnern sie an all jene Menschen, die durch das Grenzregime der DDR ihre Heimat verloren, Leid und Unrecht erfuhren oder getötet wurden.

Am diesjährigen 65. Jahrestag nahmen Repräsentanten aller Landtagsfraktionen Sachsens-Anhalts, Vertreter des Niedersächsischen Landtags, zahlreiche Vertreter und Mitglieder von Opferverbänden – darunter die Präsidentin des Bundes der Zwangsausgesiedelten, Marie-Luise Tröbs und der Sprecher des Interessenverbands Zwangsaus-



Die Gedenkrede hielt die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Birgit Neumann-Becker.



gesiedelter bei der Union der Opfer Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Ernst-Otto Schönemann – sowie Vertreter aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben der Region teil. Die Grußworte sprachen die beiden höchsten Repräsentanten der Bundesländer Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch und ihr Niedersächsischer Amtskollege Landtagspräsident Bernd Busemann. Die Gedenkrede hielt die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Birgit Neumann-Becker. Sie ordnete die Grenzschießung von 1952 ein in die Zeit der stalinistischen Verfolgungen und der gewaltsamen Durchsetzung der SED-Herrschaft im Osten Deutschlands nach dem Ende und infolge des Zweiten Weltkrieges. Dabei machte sie auch deutlich, dass nicht nur die Deutschen, sondern ganz Mittel- und Osteuropa von der bipolaren Blockkonfrontation und verschiedenen Grenzregimen zur Absicherung des kommunistischen Machtbereichs betroffen waren. Das Grenzdenkmal Hötensleben sei ein eindrucksvolles Beispiel dieser Grenzbefestigungsanlagen, das durch das Engagement von Hötensleber Bürgern nach der Grenzöffnung 1989 erhalten blieb und helfe, die Erinnerung an die Opfer des DDR-Grenzregimes wachzuhalten. Neumann-Becker verwies in diesem Zusammenhang auf die Schicksale der Zwangsausgesiedelten, die nicht nur unrechtmäßig enteignet wurden, sondern auch politischer Verfolgung durch Kontroll- und Zersetzungsmaßnahmen des kommunistischen Apparats ausgesetzt waren. Sie gedachte überdies der Männer, Frauen und Kinder, die auf der Flucht oder durch andere Einwirkungen des Grenzregimes getötet wurden und regte an, ein Gedenkzeichen zu errichten, als Ort der Trauer, der Erinnerung und der Lebensgeschichten jener Menschen. Sie würdigte die Arbeit von Institutionen und Verbänden sowie von gesellschaftlichen Initiativen. Zum einen lenkten sie die öffentliche Aufmerksamkeit auf das begangene und erlittene Unrecht in der menschenverachtenden kommunistischen Diktatur. Zum anderen bildeten sie eine Gemeinschaft der Erinnerung, des Trostes sowie des Austauschs über und der Weitergabe von Erfahrungen der Vergangenheit.

Im Sinne eines generationsübergreifenden Gedenkens waren zum 65. Jahrestag erstmals Jugendliche an der Gedenkstunde beteiligt. Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse des Gymnasiums Julianum Helmstedt hatten sich mit den Zwangsausiedlungen aus dem DDR-Sperrgebiet beschäftigt. Dazu standen sie im Austausch mit Marie-Luise Tröbs, Präsidentin des Bundes der Zwangsausgesiedelten, die in die Kommentierung



Erstmals wirkten Schüler des Helmstedter Gymnasiums Julianum an der Gedenkstunde mit.

---

und in die Auswahl der Texte für die Gedenkstunde einbezogen war. Drei Siebtklässler präsentierten ausdrucksvoll die erarbeiteten Beiträge zum Thema „Verlorene Heimat“. Die musikalische Gestaltung der Gedenkstunde mit Kranzniederlegung übernahm der Posaunenchor St. Stephani Helmstedt unter der Leitung von Propsteikantor Mathias Michaely.

Erstmals war für die Anfahrt zum Grenzdenkmal Hötenleben ein regionaler Bus-Transfer eingerichtet worden. So konnten interessierte Bürger in den Orten Helmstedt, Harbke, Sommersdorf, Büddenstedt, Offleben und Schöninggen zusteigen, um an der Gedenkstunde teilzunehmen. Der für die Gäste kostenfrei nutzbare Bus wurde durch die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und den Verein Grenzenlos – Wege zum Nachbarn e. V. organisiert und finanziert. Ebenfalls neu in diesem Jahr war das im Anschluss an die Gedenkstunde von der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und dem Grenzdenkmalverein Hötenleben eingerichtete „Café der Begegnung“ auf dem Festplatz der Gemeinde. Zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen nach der Gedenkstunde bei Kaffee und Kuchen zusammen.





Der Leiter des Projekts des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin zur Ermittlung der Zahl der Todesopfer an der innerdeutschen Grenze, Dr. Jochen Staadt, bei der Vorstellung der Ergebnisse.

---

## **327 Tote durch das DDR-Grenzregime – Präsentation der Ergebnisse des Forschungsprojektes „Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze 1949 – 1989“**

Susan Baumgartl

Es waren hunderte Menschen, die in der Zeit der Teilung Deutschlands an der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR ums Leben kamen. Über die genaue Zahl der Getöteten und ihr Schicksal herrschte lange Unklarheit. Mit einer neuen Studie des Forschungsverbundes SED-Staat, die am 7. Juni 2017 in Berlin präsentiert und am 17. August 2017 auch in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn vorgestellt wurde, liegt nun eine umfangreiche Dokumentation vor. Demnach starben durch das DDR-Grenzregime zwischen Lübecker Bucht und der damaligen Tschechoslowakei 327 Menschen. Das Handbuch „Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze“ gibt Aufschluss über deren Biographie und Todesumstände.

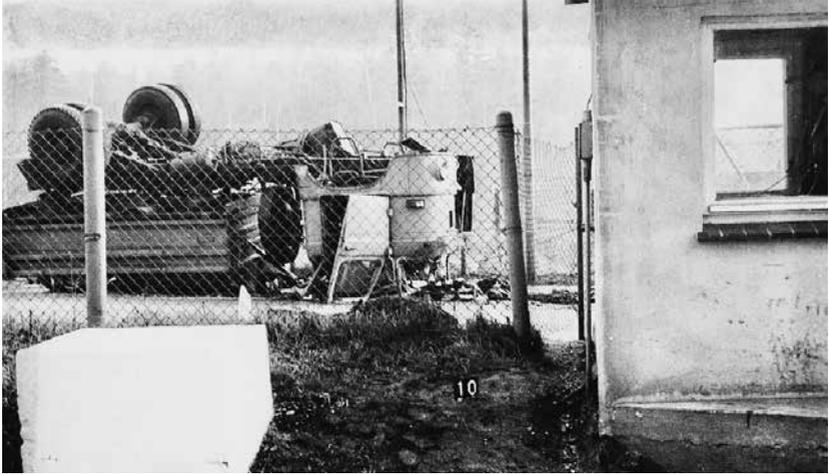
Das Forschungsprojekt wurde von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gemeinsam mit den Bundesländern Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt finanziert. Vorausgegangen war diesem Vorhaben das Dokumentationsprojekt „Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961–1991“ des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) und der Stiftung Berliner Mauer, das 139 getötete Personen wissenschaftlich nachweisen konnte.

Das ehemalige Grenzgebiet im Bezirk Magdeburg und besonders die DDR-Grenzübergangsstelle Marienborn an der Autobahn zwischen Berlin und Hannover gehören zu den historischen Schauplätzen gescheiterter Fluchtversuche und anderer Vorfälle, bei denen Männer, Frauen und Kinder aus Ost und West durch das Grenzregime der DDR zu Tode kamen.

Zur Veranstaltung in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn begrüßte Stiftungsdirektor Dr. Kai Langer die zahlreichen Besucher, unter ihnen Vertreter von Opferverbänden und Aufarbeitungsinstitutionen sowie Abgeordnete aller Landtagsfraktionen und Vertreter aus der Region. Maik Reichel, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, betonte in seinem Grußwort, wie wichtig es sei, die Namen der Toten zu nennen sowie Informationen zu ihrem Leben und ihren Todesumständen darzustellen. Ein öffentliches Erinnern sei gerade in einem Bundesland, das an einem der längsten Abschnitte der innerdeutschen Grenze gelegen ist, besonders wichtig.

Dr. Jochen Staat, Projektleiter und Mitarbeiter im Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin, stellte die Ergebnisse der Studie vor. Das Projektteam ging insgesamt 1.492 Verdachtsfällen nach. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler recherchierten in verschiedenen Archiven, überprüften die Angaben von Zeitzeugen und andere Hinweise zu Todesfällen im Kontext des DDR-Grenzregimes. Von den 327 getöteten Menschen handelt es sich bei knapp einem Drittel um Flüchtlinge (114). Darunter das jüngste bei der Recherche ermittelte Todesopfer, ein sechs Monate alter Säugling, der im Juli 1977 im Kofferraum eines Fluchtfahrzeugs erstickte. Die Flucht wurde an der Grenzübergangsstelle Marienborn entdeckt. Die Eltern des Kindes und der Schleuser kamen in Haft. 42 Menschen kamen ohne Fluchthintergrund, durch Schusswaffen, Minen oder Unfälle im Grenzraum und in Grenzanlagen um. Dazu zählt





Gescheiterter Fluchtversuch: Der LKW, mit dem drei Männer am 21. April 1973 versuchten, den Grenzübergang Marienborn zu durchfahren, überschlug sich an einer Rollsperrre. Einer der Flüchtenden wurde durch Gewehrfeuer tödlich getroffen.

---

das älteste Todesopfer, ein 80-jähriger Bauer aus dem niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg. Er lief beim Versuch, auf das Territorium der DDR zu gelangen, im Juni 1967 in ein Minenfeld und verblutete in einem mehrstündigen Todeskampf. Die Landminen hatten ihm beide Beine abgerissen.

Weitere Opfer waren Grenzgänger, wie im Fall von Schwester Sigrada Witte, die am 10. August 1951 in der Nähe von Hötenleben tot aufgefunden wurde, oder die 30-jährige Anneliese Marie Martha Walter. Von Thale kommend gelangte sie an den Kontrollen der Grenzpolizei der DDR vorbei ins Niedersächsische Vienenburg. Anfang der 1950er Jahre war es unter Gefahren noch möglich, im Westen Einkäufe zu erledigen oder Verwandte zu besuchen. Auf ihrem Rückweg wurde Anneliese Walter am Morgen des 28. Oktober 1950 von einem Grenzpolizisten beschossen und schwer verletzt. Sie starb wenige Stunden später an den Folgen eines Bauchschusses.

In dem fast 700 Seiten starken Band sind auch Fälle dokumentiert, in denen Menschen versuchten, Grenzübergangsstellen der DDR zu überwinden. So hatten am Morgen des



Die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Birgit Neumann-Becker, der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Maik Reichel, Prof. Dr. Kerstin Eschwege und Dr. Jochen Staadt (v. l. n. r.).

---

21. April 1973 der 23-jährige Fred Voitke und zwei seiner Kollegen der Straßenmeisterei Eisenhüttenstadt versucht, mit einem W-50-LKW den Grenzübergang Marienborn in Richtung Helmstedt zu durchbrechen. An einer ausgefahrenen Rollsperrre wurde der LKW gestoppt. Zugleich begannen mehrere Soldaten der Grenzsicherungskompanie auf das Fahrzeug und seine Insassen zu schießen. Fred Voitke wurde neunmal getroffen und starb an einem Brustdurchschuss. Die Abbildung seines durchgeschossenen Sozialversicherungsausweises befindet sich als Titelbild auf dem Einband der Publikation.

Ein Beispiel für die Folgen des rigoros durchgesetzten Regimes auf den Grenzübergangsstellen, ist der Tod des Ehepaares Anita und Heinz-Jürgen Kusnatzy am 28. Oktober 1982. Von Westen kommend fuhren die 29-Jährigen mit ihrem Auto in die sogenannte Vorkontrolle und gaben dort an, sich verfahren zu haben. Statt, wie von einem Unteroffizier der Staatssicherheit vorgegeben, zum Abfertigungstrakt zu fahren, wendete Heinz-Jürgen Kusnatzy den Mercedes und versuchte, in umgekehrter Richtung nach Helmstedt zurückzufahren. Vom diensthabenden Offizier wurde daraufhin Alarm ausgelöst und die Schließung der 600 Meter entfernten Rollsperrre befohlen. Das Fahr-



zeug des aus Marl kommenden Ehepaares prallte ungebremst auf den Stahlträger und geriet in Feuer. Die Insassen wurden tot geborgen.

Zu den dokumentierten Todesopfern zählen darüber hinaus Fahnenflüchtige der DDR-Grenztruppen, im Dienst erschossene Grenzsoldaten sowie 44 Grenzpolizisten und -soldaten, die sich aus dienstlichen Hintergründen das Leben nahmen.

Aus der Analyse aller Fälle geht hervor, daß es sich bei den Toten überwiegend um junge Arbeiter, Bauern und Handwerker handelt, also jene Gruppe, für die die SED vorgab, die Macht auszuüben. Etwa die Hälfte davon waren im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, weitere rund 30 Prozent zwischen 25 und 35 Jahren. Unter den zivilen Opfern liegt der Frauenanteil bei knapp über zehn Prozent. Nach Auffassung Staadts ist die Aufarbeitung der Todesfälle an der innerdeutschen Grenze mit der Studie abgeschlossen. Allerdings bleibe weiterhin Forschungsbedarf zu den Todesfällen bei Fluchtversuchen über die Ostsee und über die Grenzen anderer Ostblockstaaten, so der Historiker.

Diese Themen sowie eine Regionalstudie zu Repressionen gegen Flüchtlinge und Ausreiseantragsteller im Bezirk Magdeburg, die im Auftrag der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt durchgeführt wurde, sind Bestandteil des noch nicht veröffentlichten Begleitbandes zum Handbuch. Die Ergebnisse der Regionalstudie stellte Prof. Dr. Kerstin Eschwege, Dozentin für Sozialpädagogik an der Fachhochschule-Clara-Hoffbauer Potsdam vor.

Die Veranstaltung fand in Kooperation der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt/Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn mit der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen-Anhalt statt.



Die Teilnehmenden bei der Grabpflege auf dem Ehrenfriedhof in der Gedenkstätte.

## ***Shaping Peace – Den Frieden gestalten: Die Internationale Jugendbegegnung 2017 des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. zu Gast in der Gedenkstätte Feldscheune Isenschribbe Gardelegen***

Andreas Froese-Karow

Zwei Wochen lang waren 26 Jugendliche und junge Erwachsene aus sechs europäischen Ländern im Rahmen der diesjährigen Internationalen Jugendbegegnung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. zu Gast in Sachsen-Anhalt. Unter dem Motto *Shaping Peace – Den Frieden gestalten* setzten sich die jungen Menschen aus Belarus, Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Italien, Russland und der Türkei mit der Geschichte von Krieg und Gewalt im 20. Jahrhundert in Europa auseinander. Auch gedenkkulturelle Entwicklungen bis in die Gegenwart sowie unterschiedliche Gedenkformen und -traditionen im internationalen Vergleich standen bei dieser Internationa-





Zu Gast in der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen: Die Teilnehmenden der Internationalen Jugendbegegnung 2017.

---

len Jugendbegegnung, die der Volksbund-Landesverband Sachsen-Anhalt organisierte, thematisch im Mittelpunkt.

Begleitet von vier Team-Betreuenden des Volksbundes besuchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehrere Stätten in Sachsen-Anhalt und in Berlin, die als historische Tat-, Erinnerungs-, Begräbnis- oder Lernorte mit nationalsozialistischen Gewaltverbrechen und Ereignissen des Zweiten Weltkriegs verbunden sind. Neben dem Westfriedhof in Magdeburg und dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin war die Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen auch in diesem Jahr wieder mit im Programm. Seit deren Aufnahme in die landeseigene Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt im Jahr 2015 gestalten die Mitarbeitenden der Gedenkstätte die jährliche Jugendbegegnung in Gardelegen mit thematisch wechselnden Bildungsangeboten mit, die die Pflegearbeiten der jungen Teilnehmenden auf den Gräbern des Ehrenfriedhofes pädagogisch begleiten. Ein inhaltlicher Schwerpunkt in diesem Jahr war der heutige Umgang mit historischen Fotografien und zeitgenössischen Berichten, die US-amerikanische Truppen bei der Entdeckung des Massakers im April 1945 anfertigten.

Begrüßt wurden die Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor Ort in der Gedenkstätte vom Volksbund-Kreisvorsitzenden Dr. Hans-Joachim Becker, dem SPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Barth, von Konrad Fuchs als Vorsitzendem des Gedenkstätten-Fördervereins und von Gedenkstättenleiter Andreas Froese-Karow. Anschließend erkundeten die jungen Besucherinnen und Besucher das Außengelände. In Kleingruppen besichtigten sie die verschiedenen Gedenkzeichen auf dem Ehrenfriedhof, am historischen Tatort des Massakers am früheren Standort der Feldscheune und entlang der Wege. Auch das freigelegte Baufeld, auf dem derzeit das neue Besucher- und Dokumentationszentrum der Gedenkstätte entsteht, interessierte die Teilnehmenden der Internationalen Jugendbegegnung 2017. Einige hatten von diesem Bauvorhaben und seiner Finanzierung durch das Land Sachsen-Anhalt bereits im Vorfeld über die mediale Berichterstattung in ihren Herkunftsländern erfahren. Für die meisten Teilnehmenden war es dennoch der erste persönliche Besuch vor Ort in Gardelegen.

Weitere Themen, mit denen sich die die jungen Menschen bei ihrem Besuch in Gardelegen befassten, waren die Frage nach unterschiedlichen Formen und Traditionen des Gedenkens an die NS-Verbrechen im geteilten Deutschland nach 1945 und aktuelle Beispiele für Rassismus, Gewalt und Kriegsverbrechen im internationalen Vergleich. Die gemeinsame Verständigung innerhalb der Gruppe erfolgte auf Englisch mit gelegentlicher Übersetzung in andere Sprachen. Abends lud der Rotary Club Gardelegen alle Teilnehmenden des Jugendcamps zu einem gemütlichen Grillabend in den Ferienpark Zichtau bei Gardelegen ein. Nach ihrem zweitägigen Aufenthalt in der Altmark kehrten die jungen Erwachsenen für das weitere Programm ihres internationalen Begegnungstreffens nach Magdeburg zurück.

Die Mitarbeitenden der Gedenkstätte Feldscheune Isenschibbe Gardelegen bedanken sich bei allen Teilnehmenden und Mitwirkenden der Internationalen Jugendbegegnung 2017. Ebenso danken sie dem Landespolizei-Orchester Sachsen-Anhalt und der Sparkasse Altmark-West, die die Durchführung der Jugendbegegnung vorab mit einem Benefizkonzert und durch Spenden aus der Bevölkerung an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. finanziell unterstützt haben. Außerdem freuen sie sich auf eine erneute Auflage dieses spannenden Vermittlungsformats gemeinsam mit dem Volksbund-Landesverband Sachsen-Anhalt im kommenden Jahr.





## Autoren

---

**Edda Ahrberg** ist freischaffende Publizistin und Vorsitzende des Stiftungsbeirats für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit für die Zeit der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur (1945–1989). | **Dr. Susan Baumgartl** ist Leiterin der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **Gundel Berger** ist Leiterin der Anlauf- und Beratungsstelle des DDR-Heimkinderfonds Sachsen-Anhalt. | **Eva Fuchslocher** ist Kulturwissenschaftlerin und Ausstellungskuratorin bei der Ausstellungsagentur exhibeo. | **Dr. Andre Gursky** ist Historiker und pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle/Saale. | **Dr. Annett Hehmann** ist Lehrerin an einer Schule in Berlin. | **Stefan Henze** ist Lehramtsstudent und absolvierte sein Außerschulisches Pädagogisches Praktikum in der Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ in Bernburg ab. | **Jerome Kageler** leistete 2016/17 sein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) in der Gedenkstätte Moritzplatz ab. | **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Klaus Möbius** ist Studienrat im Ruhestand und Mitarbeiter der Clausewitz-Erinnerungsstätte in Burg b. Magdeburg. | **Femke Opper** leistete 2016/17 ihr FSJ in der Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ in Bernburg ab. | **Dr. Reinhart Ritter** ist Rentner und Heimatforscher in Schermen. | **Dr. Michael Schäbitz** ist Gründungsmitglied und Geschäftsführer der Ausstellungsagentur exhibeo. | **Dr. Jan Scheunemann** ist Historiker und war bis 2017 beschäftigt beim Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt. | **Thomas Schubert** ist Historiker und Philosoph. | **Lothar Tautz** ist Theologe und Pädagoge. | **Manfred Wucherpennig** ist Rentner und Vorstandsmitglied der Ortsgruppe der Volkssolidarität in Schermen.

## Fotonachweis

---

Titelbild: Ehemaliger Kolonnenweg an der innerdeutschen Grenze zwischen Offleben und Hötenleben, Kai Langer | S. 3: Kai Langer | S. 5: Sammlung Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge | S. 14: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt, 2006, 137 | S. 23: behnelux gestaltung, Halle (Saale) | S. 40: Fritz Thoma, Privatarchiv Lothar Tautz | S. 41: Dirk Eisermann/laif | S. 45: Sammlung Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn | S. 60: Bundesarchiv, Bild 183-78295-0001, Biscan | S. 62: BStU, MfS, HA XXII Nr. 745/4, S. 23, Bild 6 | S. 65: Polygraph Design | S. 67: Bundesarchiv Bild 183-79862-0001, Friedrich Gahlbeck | S. 68: Bundesarchiv, Bild 183-E1116-1002-002, Ulrich Kohls | S. 69/70: Privatarchiv Gerlinde und Joachim Breithaupt | S. 76: BStU | S. 84: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) | S. 92: Thomas Rauwald | S. 94: Axel Thiem | S. 98/99: Reinhard Ritter | S. 100: Thomas Rauwald | S. 102/104: Sammlung Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg | S. 106/108: Lothar Tautz | S. 110: Privatarchiv Lothar Tautz | S. 116/119/121/123: Kai Langer | S. 127/129/130/132/134: Femke Opper | S. 141: Montage: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) | S. 144/147/148/149/151: Sammlung Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn | S. 152: Sammlung Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn | S. 154: Forschungsverbund SED-Staat, BStU | S. 155: Sammlung Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn | S. 157/158: Sammlung Gedenkstätte Gardelegen

## Impressum

---

Herausgeberin: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg  
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaefsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de

Redaktion: Kai Langer (verantw.) | Susan Baumgartl | Sven Behrend

Gestaltung | Druck: behnelux gestaltung, Halle (Saale) | Halberstädter Druckhaus

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: BIC: MARKDEF1810 | IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

### **Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin**

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | phone (035386) 60 99 75 | fax (035386) 60 99 77  
mail: info-lichtenburg@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 09:00 bis 15:30 Uhr  
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr  
An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

### **Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg**

c/o Fachklinikum für Psychiatrie Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg  
phone (03471) 31 98 16 | fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernburg@stgs.sachsen-anhalt.de  
Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 09:00 bis 16:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

### **Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge**

Vor den Zwiebergen 1 | 38895 Langenstein | phone (03941) 56 73 25 | phone/fax (03941) 30 248  
mail: info-langenstein@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis  
Freitag 09:00 bis 15:30 Uhr | Stollenabschnitt: April bis Oktober jedes letzte Wochenende im Monat  
14:00 bis 17:00 Uhr und für angemeldete Gruppen nach Vereinbarung. Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.

### **Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen**

Lage der Gedenkstätte: An der Gedenkstätte 1, 39638 Gardelegen | Kontakt: c/o Hansestadt Gardelegen,  
Rudolf-Breitscheid-Str. 3, 39638 Gardelegen | phone (03907) 716 176 | fax (03907) 716 111  
mail: info-isenschnibbe@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.  
Führungen sind nach vorheriger Anmeldung möglich.

### **Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)**

Am Kirchtor 20b | 06108 Halle | phone (0345) 22 01 337 | fax (0345) 22 01 339  
mail: info-roterochse@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Montag und Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr  
Dienstag bis Donnerstag 10:00 bis 16:00 Uhr | jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag)  
13:00 bis 17:00 Uhr | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

### **Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg**

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | phone (0391) 24 45 590 | fax (0391) 24 45 599 9  
mail: info-moritzplatz@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch 09:00 bis 16:00 Uhr  
Donnerstag 09:00 bis 18:00 Uhr | Freitag 09:00 bis 14:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

### **Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn**

An der Bundesautobahn 2 | 39365 Marienborn | phone (039406) 92 090 | fax (039406) 92 099  
mail: info-marienborn@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: täglich 10:00 bis 17:00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung | Öffnungszeiten Gedenkdenkmal Hötnensleben: Das Freigelände ist jederzeit  
zugänglich. Führungen sind nach Vereinbarung möglich.

**Gruppenführungen bitten wir grundsätzlich vorher anzumelden.**

### **Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt**

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg  
phone (0391) 244 55 930 | fax (0391) 244 55 998  
mail: info-geschaeftsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de  
web: www.stgs.sachsen-anhalt.de



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

